REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 491 · 21.1.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Täter und Opfer - Js.
2. Evangelische Kirche streicht BUKO-Fördergelder
3. "Schenkt dem gedruckten Wort keinen Glauben!" Zehn Jahre wöchentliche Gegeninformation: die britischen SchNEWS (Interview) - Nina Schulz
4. Auschwitz - kein "anderer Planet" - Klaus Mellenthin
5. Befreiung in Auschwitz - Primo Levi
6. Feuerschein und Trauermarsch. Auftakt zum neonazistischen Aktionsmarathon im Gedenkjahr 2005 - Christian Grünert
7. Überwachung der Kommunikation. Ein Element neoliberaler Sicherheitspolitik - AG Sicherheitspolitik
8. Tod im Polizeipräsidium. In Bremen wurde ein Mann aus Sierra Leone bei einer Brechmittelvergabe getötet - Anke Schwarzer
9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
10. Pflichtarbeit als Lückenbüßer. 1-Euro-Jobs ersetzen öffentliche Regelaufgaben und ruinieren das soziale Hilfesystem - Gaby Gottwald
11. "Die Kollegen haben den Gehorsam verweigert." Der Streik bei Opel und die Rolle linker Betriebspolitik - Wolfgang Schaumberg, Uwe Lübke
12. Auf Linie bringen. Gewerkschaften gehen gegen interne KritikerInnen vor - dk
13. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
14. Noch lange nicht Schluss mit Agenturschluss. Doch am 3. Januar wurden die Arbeitsagenturen eher gestört als geschlossen - Lutz Wehring
15. Drogenkontrolle und Drogenpolitik. 4. Teil: Perspektiven internationaler Drogenpolitik - Lorenz Matzat
16. Tabubruch mit bleibenden Folgen. Der Weg von Frankfurt nach Abu Ghraib ist eine Rutschbahn - mb., Berlin
17. "Wer foltert, produziert nicht Wahrheit, sondern Schmerzen." Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck zur Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Rumsfeld
18. Jeder Verharmlosung von Folter muss eine Absage erteilt werden! Reaktionen auf das Urteil im Fall Daschner
19. "Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen sind nichts Neues." amnesty international über polizeiliche Übergriffe in Deutschland
20. Ukraine: "Kampf um Freiheit - was immer das heißt." Über Träume von Demokratie, Basisbewegung und westlinke Verschwörungsthesen. Ein Gespräch
21. Auch eine Art von Straßenstrich. TagelöhnerInnen in San Francisco - Henrik Lebuhn
22. Der Präsident zwischen den Stühlen. Widersprüchliche Erwartungen an Arafats Nachfolger - Achim Rohde
23. Nach der Flut. Politische Dimensionen einer Naturkatastrophe - ak-Redaktion
24. Plädoyer für eine basisorientierte Katastrophenprävention - B. Ekbal
25. Aceh/Indonesien: Aufstandsbekämpfung nach und mit der Katastrophe - Rainer Werning
26. "Wettbewerb der Hilfszusagen". Spenden und poltische Interessen sind eng miteinander verknüpft - Alex Flor/ Watch Indonesia!
27. medico-Partner bitten um Unterstützung - medico international
28. Gordische Lösung. Eine kontroverse Debatte über Israel-Kritik und neuen Antisemitismus - Js.
29. Notizen aus Antideutschland - Js.
30. "Körperliche Befreiung" ist nicht, was sie verspricht. Körperpolitiken zwischen 1890 bis 1930. Ein Gespräch
31. Umherschweifende Zweckentfremdung. Einführung in die situationistische Revolutionstheorie - Ingo Stützle
32. Tourismus als Ideologie. Ein Katalog widmet sich der Standardisierung von Tourismus-Erfahrungen - Doro Wiese
33. Ohren-Propaganda

34. Der Fall Scherwitz. Recherchen über einen jüdischen SS-Mann, Hochstapler und Menschenretter - Matthias Reichelt
35. AUFGEBLÄTTERT
36. KALENDER
37. LESERBRIEF
38. Spenden müssen sein!
39. EDITORIAL

1. Täter und Opfer

Autor: Js. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:35

Befreiung oder Katastrophe? 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs scheint es weitgehend unumstritten: Der 8. Mai 1945, Tag der Kapitulation Nazi-Deutschlands, ist ein Freudentag für die Menschheit, die nachgeborenen Deutschen eingeschlossen. Wer das offen anzweifelt, stellt sich ins Abseits.

Unter der Hand aber ist die These von Zusammenbruch und Katastrophe allgegenwärtig, vor allem in den visuellen Medien. Eichingers Film "Der Untergang" lockte nicht nur mit der "morbiden Faszination" des zusammenbrechenden Reiches, er sollte - so Hitler-Darsteller Bruno Ganz - ausdrücklich auch "Verständnis für diesen Mann" wecken; Ganz selbst habe bei der Arbeit gar Mitleid mit Hitler empfunden. Wo der "Führer" als armes Schwein erscheint, krank und verlassen, und das deutsche Volk hilflos dem "Untergang" entgegen taumelt, bleibt für die simple Wahrheit kein Platz: Der "Zusammenbruch" Nazi-Deutschlands bedeutete die Befreiung der Welt von einem historisch einzigartigen Mordsystem.

Nachdem "Der Untergang" ein Millionenpublikum anlockte, kommt nun "Napola - Elite für den Führer" in die Kinos - ein Film, der einmal mehr das "Faszinosum" Nationalsozialismus thematisiert und mit einer wirklichkeitsfremden Wende zum Guten endet: dem Aufbegehren der NS-Eliteschüler gegen die - wenigen? - wirklich bösen Nazis.

Wer sich von derlei Machwerken fern hält, den oder die ereilt die Botschaft vom deutschen Opfergang zu Hause vor dem Fernseher, überbracht etwa durch Deutschlands TV-Historiker und Volkspädagogen Nr. 1, den unvermeidlichen Guido Knopp und seine historische Albtraumfabrik. Knopps vierteilige ZDF-Serie - mit den bezeichnenden Titel "Der Sturm", "Die Russen kommen", "Die Todesfalle" und "Bis zum bitteren Ende" - zeigt den ungleich gewordenen Kampf an der Ostfront Anfang 1945, die nach Westen vordringende Rote Armee, desillusionierte, erschöpfte deutsche Landser und verängstigte Mütter, die sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen versuchen.

Die von Andreas Hillgruber im Historikerstreit vertretene - und damals höchst umstrittene - These erscheint da geradezu als zwingend notwendige und moralisch gebotene Konsequenz: Es sei richtig gewesen, gegen die im Osten drohende "Orgie der Rache" die Front möglichst lange zu halten. Wer gegen Knopps suggestive Bilderflut darauf besteht, die Ursachen der deutschen Leiden stets mit zu benennen, erscheint fast schon als Unmensch. "Links, wo kein Herz ist" hatte der Spiegel Ende 2003 eine Polemik überschrieben, in der Günter Franzen die "moralische Eindeutigkeit" der antifaschistischen "Bekenntnisliteratur" geißelte, insbesondere ihre "strikte Zweiteilung der Welt in Spreu und Weizen, Täter und Opfer, Freund und Feind".

Weitere Zumutungen sind zu erwarten, nicht nur in den Medien. Auf den Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombardierung Magdeburgs folgt am 13. Februar die Gedenkfeier in Dresden, wo vor 60 Jahren 25.000 Menschen bei den Angriffen der Alliierten starben. Die legitime Trauer um die Opfer wird sich auch hier wieder mischen mit einer historisch inakzeptablen Aufrechnung: Dass doch "beide Seiten" Unrecht getan hätten und die "einseitige" Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Völkermorde und Vernichtungskriege nun ein Ende haben müsse. Beflügelt durch ihren Wahlerfolg in Sachsen, werden die Neonazis hierbei mehr als eine Randerscheinung sein. Das finden auch staatstragende PolitikerInnen lästig, weil es das Ansehen der von den nationalbraunen Horden befallenen Regionen schädigt. Aber die inhaltliche Abgrenzung fällt ihnen auch in der geschichtspolitischen Debatte schwer. Denn was jetzt zum gesellschaftlichen Mainstream wird, haben die Rechten immer schon gesagt: Dass "nun endlich" die Leiden der Deutschen in den Mittelpunkt gerückt gehören und Schluss sein muss mit den "Selbstvorwürfen".

Eine zu einseitige Sichtweise? Sicherlich wird es 2005 auch viele politisch korrekte Gedenkfeiern und Veranstaltungen geben. Überlebende der Shoah, AntifaschistInnen und ehemalige ZwangsarbeiterInnen werden noch einmal vor größerem Publikum auftreten, auch in offiziellem Rahmen. Zu den erinnerungspolitischen Errungenschaften gehört auch das nunmehr fertig gestellte Berliner Holocaust-Mahnmal. Mag es auch den falschen Eindruck erwecken, das heutige Deutschland stelle sich auf vorbildliche Weise seiner Geschichte - das Mahnmal bleibt ein unübersehbares und im besten Sinne

provozierendes Ärgernis für diejenigen, die von den deutschen Menschheitsverbrechen nichts mehr hören wollen.

Positiv zu vermerken ist auch, dass allzu dreiste geschichtspolitische "Tabubrüche" immer noch juristische Sanktionen nach sich ziehen. So kassierte der Bundesgerichtshof kürzlich den Freispruch des ehemaligen Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen, Paul Latussek. Auf einer Verbandssitzung hatte Latussek "Lügen über die Opfer in Auschwitz" beklagt; nun muss er sich erneut einem Verfahren wegen Volksverhetzung stellen.

Als Beweis für die "Wachsamkeit" der gesamten deutschen Gesellschaft reicht das sicher nicht aus. Repräsentativ sind hier am ehesten die gewählten ParlamentarierInnen und die Regierung. Im Gedenkjahr 1995, noch unter der Kohl-Regierung und der Präsidentschaft Roman Herzogs, blieben größere Skandale aus - keine Selbstverständlichkeit nach der Show über den SS-Gräbern in Bitburg und Kohls Diktum zum D-Day-Jubiläum 1984, Deutschlands Niederlage im Weltkrieg sei "kein Grund zum Feiern". Auch der amtierenden Bundesregierung wird es wohl gelingen, im Gedenkjahr 2005 weitgehend skandalfrei über die Runden zu kommen. Sie hat ihren Beitrag zur Entsorgung der Geschichte schon geleistet - ohne dass es dagegen größere Proteste gegeben hätte. Siehe die "Entschädigung" von ZwangsarbeiterInnen: Den Sinn des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" definiert die Bundesregierung so: "Die Stiftung soll (...) ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen ergänzend, soll sie die Diskussion über weitere Maßnahmen beenden." Das ist der viel beschworene "Schlussstrich", der den deutschen Unternehmen, die von der mörderischen Ausbeutung von NS-ZwangsarbeiterInnen bis heute profitieren, die lang ersehnte "Rechtssicherheit" gibt: Man zahlt in den Fonds ein und wird dann nie wieder mit Schadenersatzforderungen behelligt.

Während die Regierung Schröder/Fischer das Entschädigungsproblem von ihrer Vorgängerin übernommen und "im deutschen Interesse" gelöst hat, stellt der Fall der Berliner Flick-Collection einen eigenständigen rotgrünen Beitrag zur Erinnerungspolitik dar: Auf Betreiben der Bundesregierung und der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer wurde Friedrich Christian Flick (geboren 1944), dem Enkel des Großkapitalisten und Kriegsverbrechers Friedrich Flick (1883-1972), ein staatliches Museum für "seine" Bildersammlung zur Verfügung gestellt. Sein Vermögen hat Flick vom Großvater geerbt, in dessen Werken 40.000 bis 60.000 ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet wurden. Eine moralische Verpflichtung, wenigstens in den Entschädigungsfonds einzuzahlen, sieht der Enkel trotzdem nicht. Er fühlt sich als Wohltäter und zeigte sich "zutiefst verletzt", als öffentliche Kritik geäußert wurde.

Das geschah im Übrigen erst nach einer Intervention Salomons Korns, des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. In einem offenen Brief an Flick schrieb Korn: "Sie können den historisch belasteten Teil Ihres Erbes - die Verbrechen Ihres Großvaters - nicht einfach vom vermeintlich neutralen materiellen Teil - das durch diese Verbrechen erworbene Blutgeld - sauber abtrennen." Zugleich kritisierte er die beteiligten PolitikerInnen: "Die Verantwortlichen in Berlin haben sich emotional abgeschottet gegenüber der Zumutung, die eine Flick-Collection für ehemalige Zwangsarbeiter darstellt."

Bei dieser Abschottung ist es geblieben. Die Eröffnung der Ausstellung nahm Kanzler Schröder zum Anlass, Flick ausdrücklich zum Vorbild für alle Deutschen zu erklären. Die taz kommentierte völlig zu Recht, damit habe Schröder den Umgang der Flick-Familie mit ihrer Geschichte "ausdrücklich anerkannt und als politisch akzeptable Haltung geadelt". Das ist die "Normalisierung" der deutschen Verhältnisse, so wie Rotgrün sie versteht, ein "unverkrampfter" Umgang mit der eigenen Geschichte, wie ihn Roman Herzog bei seinem Amtsantritt 1994 gefordert hatte.

Dass die rotgrüne Regierung auch dort mit den Wölfen heult, wo es um weitgehend kostenneutrale Symbolpolitik geht, ist bezeichnend. Es sollte diejenigen aufschrecken, die sich 1998 zumindest in diesem Bereich einen Bruch mit dem System Kohl erhofft haben.

Js.

2. Evangelische Kirche streicht BUKO-Fördergelder

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:31

Es war eine schleichende Entwicklung mit einem lauten Knall am Ende. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) teilte der Geschäftsstelle der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) Mitte Dezember die Streichung der gesamten Zuschüsse ab Beginn 2005 mit.

Als vordergründiger Anlass diente die Umsonst-Aktion in einer H&M-Filiale, die zeitgleich mit dem 27. BUKO-Kongress in Kassel stattfand. Diese hatte die Bundeskoordination allerdings weder organisiert, noch hatte sie zu ihr aufgerufen. Selbst eine ausführliche und innerhalb des BUKO-Spektrums äußerst umstrittene Distanzierung des SprecherInnenrates von der Aktion (s. ak 489) war den Kirchenmenschen noch nicht genug. Es ist offenkundig: Die Kirche will mit der Streichung der Gelder ein Schmuddelkind loswerden. Die BUKO hat sich schon immer durch radikale Kritik bestehender Verhältnisse ausgezeichnet - und einigen Kirchenkreisen war diese auch schon lange ein Dorn im Auge. Mit der Streichung der institutionellen Förderung (die sich v.a. aus Gehalts- und Verwaltungskosten sowie der Miete für die Geschäftsstelle zusammensetzt) und der jährlichen Kongressförderung von 15.000 Euro hofft der EED nun wohl, das rechte christliche Maß in Sachen Entwicklungspolitik wieder hergestellt zu haben.

Welche Auswirkungen dies auf die BUKO-Struktur, die Geschäftsstelle und den jährlichen Kongress hat und wie dem begegnet werden kann, darüber wird der BUKO-Ratschlag im März diskutieren. Kurzfristig gestartet wurde inzwischen die "Aktion 300x100". Das heißt: Wenn 300 Menschen jeweils hundert Euro spenden, ist zumindest für 2005 die Finanzierungslücke gedeckt. Größere Beträge sind natürlich auch willkommen.

Aktuelle Infos zum weiteren Werdegang gibt es auf der BUKO-Homepage www.buko.info.

Spenden können überwiesen werden an:

VzF e.V., Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel

BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389,

Stichwort: 300x100

(Der Rechtsträger der BUKO ist der Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit (VzF) e.V. , der auch dessen Finanzgeschäfte abwickelt.)

3. "Schenkt dem gedruckten Wort keinen Glauben!" Zehn Jahre wöchentliche Gegeninformation: die britischen SchNEWS (Interview)

Autor: Nina Schulz · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:18

An einem der letzten Herbsttage 2004 begegne ich in Brighton der SchNEWS-Redaktion, die auf Spendenbasis seit zehn Jahren den gleichnamigen alternativen Newsletter produziert - in gedruckter wie inzwischen auch in elektronischer Form. Allein die Zahl der E-Mail-AbonentInnen beträgt 10.000; SchNEWS selbst geht von ungefähr 50.000 regelmäßig Lesenden aus. Und während am vorletzten Tag der Produktion noch hyperaktive Finger über die Tastaturen jagen, mittlerweile verhangene Blicke wie hypnotisiert auf die Bildschirme starren, Filmsequenzen sich zusammenfügen und zwischen alldem das Telefon klingelt, führe ich mit zwei Redakteuren - Warren und Chris - ein Interview über die Geschichte und Gegenwart von SchNEWS.

ak: 1994 ist in Großbritannien, das restriktive Gesetzespaket "Criminal Justice Bill" (CJB) (1) eingeführt worden. Zu dieser Zeit hat sich eine landesweite Widerstandsbewegung formiert, in deren Rahmen auch SchNEWS entstanden ist. Wie ist es dazu gekommen?

Warren: Ich war in einer Gruppe hier in Brighton aktiv, die sich Justice? nannte und Aktionen gegen die CJB plante. In diesem Zusammenhang haben wir schließlich das ehemalige Gerichtsgebäude mitten im Stadtzentrum besetzt. Wir haben es geschafft, dort einen Monat lang ein soziales Zentrum zu organisieren und unseren Protest gegen die CJB dadurch zu intensivieren. Ein Riesenerfolg. Daraus ist dann auch SchNEWS entstanden: Einmal pro Tag wurden im besetzen Zentrum die alternativen Nachrichten vorgelesen die schLIVE. Dann wurde ein Newsletter geboren und SchNEWS genannt - aus einem Grund, den niemand von uns verstanden hat. KeineR kann sich daran erinnern, wie der Name zustande kam.

Wie seid Ihr dann auf die Formatidee, eine doppelseitig beschriebene DIN-A4-Seite, gekommen?

Warren: Die Women Against Pit Closures (2) haben eine Veranstaltung gemacht und gefragt, wie wir eigentlich unsere Sicht der Dinge öffentlich machen. Sie schlugen uns vor, einen Newsletter herauszugeben - nicht zuletzt auch, weil in unseren Versammlungen immer wieder dieselben Dinge diskutiert wurden und es an so etwas wie einem kollektiven Gedächtnis fehlte. Jemand hatte dann die Idee für dieses Format, und es erwies sich als sehr brauchbar. Zu Beginn eines Projektes sind alle Beteiligten immer wahnsinnig enthusiastisch, wollen Zeitungen herausgeben, am besten gleich mit 20 Seiten und das dann täglich. Das ist aber nicht lange aufrecht zu erhalten. Das Format von SchNEWS ist tragbar, weil es absolut simpel ist. Wenn nur ein paar von uns im Büro sind, schaffen wir es trotzdem eine Ausgabe herauszugeben, weil es nur zwei Seiten A4-Papier sind.

Welche festen Rubriken habt ihr in SchNEWS?

Chris: Erst einmal die Titelgeschichte, das ist der große aktuelle Artikel jede Woche. Dann die "beschissene Verhaftung der Woche", eine sehr beliebte Rubrik. Auf der Rückseite gibt es eine Vielfalt unterschiedlicher Texte: eine größere Geschichte, dann "SchNEWS in Kürze", also sehr kurze Artikel und dann ab und an "positive SchNEWS". Dabei dreht es sich um gute Dinge, die Leute weltweit machen. Wir wollen nicht nur die ganze Zeit darüber schwadronieren, wie schlecht die Welt ist. Und dann gibt es noch ein "inside SchNEWS" (3), wo wir über Gefangene berichten, die wegen irgendwelcher Protestaktionen einsitzen. Die Rubrik "Und schließlich" ist immer eine leichte, witzige Geschichte. Das ist die Print-Ausgabe. Auf der Website gibt es außerdem noch "Party und Protest", "Kontakte" und Links zu anderen Gruppen sowie die schMOVIES, die wir seit kurzem produzieren. Das sind kurze Videos, die umsonst runtergeladen werden können. Und schließlich den "DIY (Do-it-Yourself)-Leitfaden".

Was hat es mit dem "DIY-Leitfaden" auf sich?

Chris: Die Idee dahinter ist, Leute zu inspirieren, Sachen selbst zu machen. Es finden sich in dieser Rubrik nützliche Informationen über Protestangelegenheiten; z.B. darüber, wie man eine Straßenblockade organisiert, wie man an Informationen über Institutionen kommt, wie Wohnungsbeschaffung und

Wohnorganisationsformen funktionieren können, wie man einen Newsletter aufbaut - aber auch darüber, wie du deinen eigenen Biodiesel herstellen kannst.

Woher kommen die Geschichten für eure Artikel?

Chris: Die meisten Geschichten sind tatsächlich Informationen aus erster Hand von den Leuten, die in den aktuellen Protestbewegungen oder Kampagnen aktiv sind bzw. am Ort des jeweiligen Geschehens sind. Dieser persönliche Kontakt ist unsere wichtigste Informationsquelle. Dann bekommen wir einen Haufen E-Mails, sind auf vielen Mailinglisten und in vielen Newsgroups und schauen regelmäßig bei indymedia rein.

In der Vergangenheit hat SchNEWS auch investigativen Journalismus betrieben, als ihr zum Beispiel über das M.A.I.-Treffen (4) in Paris 1997 berichtet habt. Welche Rolle spielt diese Form des Journalismus für euch?

Warren: Das hat eine Menge damit zu tun, wer gerade für SchNEWS arbeitet und wie viele wir sind. Zur Zeit des M.A.I.-Treffens hat ein professioneller Journalist eine Menge für SchNEWS geschrieben, er war als einziger Vertreter der britischen Presse auf dem Hearing des M.A.I., bei dem nur 50 Personen von internationalen Pressure-Groups zugelassen waren. Inzwischen haben wir wirklich ziemlich umfassende, gute Kontakte. Wir kennen zum Beispiel Personen, die während der ersten Angriffe in Falludscha waren; daher bekommen wir dann unsere Artikel über Falludscha. Wir haben also Berichte aus erster Hand oder können die entsprechenden Personen vor Ort anrufen und ihnen unsere Artikel zum Gegenlesen schicken.

In eurer Selbstdarstellung heißt es: "Obwohl wir immer versuchen, so genau wie möglich zu arbeiten und Leuten hinterher zu sein, um die Artikel auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen, geht es SchNEWS vor allem darum, dass die Leute sich nicht aufs gedruckte Wort verlassen, sondern ihren Arsch hochkriegen und sich das Ganze selbst ansehen." Wie ist das zu verstehen?

Chris: Die Idee von SchNEWS ist: Information für Aktion. SchNEWS ist kein etwas radikaler Guardian (5), sondern dafür gedacht, Menschen zum Handeln zu inspirieren. Wenn wir einen Artikel schreiben, dann versehen wir ihn mit Informationen über die Aktion: wo und wann und mit wem man sich in Kontakt setzen kann.

Wie lässt sich eure politische Richtung beschreiben?

Chris: SchNEWS hat nicht die politische Orientierung oder Haltung, abgesehen davon, Informationen für Aktionen zu liefern im Sinne der "Do-it-Yourself"-Idee. SchNEWS kommt aus der "Do-It-Yourself"- bzw. der Direct-Action-Bewegung.

Kannst Du für Uneingeweihte etwas mehr darüber sagen, was Direct Action in Großbritannien bedeutet?

Chris: Die Direct-Action-Bewegung hat in den frühen Neunzigern, während der großen Proteste gegen das Straßenbauprogramm der Regierung, eine Wiedererweckung erlebt. Ein Großteil der aktuellen Bewegung kommt noch daher. Inzwischen gehören dazu aber auch Bewegungen gegen Globalisierung, gegen Gentechnologie etc. Ich denke, diese Form der Politik ist zum größten Teil anarchistisch oder sozialistisch oder libertär, so in die Richtung. Direct Action bedeutet, dass du selbst Macht hast und die Kontrolle über Dein Leben ausüben kannst. Du kannst Dinge verändern und musst nicht auf eine politische Partei warten, bis die etwas tut. Die Bewegung der Direct Action erstreckt sich bis in die alltäglichen Lebensstile von Leuten. Hausbesetzung ist Direct Action, denn sie bedeutet deine Wohnbedürfnisse in die eigene Hand zu nehmen. Das kann auch heißen, Essensprojekte ins Leben zu rufen, oder kollektiv dein eigenes Essen anzubauen. Diese Art von Idealen.

Kannst Du beschreiben, wie sich der Produktionsprozess von SchNEWS gestaltet, wenn es so etwas wie eine reguläre Woche überhaupt gibt?

Chris: Jemand kommt meistens Montag oder Dienstag rein und guckt sich die ganzen E-Mails an. Außerdem bringen Leute noch Artikel aus Zeitungen mit, die sie während der Woche gelesen haben. Mittwoch morgen setzen wir uns zusammen und entscheiden, worüber wir schreiben, was auf die erste Seite kommt. Mittwoch und Donnerstag schreiben wir und geben es an jemand anderes weiter, der oder die das dann wiederum kommentiert und hinterfragt. Es sind also viele Personen, die an einem Artikel schreiben; eine kollektive Arbeitsweise, die sich sehr bewährt hat. Donnerstagabend wird SchNEWS herausgebracht, also in das eigentliche Format gepackt. Jemand stellt es auf die Website und sendet es über die E-Mail-Liste.

Freitagmorgen geht jemand zum Drucker, lässt es auf der Papierkopie ausdrucken, die in Brighton verteilt und gleichzeitig per Post verschickt wird - an Gefangene, Cafés, Buchläden und andere Orte, die über das ganze Land verteilt sind. Am Wochenende erholen wir uns und dann geht das Ganze wieder los.

Grob geschätzt, wie viele Lesende habt ihr pro Woche?

Warren: Eine ganze Menge. 2.000 Exemplare werden gedruckt, verteilt und verschickt. Viele davon an Cafés, Infoläden etc., wo sie ausgelegt werden. E-Mail-AbonnentInnen haben wir mehr als 10.000. Also wir schätzen, wir haben mehr als 50.000 LeserInnen pro Woche. Das ist ziemlich gut. Ich würde hier nicht sitzen, wenn ich dächte, dass SchNEWS nur drei Typen und ein Hund lesen. Unsere Artikel werden vielfach wiederverwendet, es gibt kein Copyright. Ja, es ist schon ein bisschen Ironie der Geschichte: Angefangen hat alles mit Justice?, die unter dem Motto "Taten, nicht Worte" unterwegs waren und die es mittlerweile nicht mehr gibt. Zehn Jahre später sind wir immer noch dabei, Millionen und Abermillionen von Worten zu schreiben.

Was waren Höhepunkte in der Geschichte von SchNEWS?

Chris: Unsere zehnjährige Geburtstagsparty war natürlich ein Höhepunkt. Aber auch als wir im Herbst 2000 alle zusammen nach Prag gefahren sind, um dort als eine Gruppe in Aktion gegen IWF und Weltbank zusammen zu arbeiten, anstatt wie sonst immer als individuelle Personen mit unseren einzelnen Themen ins Büro zu kommen. Die Beteiligten an SchNEWS sind in unterschiedlichsten Bewegungen aktiv: In antirassistischen und antikapitalistischen Zusammenhängen, in der ArbeiterInnenbewegung, in Tierrechts- oder Anti-Gentechnik-Kampagnen etc. Das ist natürlich auch eine Stärke.

Warren: Als wir zu der ersten peoples-global-action-Konferenz in Genf 1998 gefahren sind und da die Verbindung zwischen unseren verschiedenen Kämpfen sichtbar wurde. Dann sind einige von uns 1999 nach Seattle zum Protest gegen das WTO-Treffen gefahren, was sehr inspirierend war. Wir hatten schon lange über WTO, M.A.I. und diese Institutionen geschrieben und konnten dann im Rahmen der verschiedenen Globalisierungsproteste sehen, dass das Früchte trägt. Und wir sind ein Teil davon.

Was sind Eure Wünsche für die Zukunft?

Chris: Das wir eines Tages SchNEWS nicht mehr produzieren müssen. Aber ich denke, dass ist eine Utopie, die noch eine Weile hin ist.

Warren: Ja, SchNEWS wird irrelevant und wir müssen es nicht die ganze Zeit weiterschreiben. Ich weiß es nicht - abgesehen von dem kernigen, Kapitalismus-abschaffen-Zeugs, wobei ich auch nicht sehe, dass das gleich um die Ecke liegt. Hoffentlich also macht SchNEWS weiter - weiter damit zu wachsen, offen für neue Leute zu sein, ein offenes Kollektiv zu sein und hoffentlich mehr Lesende anzuziehen. Unsere Idee ist es, gut zu informieren, aber auch gezielt populistisch zu sein, ein Boulevardblatt zu sein - also nicht so eine trockene linke Zeitschrift, die zwar ganz aufrichtig ist, die aber eigentlich niemand lesen will und die nur gelesen wird, weil die Leute sich schuldig fühlen und denken, dass sie sie lesen sollten. Die Idee von SchNEWS ist es, dass Leute sie mitnehmen und über die "beschissene Verhaftung der Woche" lachen und dann vielleicht etwas über das Nordamerikanische Freihandelsabkommen lesen und sagen, "Oh, das ist echt schlecht." Das ist die Idee. Also: Weiterhin noch populärer zu werden und mehr Ausgaben als die Sun (6) loszuwerden.

Das Interview wurde geführt und übersetzt von Nina Schulz.

Links: www.schnews.org.uk, www.corporatewatch.org, www.indymedia.org.uk, www.eco-action.org/dod

Anmerkungen:

1) Der "Criminal Justice and Public Order Act" schränkt Streik- und Versammlungsrecht ein, schafft das Recht auf Aussageverweigerung ab und ermöglicht die Illegalisierung zahlreicher Protest- und Aktionsformen.

2) "Frauen gegen Grubenschließungen" war eine Gruppe, die mit direkten Aktionen gegen Entlassungen von Bergarbeitern protestierte.

3) "Inside" hat hier eine Doppelbedeutung: einmal "von innen" und einmal "eingelocht".

4) M.A.I.: Multilateral Agreement on Investment, ein internationaler Vertrag, mit dem die OECD-Länder den Handlungsspielraum nationaler Regierungen gegenüber Großkonzernen und multinationalen Konzernen drastisch einschränken wollen.

5) Ehemals linksliberale Tageszeitung, die ihr kritisches Potenzial seit dem Regierungsantritt von New Labour stark eingebüßt hat.

6) Britisches Äquivalent zur Bild-Zeitung.

4. Auschwitz - kein "anderer Planet"

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:07

Hinter dem zum Symbol gewordenen Auschwitz droht die Realität dieses "Mord-, Beute- und Sklavendschungels" (Heinz Brandt, Auschwitzhäftling) zu verschwinden. Die folgende Darstellung soll demgegenüber an einige grundlegende Fakten und Daten erinnern.

Auschwitz war das größte der insgesamt etwa 2000 nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager. In Auschwitz-Birkenau wurde ein Fünftel bis ein Viertel aller während des Zweiten Weltkriegs getöteten Jüdinnen und Juden ermordet. Nach verschiedenen Schätzungen wurden 1,2 bis 1,6 Millionen Menschen in Auschwitz ermordet, über eine Million hiervon war jüdisch.

Am 27. April 1940 befiehlt der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, die Errichtung eines großen KZ nahe der polnischen Stadt Oswiecim. Für den Bau werden 300 Juden aus Oswiecim herangezogen. Am 20. Mai treffen 30 deutsche "kriminelle Häftlinge" aus dem KZ Sachsenhausen in Auschwitz ein. "Sie werden zu sog. Funktionshäftlingen ernannt und bilden eine Verlängerung des SS-Apparats ..." (Czech) Ab Juni 1940 bringt die SS Gefangenentransporte, die in dieser ersten Phase meist aus polnischen politischen Häftlingen bestehen, ins Lager.

In einem offensichtlich aus Anlass eines Vortrags bei Himmler über Siedlungsfragen im Osten im Dezember 1940 angefertigten Dokument heißt es (mehr als ein Jahr vor der Wannsee-Konferenz!) unter dem Abschnitt "Die Endlösung der Judenfrage": "Durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium. Im Rahmen dieses Projektes kommen rund 5,8 Millionen Juden in Betracht." Dies könne, schreibt Wolfgang Benz, "als ein weiteres Indiz dafür gelten, dass die beabsichtigte Vernichtung der Juden kein Ergebnis zufälliger Entwicklungen, nicht das Produkt von Krisen und Engpässen im Krieg ... war."

Im März 1941 befiehlt Himmler den Bau einer zweiten größeren Sektion, Auschwitz II oder Auschwitz-Birkenau genannt. Die Bewohner des "Interessengebiets" Auschwitz, das eine Fläche von vierzig Quadratkilometern umfasst, werden vertrieben und ihre Dörfer zerstört, um Platz für die beiden Auschwitzlager zu schaffen.

Der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, berichtet in seinen in polnischer Haft verfassten autobiographischen Aufzeichnungen: "Im Sommer 1941 (...) wurde ich plötzlich zum Reichsführer SS nach Berlin befohlen (...) Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit eröffnete er mir, ohne Beisein eines Adjutanten, dem Sinne nach folgendes: Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir - die SS - haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beabsichtigten großen Aktionen durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage und zweitens lässt sich das dafür dort zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen." Nähere Einzelheiten werde er von Eichmann erfahren. Eichmann habe dann auch mit ihm über die "Durchführung der Vernichtung" gesprochen: "Es käme nur Gas in Frage, denn durch Erschießen die zu erwartenden Massen zu beseitigen, wäre schlechterdings unmöglich und auch eine zu große Belastung für die SS-Männer, die dies durchführen müssten im Hinblick auf Frauen und Kinder."

Im Oktober 1941 beginnen intensive Arbeiten für den Bau der Baracken und anderer Lagereinrichtungen von Auschwitz II, das nach der Fertigstellung aus neun Lagerteilen besteht, die durch elektrisch geladene Stacheldrahtzäune getrennt sind.

Im nahe gelegenen Monowitz wird ein drittes Lager gebaut, das Auschwitz III oder Buna Monowitz genannt wird. ("Buna" steht für die synthetischen Gummiwerke in Monowitz.) Im Zusammenhang mit Monowitz werden weitere Lager als Teil von Auschwitz III errichtet. Im Lauf der Zeit entstehen 45 Nebenlager. Auschwitz III ist mit den meisten seiner Nebenlager ein Zwangsarbeiterlager.

In Auschwitz II (Birkenau) sind die weitaus meisten Gefangenen des Komplexes - hauptsächlich Juden, Polen und Deutsche. Eine Zeitlang fungiert Birkenau auch als Familienlager für "Zigeuner" und für tschechoslowakische Jüdinnen und Juden.

Die erste relativ kleine Gaskammer wird in Auschwitz I errichtet. Hier wird am 3. September 1941 zum ersten Mal mit dem Giftgas Zyklon-B gemordet. Die Opfer sind 600 sowjetische Kriegsgefangene und 250 andere Gefangene. Nach diesem ersten Versuch erhält die Firma A.J. Topf und Söhne den Auftrag, größere und dauerhafte Gaskammern sowie sehr große Krematorien in Birkenau zu bauen. Vier solcher Anlagen werden in Birkenau errichtet, in jeder von ihnen konnten täglich 6.000 Menschen ermordet werden.

Deportation

Ab März 1942 kommen fast täglich besondere, vom Reichssicherheitshauptamt organisierte Züge ("Eichmann-Züge") in Auschwitz an. In jedem dieser Züge werden ein- bis mehrere Tausend Jüdinnen und Juden aus den Gettos Polens und anderer osteuropäischer Länder wie aus anderen Ländern im Westen und Süden Europas herangebracht.

Die ersten Opfer des Massenmords in Birkenau sind Juden aus Ostoberschlesien. Ende März 1942 treffen die ersten Judentransporte aus der Slowakei und Frankreich ein, im Juli aus den Niederlanden, im August aus Belgien und Jugoslawien, im Oktober kommen die ersten Transporte aus Theresienstadt an, im November aus Griechenland und polnischen Gebieten, im Dezember aus Norwegen.

Der erste Deportationszug aus Berlin trifft im Januar 1943 ein. Am 29. Januar werden 20.000 "Zigeuner" nach Birkenau deportiert, die meisten von ihnen werden in den Gaskammern ermordet. Während des ganzen Jahres werden Jüdinnen und Juden aus den von Deutschland besetzten oder mit Deutschland verbündeten Ländern nach Birkenau deportiert. Am 8. September treffen über 5.000 Jüdinnen und Juden aus Theresienstadt ein, die sechs Monate in Birkenau im sog. Theresienstadt- Familienlager interniert und danach sämtlich in den Gaskammern ermordet werden. Im Oktober werden italienische, im November lettische, im Dezember österreichische Jüdinnen und Juden nach Birkenau gebracht.

Am 2. Mai 1944 trifft der erste Zug mit Jüdinnen und Juden aus dem besetzten Ungarn ein, die großen Deportationen aus Ungarn beginnen am 16. Mai des Jahres und halten bis in die zweite Juli-Woche an. Im August 1944 werden die BewohnerInnen des Gettos in Lodz nach Birkenau deportiert.

Rampe

Bei der Ankunft an der Rampe in Birkenau werden die Insassen der Züge zum sofortigen Aussteigen gezwungen, das persönliche Eigentum muss zurückgelassen werden. Männer und Frauen haben sich getrennt aufzustellen und werden von SS-Offizieren selektiert. Der größte Teil der Selektierten wird sofort in die Gaskammer geschickt, ein kleiner Teil zur Zwangsarbeit bestimmt. Das Eigentum der Opfer wird von einem Häftlingskommando eingesammelt, unter SS-Aufsicht in Lagerhäuser gebracht und später nach Deutschland überführt, zum kleinen Teil auch an "Volksdeutsche" als "Weihnachtsspende" verteilt.

Wer zur Zwangsarbeit vorgesehen ist, kommt in den Lagerteil, der "Quarantäne" genannt wird. Zuvor werden die Häftlinge geschoren und in die gestreifte Häftlingskleidung gesteckt. In der "Quarantäne" kann ein Gefangener, wenn er nicht bald zur Zwangsarbeit eingeteilt wird, nur wenige Wochen überleben. In den Zwangsarbeiterlagern verlängert sich die durchschnittliche Lebenserwartung um einige Monate. Danach sind viele Gefangene so geschwächt, dass sie sich kaum noch bewegen und auf die Umgebung reagieren können.

Nur diejenigen, die von der "Quarantäne" zur Zwangsarbeit überwiesen oder direkt in Auschwitz I eingeliefert werden, werden registriert und mit einer eintätowierten Nummer auf dem linken Unterarm versehen. 405.000 Häftlinge werden in dieser Form erfasst. Die übergroße Mehrheit der Opfer, die sofort nach ihrer Ankunft in den Gaskammern von Birkenau ermordet werden, wird nicht einzeln registriert. Ebenfalls nicht erfasst werden Gefangene, die zur Zwangsarbeit in Lager überwiesen werden, die nicht zu Auschwitz gehören, und Geiseln, sowjetische Armeeoffiziere, die nach kurzem Aufenthalt im Lager hingerichtet werden.

"Sonderkommandos" von Häftlingen müssen die Ermordeten aus den Gaskammern holen, ihnen die Haare abschneiden, Goldzähne ausbrechen und die Leichen in den Krematorien verbrennen.

Menschenversuche

Von sofortiger Ermordung zurückgestellt werden auch Menschen, die für "medizinische Experimente" vorgesehen sind. Im Juli 1942 schlägt Himmler vor, in Auschwitz die Sterilisierung von Jüdinnen durchzuführen. Der Arzt und SS-Brigadeführer Carl Clauberg, der derartige Experimente schon in

Ravensbrück angeregt hatte, hält es für möglich, schon bald "von einem entsprechend eingeübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht zehn Mann Hilfspersonal (...)" bis zu Tausend Sterilisationen täglich vorzunehmen.

Clauberg wird von einer Gruppe von Ärzten unterstützt, die auch die Selektionen an der Rampe von Birkenau durchführt. Zu ihnen gehört Josef Mengele, der hauptsächlich mit Kindern, jugendlichen Zwillingen und Kleinwüchsigen "experimentiert".

Der SS-Arzt Rascher, der "Erwärmungsversuche an ausgekühlten Menschen" angestellt hatte, aber eine größere Anzahl von "Versuchspersonen" benötigte, wollte von Himmler nach Auschwitz geschickt werden, "um dort die Frage der Wiedererwärmung an Hand Erfrorener schnell in einem großen Reihenversuch" zu klären. "Auschwitz ist für einen derartigen Reihenversuch in jeder Beziehung besser geeignet als Dachau, da es dort kälter ist und durch die Größe des Geländes im Lager selbst weniger Aufsehen erregt wird (die Versuchspersonen brüllen, wenn sie sehr frieren)."

Sklavenarbeit

Auschwitz III ist mit seinen Nebenstellen ein Zwangsarbeitslager, in dem deutsche Firmen und Konzerne die zumeist jüdischen Häftlinge buchstäblich bis zum Tode ausbeuten. Der größte Nutznießer der Zwangsarbeit in Auschwitz ist die I.G. Farben, die in Monowitz ein Werk zur Herstellung von Kunstkautschuk (Buna) errichtet und sich zwei polnische Kohlengruben sichert.

"Zwischen der I.G. und der SS bestand von Beginn an engste Zusammenarbeit. Während die I.G. die Baracken baute, lieferte die SS das ‚Mobiliar` (die Pritschen). Die SS stellte die Bewacher, denen die I.G. ihren Werkschutz (...) zur Seite stellte. Die I.G. bat um die Bestrafung von Häftlingen, die ihre Vorschriften übertraten, die SS vollstreckte sie." (Hilberg) Der SS-Standortverwaltung zahlt der Konzern pro Häftling und Tag zwischen drei und vier Mark, was der SS binnen weniger Monate mehrere Millionen einbringt.

Insgesamt arbeiten etwa 35.000 Häftlinge in der Buna-Fabrik, mindestens 25.000 von ihnen sterben. Die Lebenserwartung eines jüdischen Häftlings in der I.G. Auschwitz beträgt drei oder vier Monate, in den Kohlebergwerken einen Monat.

Widerstand

Widerstand geleistet wird ungeachtet der Todesgefahr in vielfacher Form. Die gegenseitige Hilfe gehört dazu, aber auch Angriffe auf das Wachpersonal, Sabotageakte und Flucht. Zwei junge Juden, die am 7. April 1944 mit Hilfe der Untergrundbewegung flüchten, erreichen Preßburg, wo sie den dort verbliebenen jüdischen Führern einen ausführlichen Bericht über Auschwitz übergeben, der in die freie Welt hinausgeschmuggelt wird.

1943 wird auf Initiative österreichischer Gefangener eine multinationale Widerstandsorganisation gegründet, die im Stammlager und in Birkenau operiert und mit einer Widerstandsgruppe in Monowitz in Kontakt steht. Die Widerstandsbewegung hilft mit Medikamenten und Nahrung, dokumentiert Verbrechen an Gefangenen, organisiert Fluchten, Sabotage und politische Proteste, versucht, politische Gefangene in einflussreiche Positionen im Lager zu bringen und bereitet einen Aufstand im Lager vor.

Die Gefangenen des Sonderkommandos organisieren am 7. Oktober 1944 einen Aufstand, töten drei SS-Männer und zerstören eine der Gaskammern. Alle Teilnehmer des Aufstands fallen im Kampf. Vor dem Aufstand hatten einige Mitglieder des Sonderkommandos Tagebücher geführt, in dem sie detailliert die Ereignisse in Auschwitz beschrieben. Die Tagebücher wurden vergraben und nach dem Krieg aufgefunden.

Befreiung

Am 2. November 1944 befiehlt Himmler die Einstellung der Morde in den Gaskammern und, um angesichts der Niederlage die Spuren der Verbrechen zu tilgen, am 26. November die Zerstörung der Gaskammern und Krematorien.

Mitte Januar startet die sowjetische Armee eine Offensive in Richtung Krakau und Auschwitz. Die SS beginnt einen überstürzten Rückzug. 58.000 Gefangene, fast sämtlich Jüdinnen und Juden, werden auf Todesmärsche in Richtung Westen getrieben. Die meisten sterben während dieser Märsche oder werden ermordet.

Am Morgen des 27. Januar 1945 erreicht der erste Soldat der Roten Armee Monowitz. In unmittelbaren Kämpfen zur Befreiung des ganzen Lagerkomplexes fallen 231 Soldaten der Roten Armee. Mehrere hundert Häftlinge sind noch Stunden vor der Befreiung ermordet worden. 7.650 Kranke und Erschöpfte können gerettet werden. In den Lagerhäusern werden 350.000 Männeranzüge vorgefunden, 837.000 Frauenkleider, große Mengen an Kinder- und Babykleidung und zehntausende Paar Schuhe. 7,7 Tonnen Menschenhaare waren bereits für den Abtransport fertig verpackt.

Klaus Mellenthin

Eine längere Fassung dieses Artikels erschien in ak 374 vom 11. Januar 1995. Die Darstellung stützt sich im wesentlichen auf die Enzyklopädie des Holocaust (Berlin 1993). Zusätzlich wurden herangezogen Wolfgang Benz (Hg.): Dimensionen des Völkermords (München 1991); Heinz Bergschicker: Deutsche Chronik. Alltag im Faschismus (Berlin 1983); Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945 (Reinbek 1989); Encyclopaedia Judaica (Jerusalem 1972 ff.) Martin Gilbert: Endlösung (Reinbek 1982); Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden (Berlin 1982); Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz (München 1963)

5. Befreiung in Auschwitz

von Primo Levi

Autor: Primo Levi · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:08

Primo Levi, geboren 1919 in Turin, wurde im Dezember 1943 als Mitglied einer kommunistischen Partisanengruppe von der faschistischen Miliz festgenommen. Nachdem er sich in den Verhören als "italienischer Staatsbürger jüdischer Rasse" zu erkennen gegeben hatte, wurde er im Januar 1944 nach Auschwitz deportiert. Später wurde der gelernte Chemiker dem "Chemie-Kommando" in Monowitz zugeteilt. Am 11. Januar 1945 erkrankte Levi an Scharlach und blieb mit anderen Kranken im Lager zurück, während Tausende von evakuierten Mithäftlingen auf den Todesmärschen umkamen oder ermordet wurden. Der folgende Auszug aus seinem autobiographischen Roman "Ist das ein Mensch?" behandelt die letzten Tage vor der Befreiung des Lagers durch die Soldaten der Roten Armee.

24. Januar. Freiheit. Die Bresche im Stacheldraht gab uns einen konkreten Begriff davon. Wenn man es richtig überlegte, so bedeutete das: keine Deutschen mehr, keine Selektionen, keine Arbeit, keine Schläge, keine Appelle und später vielleicht die Heimkehr.

Aber es kostete Anstrengung, sich davon zu überzeugen, und keiner hatte Zeit, es zu genießen. Alles ringsum war Zerstörung und Tod.

Der Leichenhaufen vor unserm Fenster wuchs jetzt über die Grabenränder hinaus. Trotz der Kartoffeln waren alle äußerst schwach: kein Kranker wurde im Lager gesund, statt dessen bekamen viele noch Lungenentzündung und Ruhr; wer nicht im Stande gewesen war, aufzustehen, oder die Energie dazu nicht aufgebracht hatte, lag stumpf in seinem Bett, starr vor Kälte, und niemand merkte, wenn er starb. (...)

25. Januar. Nun traf es Sómogyi. Ein ungarischer Chemiker war er, etwa fünfzig Jahre alt, mager, hoch gewachsen, schweigsam. Wie der Holländer hatte er Typhus und Scharlach hinter sich; doch nun kam etwas Neues hinzu. Er wurde von hohem Fieber befallen. Seit ungefähr fünf Tagen hat er kein Wort mehr gesprochen; aber heute öffnete er den Mund und sagte mit sicherer Stimme: "Ich hab' eine Ration Brot unterm Strohsack. Teilt sie unter euch drei. Ich esse nichts mehr."

Wir fanden keine Worte der Erwiderung, aber vorerst rührten wir das Brot nicht an. Seine eine Gesichtshälfte war geschwollen. Solange er bei Bewusstsein war, bewahrte er ein herbes Schweigen.

Doch am Abend und die ganze Nacht und zwei Tage lang ohne Unterbrechung wurde das Schweigen durch das Delirium abgelöst. Einem letzten, endlosen Traum von Unterwerfung und Sklaverei folgend, murmelte er bei jedem Ausatmen: "jawohl!"; regelmäßig und beharrlich, wie bei einer Maschine, ertönte mit jedem Einfallen des armen Brustkorbs das "jawohl!", Tausende von Malen, dass man ihn am liebsten gerüttelt, erstickt hätte, oder wenigstens sollte er das Wort wechseln.

Nie wurde mir so bewusst, wie mühsam eines Menschen Tod ist. (...)

Wie man der Freude, der Angst, ja, sogar des Schmerzes müde wird, so wird man auch der Erwartung müde. Nun, da der 25. Januar erreicht war, da seit acht Tagen die Beziehungen zu jener grausamen Welt - doch immerhin einer Welt - abgebrochen waren, konnten die meisten von uns vor Erschöpfung nicht einmal mehr warten.

Abends, um den Ofen herum, fühlten noch einmal Charles, Arthur und ich uns wieder Mensch werden. Wir konnten über alles sprechen. Arthurs Erzählung über die Art, wie man in Provenchères in den Vogesen die Sonntage verbrachte, begeisterte mich, und Charles weinte fast, als ich ihm vom Waffenstillstand in Italien berichtete, von dem unklaren, verzweifelten Einsetzen des Partisanenkampfes, von dem Mann, der uns verraten hatte, von unserer Gefangennahme in den Bergen.

Im Dunkel, hinter uns und über uns, ließen sich die acht Kranken keine Silbe entgehen, auch die nicht, die kein Französisch verstanden. Nur Sómogyi gab dem Tod beharrlich seine Zusage.

26. Januar. Wir lagen in einer Welt der Toten und der Larven. Um uns und in uns war die letzte Spur von Zivilisation geschwunden. Das Werk der Vertierung, von den triumphierenden Deutschen begonnen, war von den geschlagenen Deutschen vollbracht worden.

Mensch ist, wer tötet, Mensch ist, wer Unrecht zufügt oder erleidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit dem Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als der roheste Pygmäe und der grausamste Sadist. (...)

27. Januar. Morgengrauen. Auf dem Fußboden das schandbare Durcheinander verdorrter Glieder, das Ding Sómogyi.

Es gibt dringendere Arbeiten. Man kann sich nicht waschen, wir können ihn nicht anfassen, bevor wir nicht gekocht und gegessen haben. Und dann "... rien de si dégoutant que les débordements", wie Charles richtig meint; der Latrineneimer muss geleert werden. Die Lebenden stellen größere Ansprüche. Die Toten können warten. Wir begaben uns an die Arbeit, wie jeden Tag.

Die Russen kamen, als Charles und ich Sómogyi ein kurzes Stück wegtrugen. Er war sehr leicht. Wir kippten die Bahre in den grauen Schnee.

Aus Primo Levi: Ist das ein Mensch? Roman. Aus dem Italienischen von Heinz Riedt; Frankfurt am Main, Wien (Büchergilde Gutenberg)

6. Feuerschein und Trauermarsch. Auftakt zum neonazistischen Aktionsmarathon im Gedenkjahr 2005

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:05

Das Jahr 2005 wird im Zeichen des Gedenkens an den 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus stehen. Hierbei verschob sich die vergangenheitspolitische Deutungshoheit in den vergangenen Jahren deutlich zu einem deutschen Opferdiskurs. Dieser bedarf der symbolischen Orte und ihrer Inszenierung. Noch bevor am 13. Februar des "Untergangs Dresdens" gedacht wird, eröffnet am 15. Januar die Stadt Magdeburg den Reigen des Gedenkens an die deutschen Opfer. Der Jahrestag der Bombardierung ist zugleich auch Auftakt für den neonazistischen Aktionsmarathon zum Gedenkjahr 2005.

Seit Ende der 1880er Jahre war Magdeburg ein Zentrum der Schwermaschinenindustrie. Bereits im Ersten Weltkrieg war die Stadt ein bedeutender Rüstungsstandort. Hier hatten die auf Munition und Munitionsmaschinen spezialisierten OHG Polte-Werke mit etwa 15.000 ArbeiterInnen ihren Hauptsitz. Während des Ersten Weltkrieges stiegen die Polte-Werke zu einem bedeutenden Rüstungskonzern mit Tochterunternehmen im Reichsgebiet auf. Um die Arbeitsproduktivität unter Kriegsbedingungen aufrecht zu erhalten, wurden im Zweiten Weltkrieg auch in Magdeburg Zwangsarbeiter eingesetzt. Allein die Polte-Werke unterhielten drei Zwangsarbeiterlager, die als Außenkommandos u.a. der KZ Ravensbrück und Buchenwald fungierten. Weitere Zwangsarbeiterlager wurden durch die BRABAG (Braunkohle- und Benzin AG) und das Chemie-Unternehmen Fahlberg-List verwaltet. Durch die Rüstungsproduktion und ein wichtiges Eisenbahnkreuz war Magdeburg mit Kriegsbeginn zur Drehscheibe des Nachschubs und der Truppenverlegung für die Ostfront geworden. Der Angriff der amerikanisch-britischen Bomberverbände am 16. Januar 1945 zielte auf die Industriegebiete und Wohnviertel und zerstörte die Stadt zu 80 Prozent. Die Polte-Werke und das Eisenbahnnetz wurden stark beschädigt.

In der DDR sah man den Angriff auf Magdeburg wie auch die Bombardierung anderer ostdeutscher Industriestädte als Teil der angloamerikanischen Strategie zur Vernichtung der industriellen Basis in der späteren sowjetischen Besatzungszone. Dies sei Ausdruck der imperialistischen Kriegführung der Westalliierten gewesen. Noch 1985 wertete die lokale SED-Zeitung Volksstimme die Zerstörung der Stadt als Beleg für die anhaltende Aggressivität des US-Imperialismus. Gleichzeitig blieb der Charakter Magdeburgs als Rüstungsstandort nicht unerwähnt.

Rüstungsschmiede für den Vernichtungskrieg

Nach 1990 bemühte sich die Stadt um eine Neufundierung des Gedenkens. Dabei stand schon im Frühjahr 1990 der Wunsch mancher Politiker nach einem Wiederaufbau der Johanneskirche im Vordergrund. Diese war nach der architektonischen Neugestaltung der Stadt, Mitte der 1960er Jahre, als Ruine stehen geblieben und erhielt nun eine Bedeutungszuschreibung ähnlich der Ruine der Dresdener Frauenkirche. Den Wiederaufbau der Kirche als Konzerthalle unterstützten die Stadt und das Land Sachsen-Anhalt. Zudem wurde auf dem Westfriedhof ein zentral gelegenes Denkmal für die Opfer der Bombardierung geschaffen, welches das ebenfalls auf diesem Friedhof vorhandene Denkmal für die Opfer des Faschismus als städtischen Gedenkort ablöste. Dagegen sah sich die Stadtverwaltung nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte Mitte der 1990er Jahre zunächst nicht in der Lage, die notwendigen Mittel für den Erhalt des sowjetischen Soldatenfriedhofs zur Verfügung zu stellen. Indes ging man bei der Umbenennung von Straßen behutsamer vor und holte immerhin zeitgeschichtliche Gutachten zu den Namensgebern ein.

Der 50. Jahrestag der Zerstörung der Stadt wurde mit einer Ausstellung historischer Fotos im Stadtmuseum begangen. Diese wies bereits Momente der heute allgegenwärtigen geschichtspolitischen Argumente bezüglich des Bombenkrieges auf. Neben einer fotografischen Gegenüberstellung des "alten Magdeburg" mit dem heutigen Bild der Stadt fand sich auch der Topos von der militärischen Sinnlosigkeit des Bombardements. Der Ausstellung unter dem emotionalisierenden Titel "Da färbte sich der Himmel blutrot ..." folgte eine Serie in der lokalen Tageszeitung, in der ZeitzeugInnen von der Zerstörung berichteten.

Ab Mitte der 1990er Jahre beteiligte sich der Kreisverband der Magdeburger "Republikaner" mit einem eigenen Trauergebinde an der offiziellen Gedenkveranstaltung der Stadt auf dem Westfriedhof. Diese Praxis wurde ab

1997 von der örtlichen NPD und den zunächst noch wenigen Skinheads aus dem Spektrum der militanten Neonazis übernommen. Jahr für Jahr schlossen sie sich, ohne auf Widerspruch zu stoßen, dem Gedenkaufzug aus BürgerInnen und städtischen Honoratioren an. Zwar äußerten alljährlich einige Stadtverordnete ihr Unbehagen ob der Teilnahme der Neonazis. Für ihren Ausschluss von der Gedenkveranstaltung wurde jedoch nichts unternommen. Bei älteren MagdeburgerInnen stieß deren Teilnahme auch auf ein positives Echo: Die jungen Leute mit den schwarzen Fahnen zeigten, im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Altersgruppe, Geschichtsbewusstsein, ließen sich einige Stimmen im Lokalanzeiger vernehmen.

Die Neonazis selbst taten alles, um den Eindruck des rechtsextremen Bürgerschrecks zu vermeiden. Mehr noch: Für einen Gedenkmarsch griffen sie auf das Motto der Fotoausstellung "... da färbte sich der Himmel blutrot" zurück. Die Gestaltung ihrer Homepage mit Fotos der kriegszerstörten Stadt verdanken die Neonazis den Quellen des Magdeburger Stadtmuseums, ohne dass jemand bisher daran urheberrechtlichen Anstoß genommen hätte. Auf der Page wird der Besucher mit dem Sinnspruch "Unsere Mauern brachen, unsere Herzen nicht" empfangen. Bezeichnenderweise firmiert die Seite im Internet unter www.festungsstadt.com.

Ermutigt durch die folgenlose Teilnahme am städtischen Gedenken, gingen die ab Ende der 1990er Jahre in Kameradschaften organisierten, regionalen Neonazis dazu über, eigenständige Gedenkveranstaltungen anzumelden. Sie wurden in den vergangenen drei Jahren zu einem regionalen Szene-Event mit steigenden Teilnehmerzahlen. Zugleich beteiligten sich die Neonazis auch weiterhin an der städtischen Gedenkveranstaltung.

Dem Aufmarsch am 15. Januar ging eine monatelange und bundesweite Mobilisierung der rechtsextremen Szene voraus. Offiziell wurde der Marsch von der Magdeburger Kameradschaft "Festungsstadt" organisiert. Der erhebliche logistische Aufwand legt die Vermutung nahe, dass die Magdeburger Kameraden nicht nur verbal von bundesweit aktiven Neonazis wie Ralph Tegethoff, Christian Worch und Jürgen Rieger unterstützt werden. Magdeburger AntifaschistInnen sehen den Aufmarsch als Mobilisierungsauftakt für eine ganze Kette von bundesweiten Aktionen der Neonazis. "Magdeburg ist nur die erste Station dieses geschichtsrevisionistischen Wanderzirkus, dessen nächster Ort Dresden am 13. Februar ist", erklärte Yvonne Hanser, Sprecherin des antifaschistischen Bündnisses. Dessen thematischer Schwerpunkt ist die Zurückweisung des deutschen Opfermythos.

Für die Stadt war die historisch-politische Konstellation im Vorfeld des 15. Januar in diesem Jahr nicht ohne Brisanz. Denn 2005 begeht Magdeburg seine Gründung vor 1200 Jahren mit einem aufwändigen Festprogramm, von dem man sich mediale Aufmerksamkeit und den Zustrom von TouristInnen verspricht. Ende Dezember debattierte das Stadtparlament auf Antrag von Grünen und PDS über den Aufmarsch der Neonazis. Doch anders als in Weimar oder Leipzig konnte man sich nicht zu einer aktiven Unterstützung der Aktionen des lokalen "Bündnisses gegen Rechts" durchringen. Oberbürgermeister Trümper fürchtete, die Gegenaktionen könnten durch die Teilnahme linker Gruppen in Chaos und Gewalt versinken. So blieb es bei einer lapidaren Resolution des Stadtrates, in welcher der Aufmarsch verurteilt und zu einem symbolischen Kehraus nach dem Marsch der Nazis aufgerufen wird.

Die städtische Versammlungsbehörde unternahm nicht einmal den Versuch, ein Verbot des Aufmarsches zu erwirken. Begründung: Dies habe nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Gunsten des Klägers Christian Worch keine Aussicht auf Erfolg.

Stadtrat und Neonazis in Trauer vereint?

Dass rechtsextreme Aktivitäten seitens der Lokalpolitik am liebsten ignoriert werden, ist seit der Wende eine ungute Tradition. Egal, ob es sich um die Ermordung von Punks und die systematische Jagd auf Ausländer in den neunziger Jahren handelt oder um eine provokatorische Mahnwache von Neonazis vor der Synagoge vor zwei Jahren - stets waren die LokalpolitikerInnen vor allem darum bemüht, das Image der Stadt vor allzu großem Schaden zu bewahren. An die Stelle einer offensiven Auseinandersetzung mit der lokalen rechten Szene traten in der Vergangenheit rituelle Schimpfkanonaden auf die "Westpresse", die den einseitig schlechten Ruf Magdeburgs präge.

Zur Rolle Magdeburgs als Rüstungsstandort und der gnadenlosen Ausbeutung von Zwangsarbeitern werden im kommenden Jahr einige neue Studien erscheinen. Auch im Katalog zur Ausstellung "1200 Jahre Magdeburg" findet sich eine umfassende Darstellung der NS-Zeit. Doch dies ist allein dem Engagement von

Wissenschaftlern zu verdanken. Das Hauptaugenmerk der Öffentlichkeit liegt in diesem Januar wieder bei den Bombenopfern. Nach einen Aufruf der Volksstimme gingen nach Angaben der Redaktion Hunderte Zuschriften mit Tagebüchern und Briefen ein, in deren Mittelpunkt die Zerstörung der Stadt steht. Deren fortlaufender Abdruck dürfte das öffentliche Bewusstsein nachhaltiger prägen als die vor einigen Jahren am Tor eines ehemaligen KZ-Außenlagers angebrachte Gedenktafel oder die erneute Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter aus Russland.

Christian Grünert

7. Überwachung der Kommunikation. Ein Element neoliberaler Sicherheitspolitik

Autor: AG Sicherheitspolitik · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:09

Am 26. Juni 2004 ist das geänderte Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft getreten. Die Novellierung des Gesetzes wurde erneut als Gelegenheit genutzt, die Möglichkeiten heimlicher Kommunikationsüberwachung auszudehnen.

Das Telekommunikationsgesetz (TKG) regelt auf den ersten Blick vor allem wirtschaftliche Belange im Bereich der Telekommunikation (TK). Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass es sich zugleich um ein zentrales Gesetz für die heimliche Kommunikationsüberwachung handelt. Zwar sind die Rechtsgrundlagen für die unmittelbaren Überwachungsmaßnahmen gegenüber der/m BürgerIn in der Strafprozessordnung (StPO), den Polizeigesetzen der Länder und den Gesetzen über die Geheimdienste geregelt. Das TKG bestimmt jedoch die Weite und Möglichkeiten dieser Überwachung, indem es einerseits regelt, welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen die TK-Anbieter zur Abwicklung der Überwachung zur Verfügung stellen müssen. Zum anderen verpflichtet es die Anbieter, Daten über ihre Kunden weiterzugeben.

Regelung und Neuerung bei der Überwachung

Hier muss zunächst unterschieden werden zwischen Bestands- und Verkehrsdaten. Erstere sind unter anderem Name, Anschrift, Vertragsbeginn und Geburtsdatum der KundInnen, während Verkehrsdaten Informationen betreffen, "die bei der Erbringung eines Telekommunikationsdienstes erhoben, verarbeitet oder genutzt werden" (§ 3 Nr. 26 TKG), also alles was bei Telefonaten, SMS, E-Mail und Internet anfällt. Dazu zählen bei Telefonaten beispielsweise auch Anschlusskennungen, Kartennummern, Standortdaten beim Mobilfunk, Beginn und Ende der Verbindung. Nicht dazu zählen die Inhalte der Kommunikation.

Die §§ 111 ff. TKG verpflichten die Anbieter, Bestandsdaten ihrer KundInnen bis zum Ende des auf eine Vertragsbeendigung folgenden Jahres zu speichern und den "berechtigten Stellen" zur Verfügung zu stellen. Diese Speicherpflicht gilt jetzt auch für Prepaid-KundInnen. Damit gilt nun eine Identifizierungspflicht in der Telekommunikation, die bisher nur aus dem Bereich finanzieller Transaktionen bekannt ist. Auf diese Daten dürfen die genannten Stellen jederzeit per Online-Verbindung zugreifen (automatisiertes Abrufverfahren). Dabei sind nun auch praktisch Rasterfahndungen möglich, wenn die verfügbaren Datenangaben unvollständig oder ungenau sind. So können beispielsweise die Daten aller in einer bestimmten Straße wohnenden Personen erhoben und abgeglichen werden. In einem manuellen Abrufverfahren können darüber hinaus weitere von den Anbietern zur Vertragsabwicklung gespeicherte Bestandsdaten abgefragt werden (z.B. die PIN oder die PUK). (1)

Wesentlich brisanter ist indes die Speicherung der Verkehrsdaten, die beispielsweise zur Erstellung von Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen verwandt werden können. Hier bestimmt das TKG, welche Daten die Telekommunikationsanbieter überhaupt speichern dürfen. Dieser Regelung kommt insofern Bedeutung zu, als Verkehrsdaten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten abgefragt werden können, dies aber rückwirkend nur geschehen kann, wenn diese Daten auch gespeichert worden sind. Vor diesem Hintergrund kommt auch der Wahl des TK-Anbieters Bedeutung zu, nachdem diese die betreffenden Daten unterschiedlich lange speichern.

Während die Speicherungen von Verkehrsdaten bislang nur zur Abrechnung von genutzten Diensten oder im Einzelfall zur Störungsabwehr zulässig war, erlaubt der neue § 100 TKG nun de facto die unbegrenzte Speicherung, so weit es zur Störungs- und Missbrauchsbekämpfung erforderlich ist; ein Tatbestand, der immer gegeben sein kann. Durch den Wegfall der Einzelfall-Beschränkung ist es damit rein rechtlich möglich, das gesamte Telekommunikationsverhalten nachzuvollziehen. Daneben räumt § 97 TKG den TK-Anbietern das Recht ein, Einzelverbindungsnachweise für die Dauer von sechs Monaten zu Abrechnungszwecken zu speichern. Allerdings kann der Kunde den Umfang der gespeicherten Daten selbst bestimmen und wählen, ob er die Löschung der von ihm gewählten Zielrufnummern mit Rechnungsversand oder die Schwärzung der letzten drei Stellen der Telefonnummern wünscht. Wenn der Kunde von diesem Wahlrecht keinen Gebrauch

macht, werden die Nummern ungekürzt gespeichert (§ 97 Abs. 4 S. 2 TKG) und können damit auch abgefragt werden.

Die unionsregierten Bundesländer wollten in diesem Bereich noch weitergehen und aus dem Recht eine Verpflichtung zur Vorratsspeicherung aller Daten für jeweils ein halbes Jahr machen, scheiterten damit jedoch. Indes wird mittlerweile auf EU-Ebene über eine Verpflichtung zur Vorratsspeicherung nachgedacht: Eine Initiative Frankreichs, Großbritanniens, Irlands und Schwedens sieht vor, dass TK-Anbieter in den Mitgliedsstaaten der EU die anfallenden Verkehrsdaten ein bis drei Jahre lang speichern müssen.

Die Ausforschung von Inhalten der Telekommunikation geschieht auf dem Wege der Telekommunikationsüberwachung, die für Polizei und Geheimdienste in den betreffenden Gesetzen jeweils besonders geregelt ist. In diesem Bereich verpflichtet das TKG die TK-Anbieter, die technischen und organisatorischen Vorkehrungen zur Abwicklung dieser Überwachung zu schaffen. Welche Erweiterungen von Überwachungsmöglichkeiten das neue TKG dabei nach sich zieht, muss sich erst noch zeigen. Hier steckt der Teufel im Detail, oder genauer gesagt: In der Telekommunikationsüberwachungs-Verordnung (TKÜV), die die Bestimmungen des TKG detailliert regelt und deren Erweiterung in Planung ist.

Der Entwurf für eine Neufassung der TKÜV nimmt nun im Ausland befindliche Mobiltelefone nicht mehr von der Überwachung aus. Standortdaten im Mobilfunk sollen künftig "mit der größtmöglichen Genauigkeit" geliefert werden, die einfache Nennung der betreffenden Funkzelle dürfte dann nicht mehr ausreichen. Vor allem aber wird in dem Entwurf die Kerngröße der "zu überwachenden Kennung" überaus weit formuliert. Während die richterlichen Überwachungsanordnungen bislang die Rufnummer oder eine vergleichbare Kennung des zu überwachenden Anschlusses bezeichnen mussten, sollen künftig offenbar alle TK-Kennungen überwacht werden können, so dass die Bezeichnung einer IP-Adresse (2), IMEI-Gerätenummer (3) oder eines WLAN-Hotspots ausreichen würde, um sämtliche hierüber ablaufende Kommunikation zu überwachen. Bei der Überwachung des Mobilfunks beispielsweise müssten sich die Ermittler dann nicht mehr für jede einzelne Nummer bzw. SIM-Karte (4) eine Anordnung besorgen, sondern könnten diese anhand der IMEI kartenunabhängig auf ein bestimmtes Handy ausstellen lassen.

Der Ausbau von Speicherverpflichtungen und Überwachungsmöglichkeiten anlässlich der TKG-Novellierung macht deutlich, wohin die Reise im Bereich staatlicher Überwachung weiterhin gehen soll: Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine ständige Ausweitung: Was technisch möglich ist, wird eingesetzt; was gespeichert werden kann, wird auch ausgewertet. Damit ermöglichen die immensen Fortschritte der Technik heute eine Intensität von Überwachung, die selbst vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Perspektiven der Überwachung

Damit einher geht auf rechtlicher Ebene eine Entwicklung, die Überwachung immer mehr von konkreten Anlässen unabhängig macht. Ursprünglich war polizeiliche Ausforschung nur zur Verfolgung einer konkreten Straftat erlaubt, für die ein begründeter Anfangsverdacht bestand. Diese Haltung wurde bereits in der Debatte um Organisierte Kriminalität aufgeweicht: Zunehmend koppelte man sich von diesen Voraussetzungen ab und überwachte auch Personen, von denen man nur vermutete, dass sie Straftaten begehen würden. In einem nächsten Schritt wurden und werden nun die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, Überwachung auch unabhängig von einem konkreten Anfangsverdacht vornehmen zu können, indem man sie ins Polizeirecht übernimmt, wo mittlerweile auch Überwachungsmaßnahmen unabhängig vom Vorliegen eines Gefahren- oder Straftatenverdachts möglich sind.

Hinter dieser Entwicklung steht eine Philosophie, die Überwachung von jedem Anlass unabhängig machen möchte, um sie umfassend einsetzen zu können. Diese Tendenz, alle zu überwachen, zeigt sich heute bereits, wenn an Autobahnen ein automatischer Kennzeichenabgleich getestet, immer wieder die Forderung nach einer DNA-Datenbank aller BürgerInnen erhoben wird und biometrische Daten in Ausweisen gespeichert werden sollen. Das Ziel: Straftaten sollen gar nicht erst passieren, sondern präventiv verhindert und Risiken vermieden werden.

Damit ist ein grundsätzlicher Wandel in der Sicherheitspolitik angesprochen, der sich vor dem Hintergrund der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft vollzieht. Individualisierung, Flexibilisierung und die Exklusion ganzer Bevölkerungsteile aus der alten Wohlstandsgesellschaft stellen soziale Kontrolle zum einen vor neue Anforderungen. Der Verlust an Kontrolle im sozialen Nahraum wird kompensiert durch qualitativ neue und

unpersönlichere Kontrollformen. Andererseits unterliegt Sozialkontrolle im Zuge dieses gesellschaftlichen Wandels auch selbst grundlegenden Veränderung, wie z.B. einer Ökonomisierung.

Dementsprechend geht es in der Sicherheitspolitik zunehmend weniger darum, den Delinquenten durch Einwirkung auf seine Persönlichkeitsstruktur zu "bessern". Statt dessen werden Kriminalität und abweichendes Verhalten als allgegenwärtige Risiken verstanden, die es in allen Bereichen präventiv zu kontrollieren und somit zu verwalten gilt. Diese Entwicklung ist durch die Zunahme von Selbsttechnologien zur Menschenführung und anderen ganz neuen Formen von Kontrolle gekennzeichnet, die subtiler sind, informeller, unsichtbarer, hintergründiger.

Videoüberwachung, das elektronische Halsband aber auch die Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten sollen das Individuum dazu bringen, fremde Normen und Werte, Ziele und Zwecke als eigene anzunehmen, zu verinnerlichen und sein eigenes Verhalten, abhängig von der Situation, in der man sich befindet, anzupassen. Solche Formen der unsichtbaren Menschenführung, die ohne direkte Intervention auskommen, treten neben die sich dennoch ausweitende klassische Überwachung und führen zu einer Verlagerung sozialer Kontrolle auf diesen Bereich. Es geht weniger um Normen, ihre Einhaltung und die Disziplinierung bei Verstößen, sondern um die Ausrichtung am empirisch Normalen durch Techniken der Sicherheit. Für die Unverbesserlichen, die sich dieser Anpassung durch Verhaltenskontrolle widersetzen, bleibt der soziale Ausschluss durch ein immer repressiveres Strafrecht, das mehr und mehr auf das Wegschließen als auf die "Behandlung" der Betroffenen gerichtet ist. Diese Kombination aus Kontrolle und sozialem Ausschluss stellt sich als Fortentwicklung bzw. Zuspitzung der herkömmlichen Dichotomie von Überwachung und Strafe dar.

Von der Überwachung zur Kontrolle

Im Zuge dessen ist polizeiliche Arbeit immer weniger auf die klassische Strafverfolgung ausgerichtet; statt dessen geht es um den weiter gefassten Bereich der Gefahrenvorsorge und proaktive Formen der Prävention unabhängig von konkreten Verdachtsmomenten. Potenzielle Gefährdungslagen in allen Lebensbereichen sollen möglichst frühzeitig erkannt werden. Hierbei kommt heimlichen Ermittlungsmethoden und der Speicherung und Auswertung von Informationen besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne hat sich auch die Arbeit der Geheimdienste verändert und ist mehr und mehr mit polizeilichen Aufgaben verwoben.

Zusammenfassend betrachtet werden also einerseits klassische Intervention und Überwachung ausgeweitet, wobei sich andererseits neue Formen sozialer Kontrolle herausbilden, die auf den gesellschaftlichen Wandel zurückgehen. Insofern hat sich das System sozialer Kontrolle von der Vergeltung über die Disziplinierung durch Behandlung hin zu Kontrolle und Ausschluss verschoben.

AG Sicherheitspolitik

Kontakt: ag.sipo@gmx.de

Anmerkungen:

1) PIN steht für Personal Indentity Number; ein Code, mit dem die SIM-Karte (s. Anm. 4) vor unberechtigten Zugriff geschützt werden soll. PUK ist die Abkürzung für Personal Unblocking Key, ein Code der die Falscheingabe von PINs protokolliert, zählt und mit dem eine dadurch gesperrte SIM-Karte entsperrt werden kann.

2) Jeder mit dem Internet verbundene Computer ist über seine IP-Adresse (Internet Protocol Address) eindeutig identifizierbar. Die IP-Adresse besteht aus vier Zahlen, jeweils getrennt durch einen Punkt, z.B. 195.37.215.70.

3) Die 15-stellige Endgerätekennung IMEI identifiziert jedes Mobiltelefon weltweit eindeutig. Sobald ein Gerät eingeschaltet wird, überträgt es diese Nummer an den jeweiligen Netzbetreiber (Einbuchung).

4) Die SIM-Karte ist eine Chipkarte, die in ein Mobiltelefon eingesteckt wird und zur Identifikation des Nutzers im Netz dient.

8. Tod im Polizeipräsidium. In Bremen wurde ein Mann aus Sierra Leone bei einer Brechmittelvergabe getötet

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:33

Fast zwei Wochen lag Laya-Alama Conde im Koma, am 7. Januar gab die Staatsanwaltschaft seinen Tod bekannt. Es ist bereits das zweite Mal, dass in Deutschland ein Mensch wegen einer Brechmittelvergabe getötet wurde. Am 15. Januar demonstrierten in Bremen mehrere Initiativen gegen die "Brechmittelfolter" und für den Rücktritt des Innensenators Thomas Röwekamp (CDU). Außerdem forderten sie den sofortigen Stopp von Brechmitteleinsätzen in allen Bundesländern.

Laya-Alama Conde sei bei einer Magenspülung ertrunken, lautet die Diagnose des Notarztes Jörn Günther, der den Mann am 27. Dezember wiederbeleben wollte. Der Arzt des Beweismittelsicherungsdienstes, Igor Volz, habe dem Verdächtigen mit einer Magensonde so viel Wasser eingeflößt, dass dieses in die Lunge eindrang. Wegen des resultierenden Sauerstoffmangels habe das Opfer einen schweren Hirnschaden davon getragen. So weit bekannt, informierten die anwesenden PolizistInnen die Staatsanwaltschaft nicht über den Vorfall. Vor allem Günther ist es zu verdanken, dass die erschütternden Vorgänge im Bremer Polizeipräsidium etwa eine Woche nach dem Vorfall an die Staatsanwaltschaft und die Öffentlichkeit gelangten.

Allerdings wird laut Günthers Anwalt Andree Osterwald derzeit in erster Linie gegen den Notarzt selbst ermittelt. "Ich will das nicht als Einschüchterungsversuch, sondern als Routine werten, da ich noch an die demokratischen Prinzipien glaube", so Günther. Sein Rechtsanwalt Osterwald kann sich auch vorstellen, dass Günther als "Verräter" betrachtet wird, der die "barbarische Veranstaltung" an die Öffentlichkeit gebracht und den "Korpsgeist" verletzt habe. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft RechtsmedizinerInnen aus Berlin mit der Obduktion der Leiche beauftragt. Es sei aber fast ausgeschlossen, dass ein Tod durch Ertrinken nach so vielen Tagen noch nachweisbar sei, befürchtet Günther.

Der 35-Jährige aus Sierra Leone war am 27. Dezember in Bremen von mehren Polizeibeamten in Zivil "überprüft" worden, wie es in der Polizeisprache heißt. Da er bei der Kontrolle Kügelchen heruntergeschluckt habe, sei eine "Exkorporation bei dem Verdächtigen zum Zweck der Gefahrenabwehr und Beweismittelsicherung angeordnet" worden, so steht in einer Pressemitteilung der Bremer Polizei. Da sich der mutmaßliche Dealer weigerte, den Brechsirup einzunehmen, presste der Auftragsarzt des ärztlichen Beweissicherungsdienstes ihm einen Schlauch durch Nase und Speiseröhre. Der Mann soll sich zuvor massiv dagegen gewehrt haben. Man kann sich ausmalen, mit welcher Gewalt die Polizeikräfte vorgegangen sind, um ihn auf einem Stuhl zu fixieren.

Einsatz mit tödlichen Folgen

Nachdem sich Laya-Alama Conde nicht mehr ansprechen ließ, wurde laut Polizeiangaben ein Notarzt angefordert. Der hinzu gerufene Günther stellte "normale Werte und Vitalfunktionen" bei dem Patienten fest, woraus die Einsatzkräfte schlossen, dass Conde die Bewusstlosigkeit nur vorgetäuscht habe. Danach habe Volz dem Sierra Leonen große Mengen Leitungswasser durch die Magensonde gespritzt. Dies berichtet Notarzt Günther, der sich zu dem Zeitpunkt im selben Raum befunden hatte, da er noch dabei war, das Protokoll für seinen Einsatz zu schreiben. Nachdem das Brechmittel Wirkung zeigte, seien mehre Drogenkügelchen sicher gestellt worden. Dann sei festgestellt worden, dass der Mann fast nicht mehr atmete.

In der großen Koalition in Bremen sind wegen des Todesfalls Spannungen aufgetreten. Wolfgang Grotheer aus der SPD-Fraktion sagte, die gewaltsame Verabreichung von Brechmitteln sei nicht mehr vertretbar. Die oppositionellen Grünen verlangten den Rücktritt des Senators. Zunächst sei der Vorfall viele Tage vertuscht worden, dann habe Röwekamp Fehlinformationen verbreitet, kritisierten sie. Am 4. Januar hatte er behauptet, der Mann leide unter einer schweren Vergiftung und sei nicht mehr in Lebensgefahr. Der 38-jährige Senator hatte in der Sendung buten un binnen zudem erklärt: "Den Schaden habe er sich selbst zuzuschreiben". Und: "Ich gehe davon aus, dass der Mann nicht stirbt. Wenn er stirbt, hat es nichts mit der Verabreichung von Brechmitteln zu tun sondern damit, dass er versucht hat zu verweigern, diese Drogen herauszugeben und sich gegen Brechmittel gewehrt hat."

Bereits im Dezember 2001 ist der 19-jährige Michael Nwabuisis, auch bekannt als Achidi John, in Hamburg gestorben, nachdem die Rechtsmedizinerin Ute Lockemann ihm zwangsweise Brechsirup verabreicht hatte. Auch hier versuchten die Verantwortlichen, dem Opfer den Tod selbst in die Schuhe zu schieben, indem behauptet wurde, der junge Mann habe an einem Herzfehler gelitten. Die Staatsanwaltschaft hat nie ein formales Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke hat beim Oberlandesgericht bislang erfolglos gegen diese Vorgehensweise geklagt. Möglicherweise könnte aber auf Grund neuer medizinischer Erkenntnisse aus den USA und des zweiten Todesopfers in Bremen nun Ermittlungen in Hamburg angestrengt werden, so Heinecke.

Laut Antirassismusbüro Bremen (ARAB) sei die Brechmittelvergabe bei deutschen Verdächtigen unbekannt. Es ist davon auszugehen, dass es sich um eine rassistische Sonderbehandlung handelt, die sich offenbar ausschließlich gegen Schwarze richtet. Trotz zahlreicher Warnungen von ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen und Menschenrechtsorganisationen wird die Praxis weiter betrieben. Mit großer Selbstverständlichkeit muten ÄrztInnen und PolizistInnen den Verdächtigen große Schmerzen zu. Zahlreiche Organisationen, etwa der Flüchtlingsrat Hamburg, bezeichnet die Vergabe von Brechsirup als Folter. Amnesty International hat sich zwar gegen die "unmenschliche und erniedrigende" Zwangsverabreichung von Brechmitteln ausgesprochen, meint aber, das Verfahren sei keine Folter, da kein Geständnis erpresst werde.

In jedem Falle widerspricht die Brechmittelvergabe dem deutschen Strafrecht, wonach die Polizei nur Beweise erlangen darf, wenn davon kein Nachteil für die Gesundheit des Täters zu befürchten ist. Zudem verstößt sie gegen das Völkerrecht. Der "Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte" von 1966 verbietet jede "grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung". Diese ist im Fall der Brechmittelvergabe, bei der der Körper sozusagen beschlagnahmt und der Mensch funktionalisiert und nur noch "dem Zweck des Hervorwürgens unterworfen" wird, wie das Oberlandesgericht Frankfurt am Main bereits 1996 feststellte, auf jeden Fall gegeben.

Vertuschen und fehlinformieren

Ein Brechmitteleinsatz ist in allen 16 Bundesländern möglich, wird aber unterschiedlich praktiziert. So weit bekannt vergeben Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt keine Brechmittel unter Zwang. Anders dagegen Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Nordrheinwestfalen, hier wird Brechsirup auch eingeführt, wenn sich die Verdächtigen dagegen wehren.

Anke Schwarzer

9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:11

Auch in Haft gilt Meinungsfreiheit

Ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in bayrischen Knästen wirft eine jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Ein in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Straubing einsitzender Strafgefangener hatte im Jahre 2001 die von der Deutschen Aids-Hilfe herausgegebene Broschüre "Positiv in Haft" angefordert. Allerdings wurde ihm die Aushändigung der Broschüre durch die Anstaltsleitung verweigert: Die Broschüre enthalte Informationen, die die Gefangenen zu einem vollzugsablehnenden Verhalten und einer missbräuchlichen Handhabung des Beschwerderechts veranlassen könnten, so die Gefängnisleitung. Wahr ist auch, dass ein Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Nürnberg und eine Strafvollstreckungskammer am Landgericht Regensburg dieses Vorgehen mit dem Grundgesetz als vereinbar ansahen. Die Karlsruher Verfassungsrichter gaben nun allerdings der Verfassungsbeschwerde eines Bremer Hochschullehrers statt. Der hatte im Zurückhalten der bei ihm bestellten Info-Broschüre eine Verletzung der Meinungsfreiheit des Gefangenen beanstandet. Das Verfassungsgericht hob jetzt den Beschluss des Landgerichts auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung zurück. Justizvollzugsanstalten dürfen nicht ohne weiteres von Häftlingen bestellte Informationsbroschüren zum Strafvollzug zurückhalten, befanden die Karlsruher Richter. Werde ein Strafgefangener in sachlicher, vollständiger und juristisch vertretbarer Weise in einer Broschüre über seine Rechte informiert, so stelle das noch keine Gefahr nach dem Strafvollzugsgesetz dar.

(AZ: Bundesverfassungsgericht 2 BvR 2219/01)

Zelle zu klein: Häftling gewinnt vor Gericht

Ein Häftling hat sich mit Erfolg gegen unzumutbare Haftbedingungen im Zweibrücker Gefängnis beschwert. Wie das Pfälzische Oberlandesgericht (OLG) in Zweibrücken entschied, ist die Grenze zur menschenunwürdigen Inhaftierung bei einer mit zwei Männern belegten Doppelzelle von acht Quadratmetern Fläche für Aufenthalt, Schlafkojen, Waschgelegenheit und Toilette überschritten. Dies sei auch durch die Überfüllung der Gefängnisse und Zwang zur Mehrfachbelegung nicht zu rechtfertigen. Laut OLG können einzelne Gefangene aus dem Strafvollzugsgesetz zwar keine Ansprüche auf einen Unterbringungsstandard ableiten. Doch die Haftanstalten seien an die Europäischen Mindestgrundsätze für Strafgefangene gebunden. (AZ.: OLG 1 Ws 276/04)

Rote Hilfe München durchsucht

Am 8. Dezember 2004 kam es zu insgesamt sechs Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Roten Hilfe und einem weiteren unabhängigen Projekt. Begründet wurden diese Maßnahmen mit einem Verfahren wegen Verstößen gegen das Urheber- bzw. Markenrecht, die in Zusammenhang mit dem Bankkonto der Ortsgruppe München der Roten Hilfe stehen. Offensichtlich wurde von dritten Missbrauch mit den (öffentlich bekannten) Kontodaten betrieben. PolizistInnen verschafften sich Zutritt zu drei Privatwohnungen in München, einer Wohnung in Hamburg sowie den Räumen der Postadresse der Roten Hilfe München und des Infoladens. Beschlagnahmt wurden etliche Rechner, darunter auch Geräte des GNN-Verlages, des Kurt-Eisner-Vereins und des Infoladen Münchens. Vorgeworfen wird vier Personen, sie hätten im Internet Uhrenplagiate sowie illegale Software verkauft. Offenbar wurde das Konto der Roten Hilfe für diese Zwecke verwendet. Möglicherweise steht dies in Zusammenhang mit unzähligen Lastschriften, mit denen das Konto seit Oktober 2003 belastet wurde. Trotz mehrmaliger Intervention bei der Postbank wiederholten sich diese Vorgänge immer wieder, letztlich wurde das Geld jedoch vollständig rückgebucht. Diese Vorgänge müssen auch der Münchner Polizei bekannt gewesen sein, kam es doch Anfang 2003 zu einer Zeugenvorladung in dieser Sache. Trotz dieser offensichtlichen Tatsachen führte die Polizei die Durchsuchungen durch. Neben BeamtInnen des Wirtschaftsdezernates waren in fünf Fällen auch Beamte der politischen Polizei (Staatsschutz) anwesend. Offenbar hat der Staatsschutz mit den haltlosen Plagiatvorwürfen eine günstige Gelegenheit genutzt, bei politisch unerwünschten Personen - wozu Mitglieder der Roten Hilfe offensichtlich gehören - Hausdurchsuchungen vorzunehmen.

LKW-Maut: Folgt Kennzeichen-Auswertung?

Der gelungene Start der deutschen LKW-Maut weckt Begehrlichkeiten - und das nicht nur bei Finanzminister Hans Eichel. So fordert Frank Hüttemann, der Chef des Magdeburger Landeskriminalamtes, den Einsatz von Hard- und Software zur automatischen Erfassung von Autokennzeichen, um die Ermittlungen gegen Menschen- und Rauschgifthändler zu erleichtern. Er denke dabei an den Einsatz von Kennzeichen-Lesegeräten an Maut- oder Tempo-Messstellen. Die erfassten Daten könnten sofort mit der Fahndungsdatei verglichen werden, so Hüttemann. Einem solchen Technikeinsatz ist bereits in Hessen der Weg bereitet worden. Dort darf die Polizei künftig Autokennzeichen elektronisch erfassen und automatisiert mit Daten in Fahndungscomputern vergleichen. Grundlage bildet das neue Polizeigesetz, das Ende Dezember vom hessischen Landtag verabschiedet wurde. Autokennzeichen sollen zukünftig in flüchtige Speicher von mobilen und stationären Erfassungsgeräten eingelesen und anschließend mit einer im Gerät hinterlegten Fahndungsdatei abgeglichen werden. Bei der dauerhaften polizeilichen Beobachtung der Autofahrer bestehe die Gefahr eines Missbrauchs - etwa die Erstellung von Bewegungsprofilen - natürlich nicht, beteuert Hessens Innenminister Volker Bouffier. Die neue Regelung schreibe fest, dass Kennzeichen, die sich nicht im Fahndungsbestand befinden, unverzüglich zu löschen seien.

E-Mail-Überwachung total

Es ist nicht wirklich neu, wurde aber lange verdrängt: Seit Anfang 2002 beschreibt die Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) detailliert, wie Provider staatlichen Lauschern Unterstützung anzubieten haben. Noch bestand eine Übergangsfrist zur Einrichtung der nötigen Mittel, die jedoch mit dem 1. Januar ihr definitives Ende fand. Seitdem müssen Netzbetreiber mit 1.000 Teilnehmeranschlüssen zwingend technische Vorrichtungen installiert haben, die den Behörden über Schnittstellen einen Mitschnitt der Kommunikation erlauben. Die Netzbetreiber müssen "am Übergabepunkt eine vollständige Kopie der Telekommunikation bereitzustellen" - und zwar ohne dass der Überwachte oder sein Kommunikationspartner davon Kenntnis nehmen können.

10. Pflichtarbeit als Lückenbüßer. 1-Euro-Jobs ersetzen öffentliche Regelaufgaben und ruinieren das soziale Hilfesystem

Autor: Gaby Gottwald · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:12

Die flächendeckende Einführung der Pflichtarbeit ohne Lohn setzt nicht nur Erwerbslose unter Druck oder bedroht reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Die 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten ersetzen auch öffentliche Regelaufgaben und unterminieren die Trägerstrukturen des sozialen Hilfesystems. Doch die Gegenwehr steckt noch in den Anfängen - auch bei den Gewerkschaften.

Geht es nach Wirtschaftsminister Clement, so sollen mit Hartz IV rd. 20% aller Langzeiterwerbslosen - ca. 600.000 Personen - in 1-Euro-Jobs arbeiten. Bei Weigerung droht zunächst die Kürzung der Regelleistung von 345 Euro um 30% für drei Monate und bei wiederholter Ablehnung um 60%. Jugendlichen unter 25 wird für diese Zeit das Alg II komplett gestrichen. Allein Hamburg plant 10.000 1-Euro-Plätze, Berlin 35.000. Die 1-Euro-Jobs verdrängen die bisherigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmaßnahmen wie etwa ABM. Das staatlich finanzierte System der erzwungenen und oft entwürdigenden unentgeltlichen Arbeit schafft keine Perspektive für Langzeiterwerbslose. Sie werden als Alimentationsfälle abgeschrieben und nicht nur statistisch ausgesteuert. Das Programm hat einen doppelt negativen Effekt: Es schafft keine Beschäftigung für Erwerbslose und gefährdet Arbeitsplätze wie auch Arbeitsbedingungen der (noch) Beschäftigten.

Profiteure der Erwerbslosigkeit

Um Befürchtungen zu zerstreuen, die Pflichtarbeit könnte sich als staatlich subventionierter Arbeitsplatzkiller erweisen, sollen die Arbeitsgelegenheiten "zusätzlich" und "im öffentlichen Interesse" sein. Doch Papier ist geduldig, und "öffentliches Interesse" ist ein dehnbarer Begriff. "Zusätzlichkeit" ist nach offizieller Definition, "was nicht, nicht in diesem Umfang oder zu einem späteren Zeitpunkt" erledigt wird. Hier tut sich ein wahres Eldorado auf für den Einsatz von "Zusatzjobs". Zwei Beispiele: Während in Hamburg Eltern und Kita-Beschäftigte seit Jahren einen vehementen Kampf gegen Kürzungen, Einrichtungsschließungen und Entlassungen führen, bietet der kommunale Beschäftigungsträger 1-Euro-Billigkräfte an. Was 2005 nicht mehr finanziert wird, ist somit kurzer Hand "zusätzlich". Eine 2005 entlassene Erzieherin kann danach in 2006 in "ihrer" Kita wieder arbeiten - unentgeltlich. Und die Hamburger Schulen mussten vor einem Jahr den zusätzlichen Deutschunterricht für MigrantInnenkinder stark reduzieren, da Lehrerstellen gekürzt wurden. Jetzt bieten Träger den Schulen 1-Euro-JobberInnen für den Deutschunterricht an.

Selbst der Einsatz von 1-Euro-PflichtarbeiterInnen in Privatfirmen ist nicht prinzipiell ausgeschlossen. Private Pflegedienste haben bereits ihre Ansprüche angemeldet, und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) fordert 1-Euro-Jobs für ganz normale Privatfirmen (taz, 10.1.2005). Wenn Konzerne wie die Deutsche Airbus von PolitikerInnen schon mal als "soziale Betriebe" bezeichnet werden (so von Hamburgs Sozialsenatorin Schnieber-Jastram), deren Wohl "im öffentlichen Interesse" liegt (O-Ton Hamburger Senat), dann kann man sich vorstellen, welche Einsatzmöglichkeiten hier in Zukunft angedacht werden können.

Zunächst aber sind 1-Euro-JobberInnen besonders da gefragt, wo versteckt Regelaufgaben an sie delegiert werden können. Wirklich zusätzliche Tätigkeiten müssten schließlich zusätzlich organisiert werden, für sie wären zusätzliche Finanzmittel und personelle Ressourcen notwendig. Welche (soziale) Einrichtung aber kann sich dies leisten, wenn die Umsetzung des Regelangebotes bereits kaum noch zu schaffen ist? Man braucht also keine Prophetin zu sein, um festzustellen, dass es die Anzahl von 1-Euro-Tätigkeiten, die die Bundesregierung ins Auge gefasst hat, nicht als zusätzliche Arbeiten geben wird. Die derzeitigen Planungen in den Kommunen und die ersten Vergabeprogramme für 2005 belegen bereits, dass die Zahl von 600.000 Zusatzjobs nicht erreicht wird. Aber selbst wenn nur die Hälfte realisiert würde, bleibt der immanente materielle Zwang, die Jobs da anzusiedeln, wo sie sich rentieren - eben weil sie nicht zusätzlich sind. Unter den gegebenen Bedingungen wären wirklich zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für das eigene Organisations- oder Betriebsinteresse der Einrichtungen schädlich bis überflüssig.

Besonders betroffen vom Verdrängungsprozess werden all die Bereiche sein, die direkt oder indirekt öffentlich gefördert und seit Jahren strukturell unterfinanziert sind. Viele soziale Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen, etc., die zusätzliche kostenlose Arbeitskräfte als Gewinn empfinden, werden bald feststellen, dass auf Grund weiterer Mittelkürzungen die 1-Euro-JobberInnen zum integralen Bestandteil ihrer Basisstruktur geworden sind. Über die beschriebenen Verdrängungsprozesse hinaus wird das eine Fülle organisatorischer Probleme mit sich bringen: So ist ab dem 1.1.2005 endgültig Schluss mit der Freiwilligkeit. Gerade soziale Einrichtungen werden an der "Passungenauigkeit" der Zuweisung und am ständigen Personenwechsel verzweifeln, erst recht wenn sie bereits auf 1-Euro-Kräfte strukturell angewiesen sind. Spätestens zu dem Zeitpunkt, ab dem die betrieblichen Strukturen auf den kontinuierlichen Nachschub von 1-Euro-JobberInnen eingestellt sind, werden viele soziale Einrichtungen unweigerlich auch zu Bütteln der Hartz-IV-Politik.

Soziale Projekte auf der Basis von Pflichtarbeit

Die immanente Logik des 1-Euro-Programms, den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken und reguläre Beschäftigung zu verdrängen, erfährt zusätzlich Aufwind durch die Art, wie das Programm organisiert ist. In Hamburg wurde Mitte Dezember bekannt gegeben, welche Träger zur Umsetzung des Programms für das erste Halbjahr 2005 ausgewählt worden sind. Im Trägerwettbewerb behaupteten sich diejenigen, die einen niedrigen Preis für die "Kopfpauschalen" anbieten konnten, da sie nur geringe eigene Infrastrukturkosten haben. Das Rennen machten vor allem Weiterbildungsträger, die keine eigenen Betriebsstätten unterhalten und die großen Beschäftigungsträger. Diese Einrichtungen unterliegen dem betriebswirtschaftlichen Zwang, die im Vergleich zum ABM-Programm der Vorjahre stark abgesenkten Kopfpauschalen dadurch zu kompensieren, dass die Anzahl an Arbeitsplätzen erhöht wird. Die Qualifizierung der Langzeiterwerbslosen, ihre individuelle Beratung und Betreuung, individuelle Förderpläne etc. werden der betriebswirtschaftlichen Logik weichen müssen, die da heißt: hohe Platzzahl, wenig Aufwand. Quantität statt Qualität ist erzwungenermaßen die neue Maxime in der Arbeit mit ZusatzjobberInnen; eine Linie, die auch die Arbeitsbedingungen der Festangestellten prägen wird.

Diese Logik führt jedoch nicht nur zur (gewollten) Auflösung der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Trägerstruktur. Sie hat auch gravierende Konsequenzen für den regulären Arbeitsmarkt. Mangels eigener Infrastruktur werden PflichtjobberInnen zukünftig nicht mehr in eigenen Projektstrukturen beschäftigt werden, sondern im Rahmen von Kooperationen direkt bei interessierten öffentlichen oder privaten Einrichtungen. Kooperationsplätze statt Programmdurchführung in Eigenregie sind für den öffentlichen Geldgeber billiger. Träger ohne eigene Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten Hunderte von 1-Euro-JobberInnen, die jeden Monat durchgängig bei anderen arbeiten müssen, denn Geld bekommen die Einrichtungen nur für real besetzte Plätze. Kein Wunder also, dass sie die 1-Euro-Kräfte wie Sauerbier anbieten. Bei Schulen, Kirchengemeinden, Verbänden und Vereinen klingen die Telefone: "Wollen Sie nicht 1-Euro-JobberInnen?" "Sie können bestimmt Unterstützung gebrauchen. Wir bieten kostenlos mit guter Betreuung..." Dabei ist jeder Schindluderei Tür und Tor geöffnet, Kontrollen wird es bei den gehandelte Größenordnungen nur stichprobenartig geben. Was nicht passt, wird passend gemacht. Das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit blüht, und jeder will ein Stück vom Kuchen. Die Vermakelung von 1-Euro-JobberInnen ist ein neuer Geschäftszweig geworden.

Auf Seiten der betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften ist die Wahrnehmung diffus. Die einen ignorieren Zielrichtung und Wirkung von Pflichtarbeit, die anderen stehen den Zusatzjobs mehr als skeptisch gegenüber. Zwar wird von Gewerkschaftsseite Kritik geübt und Warnungen ausgestoßen, aber wirkliche Gegenwehr ist kaum zu erkennen. So hat der DGB im September 2004 die Nachrangigkeit der 1-Euro-Jobs gegenüber den herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten gefordert. Er verlangt eine kriteriengebundene Beschränkung von Pflichtarbeit auf bestimmte Personen- und Zielgruppen und verleiht dem Instrument gerade dadurch eine gewerkschaftseigene Legitimation. In einer Unterrichtungsvorlage für den Bundesvorstand konnte sich auch ver.di nicht zu einer eindeutigen Absage an die Zwangsdienste durchringen. Man müsse - so der Tenor - schließlich auch auf die Rücksicht nehmen, die diese Jobs ausüben. Diese Philantrophie ist jedoch weder für die Langzeiterwerbslosen noch für die (noch-) Beschäftigten ein zweckdienliches Argument. Schon aus Gründen gewerkschaftlichen Anstandes sollte das ausgeprägte Verlangen vieler Erwerbsloser nach unbezahlter Arbeit als das bezeichnet werden, was es ist: als Ausdruck des massenhaften sozialen und psychischen Elends und als unübersehbarer Beleg für den absoluten Mangel an vernünftigen arbeitsmarktpolitischen Alternativen.

Die Zurückhaltung der Gewerkschaften enthält unfreiwillig nicht nur einen gewissen Zynismus; sie ist auch im eigenen Organisationsinteresse ausgesprochen dumm. Wer in Not ist, arbeitet auch für Dumpinglöhne. Das ist bekannt, PflichtarbeiterInnen folgen da der gleichen Logik wie BilligarbeiterInnen. Gegen solche Verhältnisse politisch ins Feld zu ziehen, bedeutet eben nicht gleichzeitig, die zu verurteilen, die sich so billig verdingen. Eine solche Logik würde das Ende von Interessenvertretung in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und die weitere Erosion gewerkschaftlicher Organisierung überhaupt bedeuten. Zum Verzicht bedarf es keiner Gewerkschaften mehr. Das 1-Euro-Programm forciert die weitere Ausbreitung von Niedriglöhnen. Es ist ein Programm gegen Gewerkschaften und gehört nicht nur im Interesse von Erwerbslosen und Beschäftigten, sondern aus ureigenem Organisationsinteresse entschieden bekämpft.

Zahnlose Gewerkschaften

Erste Ansätze, der Flut der neuen Pflichtarbeit zu begegnen, gibt es, wenn auch spärlich und verspätet. Obwohl es sich bei ZusatzjobberInnen nicht um Beschäftigte handelt, unterliegt deren Einstellung auf Grund der Weisungsgebundenheit ihrer Tätigkeit und der Eingliederung in die betrieblichen Strukturen der Mitbestimmung der betrieblichen Interessenvertretung. Ver.di Hamburg rät deshalb den Betriebs- und Personalräten, jeden geplanten Zusatzjob genauestens darauf hin zu überprüfen, ob er im öffentlichen Interesse liegt und wirklich zusätzlich ist. Hierbei sind sehr enge Kriterien anzulegen. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist eine Tätigkeit z.B. dann nicht zusätzlich, wenn Stellenpläne und Leistungskataloge in der Vergangenheit diese Tätigkeit noch beinhaltet haben. Etatkürzungen sind kein Argument, um aus ehemaligen Regeltätigkeiten zusätzliche Arbeiten werden zu lassen.

Solche gewerkschaftlichen Initiativen schärfen nicht nur das Bewusstsein über die Problematik der Zwangsdienste, sie streuen auch Sand ins Getriebe, da sie versuchte Mitnahmeeffekte der Arbeitgeber unterlaufen können. All dies muss aber Stückwerk bleiben, solange sich Gewerkschaften nicht endlich klar gegen Pflichtarbeit und die Logik der Hartz-IV-Gesetzgebung positionieren - und zwar nicht nur auf dem Papier.

Gaby Gottwald

11. "Die Kollegen haben den Gehorsam verweigert." Der Streik bei Opel und die Rolle linker Betriebspolitik

Autor: Wolfgang Schaumberg, Uwe Lübke · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:10

Am 8. November 2004, knapp drei Wochen nach dem wilden Streik bei Opel in Bochum (1) hatte die Hamburger Gruppe Blauer Montag Uwe Lübke und Wolfgang Schaumberg nach Hamburg eingeladen. Beide sind seit inzwischen 30 Jahren aktiv bei der Betriebsgruppe "Gegenwehr ohne Grenzen" (GoG) bei Opel in Bochum. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Veranstaltung. Es geht um Hintergrund und Ablauf des Streiks sowie um Fragen der (internationalen) Solidarität und um das Verhältnis zu den Gewerkschaften. In der ak 492 folgt dann der Teil, der sich mit der Geschichte der GoG und den Erfahrungen und Problemen linker Betriebsarbeit auseinander setzt.

Diskussionsleitung: Gibt es spezifische Gründe, warum es ausgerechnet in Bochum so häufig knallt?

Wolfgang: Als erstes muss man wissen, dass die materielle Grundlage in Bochum besonders günstig war. Bochum ist das größte Produktionswerk von General Motors in Europa, in Rüsselsheim beispielsweise sind von 20.000 Beschäftigten nur 7.000 in der Produktion. Gleichzeitig wird von Bochum der Rest der europäischen Produktion mit Auspuffen, Achsen und Pressteilen u.a. beliefert. Die Kollegen in Bochum wissen also, dass die Manager am Zappeln sind, wenn die Belegschaft den "Zafira" oder den neuen "Astra Caravan" nicht bauen will. Außerdem haben wir hier eine Einrichtung auf Betriebsebene, die es anderswo so nicht gibt. In einer Betriebsvereinbarung Ende der siebziger Jahre wurde geregelt, dass die Vertrauensleute das Recht haben, alle 14 Tage für 75 Minuten den Arbeitsplatz zu verlassen, um vom Betriebsrat informiert zu werden über das, was anliegt. Wir haben also mit diesen Vertrauensleuten alle 14 Tage Infostunden in allen drei Werksteilen und in allen drei Schichten. Und schließlich haben wir in der Vergangenheit recht erfolgreich gegen Belegschaftsspaltungen gekämpft. (2)

Entscheidend war, dass die Probleme, die Opel uns die ganzen Jahre auftischte, immer von verschiedenen Seiten diskutiert wurden, und da gehörten wir als Gruppe zu denen, die immer eine andere Meinung im Betriebsrat und in der Belegschaft vertreten haben als die offizielle Betriebsrats- und Gewerkschaftsmeinung. Aber wir waren bei weitem nicht die einzigen. Man hat uns immer vorgeworfen, wir wollten nicht die Einigkeit im Betriebsrat. Bloß formale, nach außen demonstrierte Einigkeit, die haben wir tatsächlich nie gewollt. Wir haben immer den Meinungsstreit im Betriebsrat gesucht. Deswegen hat man uns als "Spalter und Chaoten" beschimpft. Wir haben immer in einem bestimmten Sinn "gespalten", nämlich die Meinung und Diskussion im Werk, da haben wir immer über den richtigen Weg gestritten.

Wenn wir über den Streik reden, dann finde ich es sehr wichtig, dass die Kollegen in Bochum den Gehorsam verweigert haben gegenüber den alten Regulierungsinstanzen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Sie glauben den Politikern nicht. Auch auf Huber und Peters (2) schimpfen sie. Ich weiß vom Betriebsratsvorsitzenden, dass er zu einem Kollegen gesagt hat: "Wir finden ja hier überhaupt kein Gehör mehr." Dieses Misstrauen ist erst mal eine gute Sache. Ich glaube, dass wir über die ganzen Jahrzehnte zumindestens ein Stück dazu beigetragen haben. Teilweise aus dem BR selbst und immer wieder aus dem Vertrauensleutekörper sagen Kollegen: "Das glauben wir nicht, dass wir so aus der Affäre herauskommen, wie ihr uns das vorschlagt".

Uwe: Der Beginn des Streiks war typisch dafür, wie das bei uns immer abgeht. Am Mittwoch wurden die Vertrauensleute vom Betriebsrat informiert. Da war schon ein riesen Spektakel. Donnerstagmorgen war dann die Infostunde in Bochum-Langendreer, und da kamen nicht nur die Vertrauensleute in den Versammlungssaal, sondern fast alle. Da stand schon morgens über eine Stunde lang die Produktion still. Das sprach sich sofort herum, und bei den Infostunden in den anderen Werksteilen haben auch dort alle Leute ihren Arbeitsplatz verlassen, um sich vom Betriebsrat informieren zu lassen. Die Vertrauensleute waren alle stocksauer und haben dann beschlossen: Nehmt die Entlassungen vom Tisch, eher arbeiten wir nicht! Dann sind sie in den wilden Streik getreten, illegal, scheißegal oder wie auch immer.

Diskussionsleitung: Wie ist es denn dann zum Ende des Streiks gekommen? Ihr hattet ja beschlossen, dass die betriebsbedingten Kündigungen vom Tisch müssen, und das war ja nun nicht der Fall.

Wolfgang: Im Grunde genommen hatte die Belegschaft am Montag (18.10.04, ak) nichts in der Hand. Ich habe die Erklärung der Firmenleitung hier, das war gar nichts. Aber die IG Metall und der BR-Vorsitzende haben das als gutes Ergebnis verkauft, die Firma sei ja nun bereit zu verhandeln usw. Dann wurde die Hoffnung auf den europäischen Aktionstag gelenkt, der am Dienstag in Bochum stattfand. 25.000 Menschen waren gekommen, aber es gab keine offizielle Rede, die zum Weitermachen aufforderte. Der katholische Weihbischof vom Ruhrgebiet hat gesagt: Geht wieder an die Arbeit! Der wurde ausgepfiffen. Es gab natürlich auch Enttäuschung darüber, dass die anderen Belegschaften nicht mit eingestiegen sind.

Ganz wichtig war die Forderung: "Kein Abschluss ohne Abstimmung der Belegschaft!" Das hatten wir schon im September propagiert. Die Versammlung am Mittwochmorgen (20.10.04, ak) wurde von der Belegschaft erzwungen, weil sie nicht wollte, dass Abteilungen einzeln die Arbeit wieder aufnehmen. In den siebziger Jahren ist schon einmal ein Streik daran kaputt gegangen, der tiefe Resignation zur Folge hatte. Bevor an die Arbeit zurückgegangen wird, muss eine gemeinsame Entscheidung herbeigeführt werden, die mehrheitlich akzeptiert wird. Viele Betriebsräte wollten die Versammlung nicht, beugten sich aber der Forderung. Die Abstimmung war mit einer Fragestellung formuliert, die zu großer Empörung geführt hat: Wer für Verhandeln ist, muss die Arbeit wieder aufnehmen. Das war miteinander verkoppelt. Natürlich wollte jeder, dass verhandelt wird, aber viele sagten auch, wir sollten noch eine Zeit lang durchhalten.

Uwe: Wir waren zuerst enttäuscht über das Abstimmungsergebnis, haben dann aber auch begriffen, dass über 1.700 Leute weitermachen wollten. Das waren ganz schön viele. Unter denen, die für Arbeitsaufnahme gestimmt hatten, waren viele, die sagten: Wir müssen erst mal wieder ein paar Schichten Geld verdienen. Wir sind nicht daran gewöhnt, ein Viertel unseres Monatseinkommens weniger in der Tasche zu haben. Bei den meisten fehlten mehr als 400 Euro. Da kam auch kein Unterstützungsangebot von der IG Metall. Für viele wäre es ganz schön hart geworden, die Sache weiter durchzuziehen. Die Stimmung ist zur Zeit so, dass ein großer Teil sagt, wir müssen genau hinsehen, was die uns jetzt anbieten, und wenn das unbefriedigend ist, müssen wir noch mal streiken. Und sicher gibt es auch einen Teil, der nach diesem Ende resigniert. Die Debatten laufen im Werk jetzt in beide Richtungen.

Zwischenfrage: Inwieweit war Hartz IV Diskussionsthema im Betrieb? Hat das zur Streikbereitschaft mit beigetragen?

Uwe: Die Parole im Werk II hieß anfangs "Kämpfen oder Hartz IV". Wir gehörten neben dem Bochumer Sozialforum zu denen, die versucht haben, über Hartz aufzuklären. Ich glaube, das hat eine Rolle gespielt. Dadurch haben die Kollegen gewusst: Wenn wir hier unseren Job verlieren, dann wird es ganz schön beschissen für uns, wenn wir Hartz IV bekommen.

Zwischenfrage: Vor drei Monaten hat es die Auseinandersetzung bei Daimler gegeben, jetzt bei Opel, danach bei VW. Gibt es von Seiten der Autokoordination eine Antwort, wie die alle einbezogen werden können?

Uwe: In der Autokoordination treffen wir uns zwei Mal im Jahr zum Erfahrungsaustausch. Neben Kollegen, die ernsthaft mitarbeiten, kommen auch solche, die nur neugierig sind. Im Großen und Ganzen bewegen wir nicht viel. Wir haben uns am Wochenende während des Streiks getroffen, um Solidarität zu organisieren. Im Gegensatz zum Jahr 2000, als es wegen Auslagerung in Werk II krachte und wo es kaum Solidaritätsadressen gab, hat sich diesmal die Situation völlig geändert. Es waren Kollegen von Porsche aus Stuttgart gekommen, aus Bremen von DaimlerChrysler usw.

Wortmeldung: Ihr seid doch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Was ist daran so tragisch?

Uwe: Gar nichts, ich fand das gut. Dadurch habe ich Geld gespart.

Wolfgang: Ich war 20 Jahre ausgeschlossen und habe als Bereichsbetriebsrat immer Vertrauensleutearbeit gemacht. Zu denen bin ich immer hingegangen, und nur ganz rechte SPDler haben mich komisch angeschaut. Sie trauten sich aber nie zu sagen: "Du bist doch nicht mehr in der Gewerkschaft, was willst du hier?" Ich habe mich während der Ausschlusszeit immer als Gewerkschafter gefühlt. Ich durfte zwar auf der offiziellen Vertrauensleuteversammlung meine Schnauze nicht aufreißen, aber ich habe diskutiert ohne Ende. Also, man muss nicht so viel Angst davor haben, ausgeschlossen zu sein.

Wortmeldung: Meine Haltung zur Gewerkschaft ist, dass ich bisher in die Richtung gearbeitet habe, die Gewerkschaft von innen zu ändern. Das halte ich für wichtig.

Uwe: Die Gewerkschaft kannst du nicht reformieren. Nur für den Versuch bekommst du 20 Jahre aufgebrummt oder lebenslänglich wie bei mir. Dann haben sie mich doch wieder aufgenommen. Das kannst du alles vergessen, jedenfalls ist das meine Meinung. Da kannst du mit noch so viel Leuten hinter dir versuchen zu reformieren, eher schließen die eine Ortsverwaltung wie Ende der fünfziger Jahre. Diese Debatte führen wir auch ohne Ende.

Wolfgang: Wir sagen zu keinem "Tritt aus" oder "Bleib in der Gewerkschaft und zahl brav deinen Beitrag." Wir sagen: Mit dem Beitrag schneidest du dir in den Finger, wenn du nicht in einer bestimmten Richtung aktiv wirst. Bloßes Beitragzahlen nutzt nur den Leuten, die eine Verzichtspolitik betreiben. Und das Verzichten kannst du auch alleine hinkriegen, dafür brauchst du keine Gewerkschaft. Aber die IG Metall hat 2,5 Mio. Mitglieder. Bei Opel in Bochum sind wir zu 85% organisiert. Die Kollegen wählen ihre 500 Vertrauensleute. Ohne diese Struktur kommen wir nicht weiter. Wir arbeiten auch in diesen Strukturen. Viele Leute, die jetzt über die Gewerkschaften herziehen, machen sich das nicht klar. Das andere Problem ist, wenn wir sagen würden, tretet aus, erhebt sich die Frage: Wo treten die Leute dann hin? Für mich besteht nicht das Problem, die Gewerkschaft von innen zu verändern, sondern wie kann ich das Bewusstsein der Kollegen beeinflussen, damit wir weiterkommen. So wie Uwe das Problem diskutiert, das finde ich nicht hoffnungsträchtig.

Wortmeldung: Ich war am 16.10. bei Opel Bochum vor dem Werkstor. Da hieß es, der Betriebsrat habe Sonderschichten zugestimmt, zu denen Kollegen an den Streikenden vorbei in den Betrieb geschleust wurden. Sonst hätte das Werk in Antwerpen schon früher gestanden. Ist da etwas dran?

Wolfgang: Es hat Teileproduktion gegeben, aber es ist keine Produktion zu Ende gebracht worden. Wenn irgendwo Leute anfingen, z.B. bei der Wagenausgabe, da haben Kollegen gesagt, lass die 25 Leute ruhig arbeiten, wenn dabei die Tore geschlossen bleiben. Die Autos kommen dann eh nicht raus. Es gab hier und da Versuche von der Geschäftsleitung, etwas zu unternehmen. Sie haben z.B. versucht, Auspuffe im Krankenwagen rauszuschmuggeln. Das haben sie nur einmal hinbekommen, dann war das Tor auch zu. Wichtig war die Betriebsbesetzung und dass die Ausfahrten gesperrt waren. Dabei war es dann nicht wichtig, ob irgendwo ein paar Leute angefangen haben, etwas zu produzieren.

Uwe: Es sind auch in der Tat Sonderschichten gemacht worden und zwar in Werk II, aber schon vor dem Streik. Dort werden Komponenten für andere Werke hergestellt, etwa für Rüsselsheim, Antwerpen und Eisenach. Es wurde auf Vorrat produziert und in die Lager der einzelnen Werke gebracht, weil die Manager schon wussten oder zumindest geahnt haben, dass auf Opel ein Streik zukommt, wenn bekannt wird, dass 4.000 Leute entlassen werden sollen. Auf Grund ihrer bisherigen Erfahrungen mit uns hatten die eine Woche Streik eingeplant. So lange konnten die anderen Werke dadurch weiter produzieren. Die Werke in Europa standen alle, aber wohl zu kurz. Wenn die Kollegen das noch eine Woche ausgehalten hätten, hätten sie General Motors ganz anders getroffen, viel härter. Dann hätten die pro Tag einen Ausfall von 30 Mio. Euro gehabt. Das wäre für Opel ein sehr großer Verlust gewesen.

Wortmeldung: Im Film (4) wurde auf eure internationalen Kontakte eingegangen. Gab es z.B. in Polen Solidaritätsaktionen für euch? Dort geraten die Kollegen auch unter Druck, weil ihnen gedroht wird, die Arbeit nach Ungarn zu verlagern.

Wolfgang: Die internationale Solidarität ist ein wichtiges Thema. Wir waren eine Woche in Gliwice. Das neue Werk dort hat knapp 2.000 Arbeitsplätze. Um die hatten sich 33.000 Arbeitslose beworben. Man begreift zunächst nicht, welch ein Angebot dieses Werk für die Leute in jener Region darstellt. Bei einem Multi Arbeit finden und zu Bedingungen, von denen sie sonst nur träumen.

Seit 1981 machen wir als Gruppe zusammen mit TIE (Transnationals Information Exchange, ak) den Versuch, uns im GM-Konzern zu vernetzen. Die Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, sind leider nicht so effektiv. Wir haben mit Kollegen in den USA und Kanada und überall in Europa den Eindruck gewonnen, dass wir es überwiegend mit gewerkschaftlich orientierten Menschen zu tun hatten, deren ganzes Denken auf Verteidigung ausgerichtet ist. Dadurch haben wir unsere Vernetzung zu wenig politisch anpacken können. Die Kritik der Linken an der Gewerkschaftsführung lautet oft: Die stellen ja keinen Kontakt der verschiedenen Werke eines Konzerns miteinander her, sie seien in dieser Frage hilflos und hätten keine Gegenmachtkonzepte. Das stimmt aber so nicht. Die Führung ist aktiv, allerdings nur in eine bestimmte

Richtung. Und sie hat Konzepte, und die heißen: Deutschland muss Exportweltmeister bleiben! Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten bleiben. Deshalb muss die Kritik auch anders ausgedrückt werden.

Wortmeldung: Wenn ihr den Streik hättet weiterführen wollen, wäre Unterstützung aus der Bevölkerung erforderlich geworden. Wie sah die aus, wo doch die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen ständig schwieriger werden?

Uwe: Die Solidarität in der Bevölkerung war sehr groß. Da habe ich gestaunt. 25.000 Leute waren da, aus Schulen, junge Bergleute im Arbeitszeug mit Helm aus dem Pütt in Hamm, aus Kamen und Unna, die auch Angst haben um ihre Arbeitsplätze. Bergleute, das ging mir sehr nahe, das war ein Erlebnis.

Wolfgang: Da waren Busfahrerinnen und Busfahrer, Besuch von Kindergärten. Was sich da in Bewegung gesetzt hat und sich an die Tore begeben hat, war ungeheuer. Was da überall an Debatten stattfand, sogar wenn man bei REWE einkaufen ging. Die fühlten sich alle betroffen von dem, was bei uns vorging. Familien kamen nachts an die Tore und haben den Kollegen, die mit ihren Plakaten die Tore bewachten, heißen Kaffee gebracht.

Wortmeldung: Ihr habt vorhin von dem Problem der Spaltung berichtet, von Auslagerungen und Neueinstellungen zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Bedingungen. Bei anderer Gelegenheit hattest du mal erzählt, wie viele Fremdfirmen für Opel und auf dem Opelgelände arbeiten. Wie haben sich diese Kollegen beim Streik verhalten? Wie wurde mit ihnen umgegangen?

Wolfgang: In die Firma kommen jeden Tag eine Menge Leute aus Fremdfirmen, z.B. um Leergut von den Bändern zu holen oder aus den einzelnen Abteilungen leere Behälter zu entsorgen, die hatten dadurch keine Arbeit mehr, saßen auf ihren Staplern und mussten mit ihrem Chef die Weiterbezahlung regeln. Mir ist nicht bekannt, dass sich aus diesen Bereichen Aktivitäten entwickelt haben.

Wortmeldung: Wie haben sich denn die BochumerInnen auf den Streik bezogen? Kaffee kochen ist zwar eine tolle Sache, aber wie haben die den Streik gesehen? Nur als eure innerbetriebliche Auseinandersetzung oder als Kampf, der auch ihre eigenen Lebensbedingungen betrifft?

Uwe: Es war der Kampf der Belegschaft. Dabei ging es um 4.000 Arbeitsplätze. Die Forderung war, dass die Pläne von GM, 4.000 Kollegen zu entlassen, vom Tisch müssen und dass der Standort Bochum erhalten bleibt. Das waren die beiden wichtigen Forderungen, dafür haben die Kollegen gekämpft.

Wolfgang: Ich weiß nichts von irgendwelchen Sektoren, Firmen, Läden, Geschäften, aus denen Leute mit eigenen Forderungen aufgetreten wären. Die Menschen sind alle verstreut, sie haben das diskutiert, besonders in der Bochumer Presse. In der Region wären alle von Massenentlassungen betroffen. Da hängt der Friseur dran und, und, und. Ich habe keine Formen erkannt, wo man sagen könnte, da haben sich neue Auseinandersetzungen mit eigenen Forderungen entwickelt. Wir waren froh, als wir hörten, dass Studenten in München Solidaritätskundgebungen vor Opelhändlern in der Innenstadt veranstaltet haben. Da sind spontan ein paar Sachen entstanden, wo man Opel angegriffen hat und als Kunde zum Ausdruck gebracht hat, das akzeptieren wir nicht.

Wortmeldung: Du hattest die Parole erwähnt: "Kämpfen oder Hartz IV". Es ist ja kein Zufall, dass die so genannte Arbeitsmarktreform auf der einen Seite und die Angriffe auf die industriellen Facharbeitsbereiche auf der anderen Seite gleichzeitig laufen. Nichtsdestotrotz habe ich das Gefühl, dass es einerseits die Proteste gegen Hartz gegeben hat und andererseits auf den Betrieb beschränkte Abwehrkämpfe wie bei Daimler und bei euch. Das hört sich ja gut an, "Kämpfen oder Hartz IV", aber gab es da Verbindungen, vielleicht nicht unmittelbar im Streik, sondern in den Diskussionen drum rum?

Wolfgang: Ich glaube, dass das bei den Leuten drin ist unter der Bedrohung, den Arbeitsplatz zu verlieren. Zwar nimmt an den Montagsdemos in Bochum nur ein kleiner Teil der Opel-Aktiven teil, aber jene, die dort waren, gehörten auch im Streik zu denen, die an vorderster Front mitgemischt haben. Und die reden in ihren Abteilungen über diese Zusammenhänge. Ich glaube, ihnen geht es so wie vielen anderen, die auch ratlos fragen: Was kommt da alles auf uns zu? Sie sind dann froh, wenn irgendwo Leute sagen: "Schluss jetzt!" Das ist bei uns noch keine Massenbewegung, aber ich glaube, ansatzweise sind die Politiker schon ein bisschen verunsichert, wenn sie sagen, Opel muss man zur Kanzlersache machen. Von den Analysen, wie dieser Streik einzuordnen ist, ist ein Element ganz wichtig: dass man den Regelungsstrukturen, die seit Jahrzehnten gängig

sind, den Gehorsam verweigert. Da kommt jetzt allmählich bei vielen das Gefühl hoch: Wir müssen selber in Erscheinung treten und etwas tun. Aber zur Zeit hat das noch keine wirkliche Brisanz. Vielleicht kommt das noch in Gang.

Wortmeldung: Gab's bei euch eigentlich eine Streikleitung?

Wolfgang: Nein. Da kam eine Gruppe aus dem kommunistischen Spektrum, die auftraten: Jetzt müsst ihr eine Streikleitung bilden und eine Streikversammlung einberufen. Die taten so, als ständen sie mitten im Geschehen, dabei waren sie zum erstenmal am Tor. Die behandelten die Kollegen wirklich von oben herab, wenn sie ihnen erklären, was sie zu tun haben. Es gab regelmäßig Versammlungen in Werk I genau so wie in Werk II, das fünf Kilometer entfernt liegt. Es wurde ständig über Handy Kontakt gehalten, aber eine Streikleitung wurde nicht gewählt. Es lag in Werk II eine Liste aus mit Vorschlägen über Aktionen. Darüber wurde diskutiert und ein Meinungsbild hergestellt. Es brauchte meist gar nicht abgestimmt zu werden. Die Leute haben unter sich gut organisiert, wer welche Aufgaben übernimmt. Dafür brauchten sie keine Extra-Leitung.

Wortmeldung: Als ich in Bochum war, wurden drei Forderungen gestellt: kein Stellenabbau, Standorterhaltung und keine Zugeständnisse bei anderen Sachen, z.B. Lohn. Was überall von den Betriebsräten als Verhandlungserfolg gefeiert wird, ist die Verhinderung von betriebsbedingten Kündigungen. Aber keine betriebsbedingten Kündigungen, wozu auch die Auffanggesellschaften zählen, ist doch nicht dasselbe wie kein Stellenabbau.

Wolfgang: Eine der gefährlichsten Forderungen, die jetzt durch die Presse geistern, heißt: keine betriebsbedingten Kündigungen. In allen Standortsicherungsvereinbarungen, speziell in der Autoindustrie, war diese Forderung immer ein Bombenerfolg. Aber z.B. in der Vereinbarung bei DaimlerChrysler ist das immer mit der Hintertür versehen, bei unerwarteter wirtschaftlicher Entwicklung müsse neu verhandelt werden; oder als reine Absichtserklärung. Einen solchen Vertrag kannst du in der Pfeife rauchen. Und dieser "Erfolg" ist immer mit einem "sozialverträglichen" Abbau verbunden. Das Wort "sozialverträglich" könnte zum Lügenwort des Jahres werden. Was man zum Beispiel mit Uwe und mir gemacht hat, ist individuell verträglich, dass wir aus dem Betrieb gehen konnten, noch nicht 60 Jahre alt. Aber sozialverträglich mit Blick auf die Gesellschaft ist das nicht, denn für uns müssten neue Leute eingestellt werden, und die Arbeitszeit müsste verkürzt werden.

Uwe: Bei der noch geltenden Gesetzgebung hat ein Unternehmer überhaupt kein Interesse an betriebsbedingten Massenentlassungen. Nach den Kündigungsschutzbestimmungen muss er nämlich eine Auswahl treffen. Danach muss er ältere und langjährig beschäftigte Mitarbeiter schützen und genau die entlassen, die er eigentlich behalten will, nämlich die 25- bis 30-Jährigen, die er noch an den Fließbändern einsetzen kann. Er muss auch bereit sein, über Sozialpläne zu verhandeln. "Sozialverträglich" bedeutet im Klartext: Der Arbeitsplatzabbau soll friedlich ohne soziale Unruhen ablaufen. Es ist fürchterlich, wie die Öffentlichkeit verarscht wird mit diesem Erfolgsergebnis "keine betriebsbedingten Kündigungen". Das Teuflische daran ist, dass man natürlich für die Forderung "Keine betriebsbedingten Kündigungen" eintreten muss. Man muss nur sehen, was zur Zeit mit dieser Forderung angestellt wird.

Wortmeldung: Wieweit steht bei euch noch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung?

Wolfgang: Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist eigentlich "out". Es gibt nur noch ganz wenige, die das Thema in der Debatte überhaupt noch ansprechen. Wir haben Flexibilisierung bis zum Gehtnichtmehr am Hals, die der Arbeitszeitverkürzung folgte. Ich bin heilfroh, dass auf den Montagsdemos die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich wieder auftaucht. Wir haben es als Gruppe nicht geschafft, in dieser Auseinandersetzung, die Arbeitszeitverkürzung als Problemlösung einzubringen. Wenn du das zur Zeit unter die Leute bringst, erntest du höchstens ein müdes Lächeln. Aber wir müssen die Forderung weiter wach halten.

Anmerkungen:

1) Vom 14. bis zum 20. Oktober 2004 ist bei Opel in Bochum gestreikt worden. Anlass war die Ankündigung von General Motors, 4.000 Beschäftigte zu entlassen.

2) Im Jahr 2000 wurde durch einen fünf Schichten dauernden Streik samt Stilllegung von 17 europäischen GM-Werken die Auslagerungen und Sondertarifierung von 1.300 Beschäftigten verhindert. Siehe www.labournet.de

3) Jürgen Peters und Berthold Huber sind Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der IG Metall

4) Zu Beginn der Veranstaltung wurde ein ca. 30-minütiger Film über die Geschichte der GoG gezeigt.

12. Auf Linie bringen. Gewerkschaften gehen gegen interne KritikerInnen vor

Autor: dk · Rubrik: Arbeiterbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:14

Gewerkschaftsausschlüsse haben in Deutschland eine unsägliche Tradition. Dieses Mittel, um unliebsame Kritik mundtot zu machen und um kämpferische Belegschaften einzuschüchtern, ist keineswegs aus der Mode gekommen.

Am 15. Juli, dem bundesweiten Aktionstag und Höhepunkt der Auseinandersetzungen bei DaimlerChrysler, wählten ca. 2.000 Beschäftigte aus dem DC Werk in Mettingen auf ihrem Weg nach Untertürkheim nicht die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern gingen zu Fuß - auf der Bundestrasse B 10, die darauf hin völlig blockiert war. Dieser spektakuläre Protestmarsch, der bis in die bürgerlichen Medien hinein (überwiegend positive) Aufmerksamkeit erlangte, hatte für einige der Beteiligten ein bitteres Nachspiel, weniger auf Grund der prompt eingeleiteten staatsanwaltlichen Ermittlungen (wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz") als vielmehr wegen der drohenden und unsolidarischen Haltung der IG Metall.

In einem Brief vom 5. August 2004 an den Ortsvorstand Esslingen schreibt der IGM Bezirksleiter Baden-Württemberg, Jörg Hoffmann, die Bezirksleitung sei "mehrfach" auf Verstöße von IGM-Funktionären in Mettingen gegen Beschlüsse der IG Metall "hingewiesen worden". Das betreffe sowohl den Protestmarsch am 15.7. als auch Streikaufforderungen am selben Tag. Hoffmann weiter. "Ich bitte den Ortsvorstand Esslingen, diese Vorwürfe zu prüfen, ggf. die Verantwortlichen zu benennen und "zu prüfen, ob ihr Verhalten die Ausübung dieser Funktion zulässt. (...) Es ist selbstverständlich, dass Funktionäre und Mitglieder, die gegen Absprachen handeln ..., sich selbst der Solidarität der IG Metall entziehen, sollte es zu strafrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen kommen." Hoffmann will weiter geprüft wissen, "ob bei DC in Mettingen alle organisationspolitischen Möglichkeiten ... genutzt werden, um den Einfluss von Spaltern zurückzudrängen."

Bei diesen unverhohlenen Drohungen geht es weniger um die konkreten Aktionen am 15.7. als vielmehr um einen Säuberungsversuch gegen innergewerkschaftliche Oppositionelle. Bereits am 28.7. hatte der Ortvorstand Esslingen heftig gegen die Kritikerinnen des DC-Abschlusses polemisiert: "Dass es bei uns in Mettingen eine Gruppe Betriebsräte und Vertrauensleute gibt, die diese Vereinbarung als ‚faulen Kompromiss' bezeichnen, schwächt nicht nur die örtlichen Interessenvertretungen, sondern auch die IG Metall." Besonders "falsch und schädlich" findet es der IGM-Ortsvorstand, dass diese Kritik auch noch in einem Flugblatt dokumentiert und veröffentlicht worden ist: "Wir erwarten, dass der innergewerkschaftliche Streit nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wird."

"Spalter" und Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die IGM Delegierten und Vertrauensleute aus Mettingen haben im September dem Ansinnen des Esslinger Ortsvorstandes massiv widersprochen und dabei sowohl ihre kritische Haltung zum "Erpresswerk" von DC als auch die Aktion auf der B 10 verteidigt. Die Vertrauenskörperleitung von Alcatel SEL Stuttgart protestierte in einem Schreiben vom 7.9. an den OV Esslingen gegen das Vorgehen der IG Metall: "Wir fordern Euch deshalb auf, ... keine Ermittlungen oder gar Maßnahmen gegen die aktiven KollegInnen aus Mettingen in Erwägung zu ziehen und ihnen erforderlichenfalls mit Rechtsschutz zur Seite zu stehen..." Ähnlich äußerte sich auch die VKL von Bosch Feuerbach.

Die rüde Gangart der IG Metall gegen die KritikerInnen in den eigenen Reihen kommt nicht von ungefähr. Sowohl bei den Auseinandersetzungen im Sommer bei DaimlerChrysler als auch drei Monate später bei Opel hatten IG Metall und Konzernbetriebsräte alle Hände voll zu tun, um die Empörung unter den Belegschaften zu kanalisieren, zu beschwichtigen und ihre Linie des Co-Managements durchzusetzen. Vor allem dort, wo es in einzelnen Werken eine Tradition linker und kämpferischer Betriebspolitik gibt, hatte die Gewerkschaft einen schweren Stand. Das DC Werk in Mettingen ist ein solcher Betrieb. Mettingen ist zudem die Hochburg der Klartext-Gruppe, Nachfolgerin der legendären Plakat-Gruppe und eine der Speerspitzen der Gewerkschaftslinken nicht nur innerhalb der IG Metall. Die Attacken des Apparats richten sich also keineswegs nur gegen einzelne BetriebsaktivistInnen, sondern gegen die Gewerkschafts- und Betriebslinke generell. Ein

Angriff, der vor dem Hintergrund zunehmender Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Orientierung in den nächsten Jahren auch von strategischer Bedeutung ist.

Das Vorgehen der IG Metall gegen die Klartext-Gruppe ist kein Einzelfall. Im November wurde bei DC Untertürkheim der IGM Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied Volker Kraft nach einem monatelangen Verfahren ausgeschlossen, weil er es gewagt hatte, Kritik am Betriebsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter zu üben. Vom Januar 2002 bis zum Juli 2003 dauerte das Ausschlussverfahren der Ortverwaltung Esslingen gegen die Klartext-Kollegen, Vertrauensleute und Delegierte Witold Müller und Mate Dosen. Sie hatten zu den BR-Wahlen eine eigene Liste eingereicht. Ebenfalls 2002 werden 16 KollegInnen der "Alternativen Metaller" aus dem DC Werk Kassel ausgeschlossen, auch hier war die eigene Liste bei den BR-Wahlen der Anlass. Die "Alternativen Metaller" hatten bei der BR-Wahl 2002 20% der Belegschaftsstimmen erhalten und damit fünf Sitze im Betriebsrat errungen. Im November 2001 hatte der IGM Ortsvorstand von Ludwigsburg sogar kurzer Hand die komplette Vertrauenskörperleitung der Firma Mann + Hummel abgesetzt und gegen die KollegInnen Ausschlussverfahren eingeleitet. Der Hintergrund hier war, dass der VK selbst dann noch gegen die Einführung von Sonntagsarbeit in Nachtschichten und Lohnkürzungen war, als der Betriebsrat dem bereits zugestimmt hatte (nach intensiver "Bearbeitung" durch den IGM Ortsvorstand). In der Tarifrunde 2001 waren die Forderungen des VK von der Belegschaft aufgegriffen worden und hatten zu den heftigsten Warnstreiks seit zehn Jahren bei M+H geführt.

dk

13. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:15

Aufmüpfige Janitors in Kalifornien

Durch Ken Loach's Film "Bread and Roses" sind sie auch hier bekannt geworden: die "Janitors", die - in der Regel migrantischen - GebäudereinigerInnen und HausdienstleisterInnen in den US-amerikanischen Großstädten. Ihr Kampf hat gleichzeitig die Kampagnenarbeit der Gewerkschaft SEIU zum Vorbild für so manche GewerkschaftsaktivistInnen außerhalb der USA gemacht. Doch nun haben die Janitors ausgerechnet im Vorzeige-Local 1877 in San Francisco der Gewerkschaft das Misstrauen ausgesprochen. Im August 2004 haben sie mit deutlicher Mehrheit gegen die SEIU als ihre offizielle Interessenvertretung gestimmt.

Dabei war der SEIU-Vorsitzende Andrew Stern höchstpersönlich nach San Francisco gereist, um für seine Organisation zu werben - nicht ohne durchblicken zu lassen, dass die Janitors jegliche Unterstützung durch AFL-CIO-Gewerkschaften verlieren würden, sollten sie sich gegen die SEIU aussprechen. Genützt hat es nichts. Von den über 2.000 gewerkschaftlich organisierten Janitors in San Francisco stimmten 573 für SEIU-Local 1877, jedoch 947 für das Local 87 der United Service Workers For Democracy (USWD).

Hintergrund dieses Abstimmungsverhaltens sind die momentanen Bestrebungen der SEIU-Führung, die gewerkschaftlichen Strukturen zu zentralisieren. Viele SEIU-Locals fürchten dabei auch die Unterordnung unter die stärker sozialpartnerschaftliche Linie des Gewerkschaftsvorstands. Trotz massiven Widerstands mit Sit ins in Gewerkschaftsbüros und Hungerstreiks hatte bereits das Local 399 in Los Angeles seine Eigenständigkeit verloren, nach dem dort gewerkschaftliche BasisaktivistInnen die Mehrheit gewonnen hatten.

www.labournet.de

ArbeiterInnenwiderstand im Irak

Im Dezember 2004 legten die ArbeiterInnen in Bagdads wichtigster Fabrik für Erfrischungsgetränke für mehrere Tage die Arbeit nieder. Den Streikenden ging es um die Zahlung ausstehender Gelder und um eine Lohnerhöhung entsprechend den Preissteigerungen. Auch die Belegschaft der Nationalen Gesellschaft für Chemie- und Plastikprodukte in Bagdad forderte einen Inflationsausgleich sowie die Rücknahme von Sanktionen gegen gewerkschaftliche AktivistInnen. Die Beschäftigten des Elektrizitätswerks in Nasiyriah vertraten dieselben Forderungen. Sie wollen außerdem, dass die Stromerzeugung verbessert und an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet wird. In Kut haben tausende ArbeiterInnen die Auszahlung und Erhöhung ihrer Gefahrenzulage gefordert und sind dafür in den Streik getreten.

Bis heute gelten im Irak die reaktionären Arbeits- und Gewerkschaftsgesetze der Hussein-Diktatur. Zum anderen hat das Besatzungsregime nur den Gewerkschaftsbund IFTU offiziell anerkannt, der in den aktuellen Auseinandersetzungen jedoch überhaupt keine Rolle spielt. Auf einer Gewerkschaftskonferenz im November 2004 in Basra hatten die Erwerbslosengewerkschaft UUI, der um sie herum aufgebaute Gewerkschaftsbund FWCTUI und 25 weitere Organisationen grundlegende politische Orientierungen verabschiedet: 1. Sofortige und bedingungslose Beendigung der Besatzung. 2. Beteiligung der ArbeiterInnen bei der Bestimmung der künftigen gesellschaftlichen Strukturen, Arbeitsgesetze und Verfassung. 3. Abschaffung aller Verwaltungen und Strukturen, die auf dem tribalen System aufgebaut sind und 4. Beseitigung jeglicher Diskriminierung wegen Religion oder ethnischer Zugehörigkeit.

www.labournet.de

BusfahrerInnenstreik in Finnland

Zwei Wochen lang haben Ende November 2004 1.300 BusfahrerInnen im Raum Helsinki gestreikt - mit Erfolg. Sie wehrten sich mit der Arbeitsniederlegung gegen den exzessiven Einsatz von Teilzeit-FahrerInnen durch die großen Verkehrsgesellschaften Connex und Concordia Bus. Beide Unternehmen haben eingewilligt, alle Teilzeit-Verträge in Vollzeit-Stellen umzuwandeln und bis zum Januar 2006 auf jede Neueinstellung von Teilzeit-Kräften zu verzichten. Dieser Streikerfolg ist umso bemerkenswerter, weil das finnische Arbeitsgericht

die Arbeitsniederlegung ursprünglich für illegal erklärt hatte. Die Transportarbeitergewerkschaft war zu einer Strafe von 180.000 Euro verurteilt worden. In der letzten Streikwoche kam es zu spontanen Sympathieaktionen im Hafen von Helsinki, bei den finnischen Eisenbahnen und beim Bodenpersonal des Flughafens.

Connex ist Europas größtes privates Personentransportunternehmen mit 56.000 Beschäftigten. Die Firma ist eine 100%ige Tochter des weltweit operierenden Konzerns Veolia Environment (früher Vivendi Environment). Concordia Bus ist eine skandinavische Firma, die auch in Schweden (Swebus) und Norwegen (SBC) tätig ist. 51% von Concordia Bus wird von Goldman Sachs kontrolliert, weitere 47% von der norwegischen Investmentfirma Schoyen Group.

www.labournet.de

14. Noch lange nicht Schluss mit Agenturschluss. Doch am 3. Januar wurden die Arbeitsagenturen eher gestört als geschlossen

Autor: Lutz Wehring · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:23

Die Initiative "Agenturschluss" hatte sich viel vorgenommen: Am ersten Werktag nach in Kraft treten der neuen Hartz IV-Gesetze sollten die Arbeitsagenturen bundesweit lahm gelegt werden. Das Ergebnis war diffus.

Die Idee war bestechend, die Mobilisierung beachtlich. In den letzten beiden Dezemberwochen stieg die Zahl der Städte, in denen öffentlich ein Agenturschluss abgekündigt worden war, auf 80. Das Medieninteresse im unmittelbaren Vorfeld war entsprechend groß. Die bundesweite Pressekonferenz am 29. Dezember in Berlin platzte aus allen Nähten. Doch Hartz IV startete relativ problemlos. Während die bürgerliche Presse die Aktionen am 3. Januar nahezu einhellig kleingeredet hatte, gehen bei den Beteiligten die Interpretationen weit auseinander. Nach Auswertung von knapp 60 Städteberichten liegen die Angaben zwischen 5.000-8.000 TeilnehmerInnen, wobei Unsicherheit darüber besteht, ob diese Zahlen nun eher enttäuschend oder ermutigend sind.

Fest steht, dass das Geschehen in den jeweiligen Städten sehr unterschiedlich gewesen ist. In vielen Orten blieb die Frage offen, ob die AktivistInnen tatsächlich in der Lage gewesen wären, die Behörde lahm zu legen oder zumindest durcheinander zu wirbeln. So hatte z.B. in Kassel die örtliche Verwaltung den Betrieb selbst vollständig geschlossen - wegen "interner Umzugsarbeiten", so die offizielle Begründung. Andernorts beauftragten die Arbeitsämter private Sicherheitskräfte und/oder ein beträchtliches Polizeiaufgebot, die Räumlichkeiten hermetisch abzuriegeln. Zum Teil gelangte über mehrere Stunden niemand in Arbeitsämter, auch diejenigen nicht, die wegen der verpatzten ALG-II-Überweisungen der Aufforderung nach Barauszahlung gefolgt waren.

Anderswo wurde der "MitarbeiterInnenschutz" weniger restriktiv ausgelegt. In Köln gelangten 150 AgenturschließerInnen mit etwas Schwung in das halbherzig gesicherte Arbeitsamt. Der Besuch der MitarbeiterInnen in den Büros war dort ebenso möglich wie eine Versammlung mit Frühstück und die Umgestaltung des Inventars auf den Fluren nach Vorbild des Kino-Hits "Die fetten Jahre sind vorbei". Vielerorts hingegen erreichte die Zahl der Aktiven nicht die "kritische Masse". Die am häufigsten genannten Aktivitäten erstreckten sich auf symbolische Kartonblockaden, Kundgebungen in und vor den Arbeitsämtern, Umsonst-Frühstücke, Infotische, Diskussionen am offenen Mikro und anschließende Demonstrationen.

Ohne Alltagswiderstand geht es nicht

Weder auf Seiten von Agenturschluss noch seitens der Arbeitsämter gab es ein einheitliches, vorhersagbares Vorgehen. Einzige Konstante war die Polizei. Sie war fast überall präsent - auch vor den Arbeitsämtern mehrerer Städte, in denen kein Agenturschlussvorhaben angekündigt worden war.

Trotz zahlreicher Rangeleien und einiger Festnahmen beim Versuch, in die Arbeitsämter einzudringen, blieben die meisten Aktionen eher unspektakulär. Kurzzeitige Besetzungsaktionen, ein Abrissbagger, der kurz vor dem Eingang des Wuppertaler Arbeitsamts von der Polizei gestoppt wurde, sowie zahlreiche Farbbeutel, die auf das Amt in Berlin Wedding geworfen wurden, waren eher Ausnahmen. Dennoch bewerten die meisten Gruppen den Auftakt von Agenturschluss positiv. Mindestens innerhalb der radikalen Linken sei es gelungen, relativ viele Leute an einem Werktag zu etwas anderem als zu einer angemeldeten Demonstration zu bewegen. Dabei hat sich gezeigt, dass kollektiver Ungehorsam hier zu Lande keine Widerstandsform ist, auf die mensch in der Breite zurückgreifen kann. Zudem ist es nur sehr begrenzt gelungen, mit den "KundInnen" und den Beschäftigten der neuen Arbeitsagenturen zu einem Austausch zu kommen.

Viele Initiativen bewerteten genau diesen Punkt selbstkritisch. Denn jenseits aller weiter notwendigen Kampagnenpolitik wird letztendlich nur eine massenhafte Verweigerung und Blockade bei der alltäglichen Umsetzung von Hartz IV den gegenwärtigen sozialen Angriff wirklich gefährden können. Ohne eine umfassende Aktivierung und Selbstorganisierung der unmittelbar "Betroffenen" ist ein solcher Alltagswiderstand nicht vorstellbar.

Einige hatten sich hier mehr spontane Solidarisierung der "anderen" Erwerbslosen erhofft. Im Großen und Ganzen wurden die Aktionen zwar wohlwollend kommentiert und einige berichteten auch über ihre Befürchtungen und Erfahrungen. Aber nur die Wenigsten wagten den Schritt zur aktiven Beteiligung. Dabei hatte die Bundesagentur für Arbeit vor Silvester mit ihrem schweren Programmierfehler bei den Überweisungen für das ALG II der Agenturschluss-Initiative unfreiwillig eine Steilvorlage geliefert. Doch das erhoffte Szenario von Hunderten empörter Erwerbsloser, die am 3. Januar lautstark vor den Agenturen ihr Geld einfordern, trat nicht ein. Obwohl noch immer insgesamt 130.000 ALG-II-Empfänger ihr Geld zum Jahreswechsel nicht auf dem Konto hatten, trudelten am 3. Januar nur vereinzelt Erwerbslose bei den Agenturen ein, um von der angebotenen Möglichkeit der Barauszahlung Gebrauch zu machen. Lediglich aus Straßfurt wurde vermeldet, dass Erwerbslose gemeinsam mit Agenturschluss-AktivistInnen per Sitzstreik im Amt die zuvor verweigerte Auszahlung erzwingen konnten.

Bemerkenswert an Agenturschluss ist die dezentrale (Selbst-)Organisierung. Die auf dem Dortmunder Kongress zu Prekarisierung und Migration im Juni 2004 (vor Aufkommen der Montagsdemonstrationen) geborene Idee wurde auf zwei weiteren bundesweiten Treffen konkretisiert. Ein zusätzliches Treffen in Leipzig organisierte kurzfristig die bundesweite Pressekonferenz in Berlin und koppelte das Vorhaben in viele ostdeutsche Montagsdemonstrationszirkel zurück. Mobilisierungsveranstaltungen und regionale Pressearbeit wurden von den Initiativen selbst übernommen. Diese "Maschinerie" funktionierte selbsttätig und kam ohne Gewerkschaftsapparat, PDS oder attac aus.

Viele Städte, die bei LabourNet Germany und indymedia über "ihren" 3. Januar berichtet haben, betonen, dass sie ihre Aktivitäten im Rahmen der Aktion Agenturschluss nicht als singuläres Ereignis begreifen, sondern als Auftakt zu einer Reihe weiterer Interventionen. Noch im Januar sollen auf einem bundesweiten Treffen weiterführende Strategien erörtert werden. Grundlage dafür könnten die Beschwerde- und Dokumentationsstellen sein, die in einigen Orten zum Agenturschluss-Auftakt eröffnet haben. Die Agenturschluss-AktivistInnen sprechen dabei von "militanter Untersuchung", mit der sie Hartz IV auf die Finger schauen und kritisch begleiten wollen.

Tatsächlich sind die neu eingerichteten Kontaktmöglichkeiten via Telefon, Email und einem anonymen bundesweiten Internetforum etwas anderes als bloße Meckerecken. Sie zielen eher auf eine Art von kollektiver Selbstverteidigung. Die InitiatorInnen wollen genau wissen, was auf den Ämtern läuft, wie die sogenannte Eingliederungsvereinbarung konkret aussieht, wie die Leute bei den 1-Euro-Jobs behandelt werden, wie die Androhung zum Zwangsumzug aussieht usw. In einer Pressemitteilung kündigt das Wuppertaler Sozialforum an, "alle FallmanagerInnen und 1-Euro-Job-Einsatzstellen einem kritischen Kundencheck zu unterziehen." Um bei nachgewiesener Gängelei "zielgenau" intervenieren zu können, lautet die explizite Aufforderung, die Namen der verantwortlichen FallmanagerInnen im Arbeitsamt bzw. der MitarbeiterInnen in den kommunalen Beschäftigungsgesellschaften und Fachstellen für "Gemeinwohlarbeit" zu nennen. "Proletarische Umzüge" nach italienischem Vorbild (1) werden als eine von vielen (Re-)Aktionsformen in Aussicht gestellt.

Den Agenturen weiter auf die Finger schauen

Gerade die kürzlich vorgebrachte Offensive der Industrie- und Handelskammern, 1-Euro-Jobs auch in privaten Unternehmen anzubieten, zeigt die Notwendigkeit, gegen diese Form des Zwangs zur Arbeit entschlossen mobil zu machen, so der Erwerbslosenratschlag des Sozialforums. Gefragt sind auch solidarische Beschäftigte der Arbeitsagenturen und Beschäftigungsstellen, die sich intern ebenfalls gegen die unwürdige Verarmungspolitik unter Hartz IV zur Wehr setzen wollen. Auch hier wird auf die Möglichkeit hingewiesen, vom heimischen PC oder aus Internetcafés anonymisierte Berichte zu schicken. Zwei Tage nach Eröffnung der Beschwerdestelle trudelten schon die ersten Details über 1-Euro-Jobs im Bereich der Altenpflege ein. In mehreren Fällen ist dabei regulär beschäftigten MitarbeiterInnen gekündigt und ihre Stelle als Tätigkeit mit Mehraufwandsentschädigung neu besetzt worden. Um möglichst viele konkrete Informationen zu sammeln, wird zusätzlich eine groß angelegte bundesweite Umfrage zu den 1-Euro-Jobs angestrebt. Diese könnte sowohl als Massenzeitung bzw. Zeitungsbeilage erscheinen als auch dauerhaft online verfügbar sein.

Es liegt der konkrete Vorschlag auf dem Tisch, mit dem so gesammelten Wissen Ende April eine bundesweite Aktion gegen die Etablierung von 1-Euro-Jobs durchzuführen. Eine Verbindung zum 1. Mai ist bei der Terminwahl nicht zufällig. Wir sind gespannt.

Lutz Wehring

Anmerkung:

1) Ursprünglich betriebsinterne Demonstrationen, mit denen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die einzelnen Abteilungen einer Fabrik besucht wurden, um die dortigen KollegInnen zur Teilnahme an Streiks aufzufordern. Dabei kam es sowohl zu Sabotageaktionen als auch zu Besuchen bei Meistern, Vorarbeitern oder Chefs.

15. Drogenkontrolle und Drogenpolitik. 4. Teil: Perspektiven internationaler Drogenpolitik

Autor: Lorenz Matzat · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:19

Teil 4: Perspektiven internationaler Drogenpolitik

Man stelle sich vor: Durch einen UN-Beschluss würde Alkohol verboten und Cannabis erlaubt. Ein UN-Programm in Deutschland würde beginnen, die Bauern davon zu überzeugen, Cannabis anstelle von Hopfen und Wein anzubauen; die Vereinten Nationen würden sogar das entsprechende Saatgut liefern. Zeigten sich die Landwirte allerdings unwillig, würden Polizeieinheiten kommen, um die Pflanzen zu vernichten oder Flugzeuge würden Chemikalien auf die Felder und Weinhänge abwerfen. Undenkbar. Unter anderen Vorzeichen ist dies jedoch Alltag in den Ländern des Südens; geschuldet der dominierenden Ideologie, die behauptet, dass es "gute" und "böse" Drogen gibt.

Die Debatte um den Tod von Laya-Alama Conde, der Anfang Januar in Bremen an den Folgen eines staatlichen Brechmitteleinsatzes starb, sagt einiges über den Stand der Drogendiskussion in Deutschland aus: In der medialen Öffentlichkeit ging die Auseinandersetzung vornehmlich um die Angemessenheit von Brechmitteln, um Folter, die Verfehlungen der Ärzte und den Zynismus des Bremer Innensenators. Einig war man sich darüber, dass es sich bei dem 35-jährigen Verstorbenen um einen Verbrecher handelt. Die Tatsache, dass er als Dealer eine notwendige Funktion in einer Drogengesellschaft erfüllte, wurde äußerst einseitig gesehen. Conde verdiente sein Geld damit, eine Nachfrage zu bedienen. Im herrschenden Verständnis ist er als Anbieter einer Droge schuld daran, dass Menschen Drogen nehmen. Die Konsumenten von Cannabis, Speed, Ecstasy, LSD, Kokain und Heroin, die ihr Rauschmittel auf der Straße kaufen müssen, erscheinen in dieser Sichtweise als willenlose Wesen, die von Dealern durch deren pure Anwesenheit dazu verführt werden, Drogen zu kaufen und zu nehmen - ein eigenmächtiges Handeln der User, ein Wille zum Drogenkonsum kommt in diesem Denken nicht vor.

Die Realität wird ausgeblendet

Diese naive Sicht verschließt die Augen vor der Realität. Der Konsum von illegalisierten Drogen findet alltäglich statt und vor allem Cannabis ist mittlerweile zu einer in weiten Kreisen akzeptierten Droge geworden. Die staatliche Akzeptanz des Eigenbedarfs von Cannabis als provisorische Regelung wird von der Konsumentengemeinde als Quasi-Legalisierung verstanden. Strafen wegen Cannabiskonsum werden zwar gemeinhin als Unrecht empfunden, aber als Kollateralschäden einer unglaubwürdigen Drogenpolitik gesehen und hingenommen.

Es wird sich also mit dem System arrangiert und ein pragmatischer Umgang mit der bundesdeutschen Drogenpolitik gepflegt. Zwar gibt es einiges Engagement für die Freigabe von Cannabis (Hanfparade etc.), doch entspringt es eher persönlichen Befindlichkeiten als einer grundlegenden Kritik an der herrschenden Drogenpolitik. Aus Reihen der Restlinken ist wenig zum Thema Drogen zu hören. Eine Auseinandersetzung mit dem Problem Alkoholismus in der "Szene" findet nicht statt. Ganz im Gegenteil: Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten setzt die Szene auf hemmungsloses Saufen auf zahlreichen Soli-Partys. Kritische Drogenpolitik findet theoretisch im akademischen Bereich statt und es gibt progressive Ansätze in diversen Drogen-Nichtregierungsorganisationen.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurde der Ruf nach einer Neuausrichtung der internationalen Drogenpolitik lauter. Ursprünglich plädierten Einzelpersonen und NGOs für einen Ansatz der "Harm Reduction" (Schadensminderung), um der Ausbreitung von AIDS und Hepatitis unter Heroinkonsumenten zu begegnen. Mit Bereitstellung von sterilen Spritzen und der Einrichtung von Druckräumen sollten die Folgen des Drogenkonsums und seiner Verfolgung abgefedert werden. Dazu gesellte sich die Forderung nach Legalisierung des medizinischen Gebrauchs von Cannabis, z.B. für AIDS- und Krebskranke. Nach und nach richtete sich der Focus der Harm Reduction nicht nur auf die Nachfrage-Seite des "Drogenproblems", sondern auch auf die Angebots-Seite: Die Folgen der Feldervernichtung in den Anbauländern, zum Teil mit umstrittenen Herbiziden, ließ die Stimmen noch lauter werden, die meinen, dass der Schaden der Drogenprohibition den Nutzen überwiege.

So ist das Prohibitionsmodell in den letzten Jahren etwas ins Wanken geraten: Den "zero tolerance"-Ländern (mit den USA, Schweden, Japan, Russland und China an der Spitze) steht eine wachsende Anzahl von Ländern gegenüber, die verschiedene nationale Maßnahmen für einen anderen Umgang mit dem "Drogenproblem" ergriffen haben. In den Niederlanden, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Portugal, Spanien, Deutschland, Australien, Kanada wird heutzutage in verschiedener Form der private Cannabisbesitz toleriert, einige dieser Länder prüfen, ob Cannabis für medizinische Zwecke nutzbar ist; es werden Druckräume eingerichtet und sterile Spritzen vergeben (auch in Gefängnissen); Heroinabhängigkeit wird mit Methadonprogrammen begegnet; in Großbritannien und der Schweiz wird seit Jahren Heroin an Schwerstabhängige vergeben.

Schaden übersteigt Nutzen

Doch geben sich die orthodoxen DrogenpolitikerInnen längst nicht geschlagen. Beispielsweise begrüßte der damalige Präsident des UN-Suchtstoffkontrollrats (INCB), Philip O. Emafo, 2002 zwar die Versorgung und Rehabilitation von Drogenabhängigen. Doch hielt er die Ausgabe von sterilen Nadeln und die Bereitstellung von Druckräumen für eine Aufforderung zum Drogenkonsum und lehnte deshalb das Konzept der Harm Reduction ab. Dabei handelt es sich um mittlerweile akzeptierte Methoden der Weltgesundheitsbehörde und des UN-Entwicklungsprogramms. Ein anderer Streitpunkt ist die Auslegung des Passus über den "medizinischen und wissenschaftlichen Gebrauch" in den diversen UN-Drogenkonventionen. Das INCB behauptet, dass es keine "überzeugende" Untersuchung gäbe, die Cannabis medizinischen Nutzen zuspräche. So erhalten Staaten, die den Besitz von Cannabis für private Zwecke entkriminalisieren, im jährlichen Bericht schlechte Noten. Als Zeichen des Einzugs der Rationalität in die Drogendebatte mag daher gelten, dass vom INCB gescholtene Staaten nicht mehr versuchen, sich verschämt zu verstecken. Die Regierung Großbritanniens äußerte Missfallen an der Position des INCB gegenüber der liberaleren Neubewertung von Cannabis durch das britische Unterhaus im Jahr 2003: Anstoß erregte "vor allem die alarmierende Sprache, die Abwesenheit von irgendeinem Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse auf der die Entscheidung basierte und die irreführende Darstellung, in der die Entscheidung vom INCB in den Medien dargestellt wurde".

Eine Neuausrichtung internationaler Drogenpolitik kann nur durch den Druck von einflussreichen Staaten vorangetrieben werden. Auf internationaler Ebene bestünde die Möglichkeit, die UN-Drogenkonventionen auszuhebeln bzw. neu zu fassen. Da wenige Länder durch ihr Veto solch eine legalistische Reform der Drogenpolitik stoppen könnten, scheint diese Option angesichts der dogmatischen Haltung bedeutender Staaten in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich. Das Szenario einer weltweiten Legalisierung des Konsums und Anbaus von jetzt illegalisierten Drogen wird so schnell also nicht eintreten. Sollte es aber eines Tages der Fall sein, wäre es denkbar, dass der Anbau und Vertrieb von Drogen durch nationale Gesetzgebungen reguliert würden. Sie könnten in den einzelnen Staaten von völliger Freigabe bis zur Prohibition variieren. Die Schattenökonomie des Drogenhandels mit seinen kriminellen und gewalttätigen Erscheinungen würde in Folge eines legalen Handels von Drogen und dem Sinken der Preise zusammenbrechen. Im Sinne einer Regulierung könnten Altersgrenzen und Werbeverbote für Drogen eingeführt werden.

Die Wahrheit über das deutsche Reinheitsgebot

Doch welche Regierungen würden die Legalisierung von Drogen betreiben, angesichts der vorausgegangen jahrzehntelangen ideologischen Hetze? Politische Parteien verfolgen das Ziel der Wiederwahl. Große Teile des Wahlvolks wären verunsichert und erbost, würden "kulturfremde" und "böse" Drogen legalisiert. In Deutschland war 1998 in den Parteiprogrammen von SPD und Grünen von einem Überdenken der Drogenpolitik und wenigstens der Freigabe von Cannabisprodukten die Rede. Doch auch in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung ist hinsichtlich dieser Ankündigung nichts Nennenswertes passiert.

Im Dezember vergangenen Jahres billigte das EU-Parlament ein Papier aus dem linken Lager, das die europäische Drogenpolitik für gescheitert erklärte und Empfehlungen für die zukünftige europäische Drogenpolitik gab. Es forderte einen weniger ideologiebeladenen und stärker faktenorientierten Umgang mit der Drogenproblematik. Ob ein solches Grundsatzpapier die Politik der EU in den nächsten Jahren tatsächlich prägen kann, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass für eine mögliche liberale Drogenpolitik der EU ihre wirtschaftliche Stärke eine Rolle spielen wird, denn die ökonomische Sanktionsmacht der USA ist nach wie vor

immens. Nur wenn die Industriestaaten, die eine regulierte Legalisierung vorantreiben, wirtschaftlichen Rückhalt bieten können, werden "Entwicklungsländer" sich dem Vorgehen der EU anschließen. Der Konflikt zwischen bestimmten europäischen Staaten und der USA könnte sich so auch in der Drogenpolitik niederschlagen.

Warum illegalisierte Drogen nicht als profit- und steuerträchtige Konsumgüter erlaubt sind, wirkt in der marktwirtschaftlichen Logik auf den ersten Blick seltsam. Diese Serie hat versucht zu zeigen, dass angesichts der Höhe der Opfer von Alkohol und Nikotin die Sorge um die Folgen des illegalisierten Drogenkonsums unglaubwürdig ist. Vielmehr wird eine rationale Auseinandersetzung ideologisch begründet verweigert. Denn von verschiedenen Seiten aus besteht wenig Interesse daran, das herrschende Prohibitionssystem aufzuheben, da es für Viele Arbeit und Einkommen bedeutet. Machtpolitisch gesehen, muss Drogenhandel verboten bleiben, denn er ist wichtiger Bestandteil von (Bürger-)Kriegsökonomien. Gleichzeitig dient der "Drogendämon" als ideologisches Rüstzeug, mit dem sich der ausufernde Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsapparat legitimieren lässt. Der "War on Drugs" passt als präventive Aufstandsbekämpfung den meisten Regierenden in ihr Konzept.

Eine weitere Rolle dürfte die Angst vor dem Unbekannten spielen: Viele PolitikerInnen und BürgerInnen haben sich bislang nur mit der "Kulturdroge" Alkohol berauscht; die Wirkungen von Opiaten, Amphetaminen, Kokaprodukten, Halluzinogenen und Cannabis sind ihnen unheimlich. Die Geisteszustände, die ihnen nicht kontrollierbar erscheinen und zuweilen unziemliche, kreative oder gar kritische Gedanken hervorrufen, werden von ihnen als gefährlich empfunden.

Chancen für eine Neuausrichtung

Vielleicht enthüllt ein Blick in die Geschichte den dominierenden Hintersinn der heutigen Drogenkontrolle: Als 1516 das viel gelobte deutsche Reinheitsgebot für Bier erlassen wurde, war das Getränk ein fester Bestandteil der Lebensmittelpalette. Sogar Kinder bekamen Biersuppe und die Mönche griffen vor allem in der Fastenzeit auf den Gerstensaft zurück. Heutzutage denkt man beim Reinheitsgebot an chemische Beisätze wie Farbstoffe, genmanipulierte Gerste oder Hopfen. Damals bezog sich das Reinheitsgebot auf das benutzte Wasser, regelte die Höhe des Alkoholgehalts und verbot die Beimischung von Kräutern (z.B. Bilsenkraut), die den Alkoholrausch psychoaktiv ergänzten. Manches Gebräu hatte in seiner Wirkung immer wieder (kollektive) Vergiftungen hervorgerufen oder wiederholt so lang anhaltende Rauschzustände hervorgerufen, dass es in der Folge zu regionalen Ernteausfällen kam. Die feudalen Fürsten, die das Gebot erließen, waren tatsächlich um das körperliche Wohl ihrer Leibeigenen besorgt. Hauptsächlich aber aus Angst vor eigenen finanziellen Verluste durch ausbleibende Abgaben. Der Bier-bedingte Schaden des "Humankapitals" brachte Einbußen mit sich, die sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Aristokratie und des Klerus auswirkten. Der Erhalt der "Volksgesundheit" findet sich als Motiv in der Idee der heutigen Drogenpolitik wieder: Reibungslose Kontrolle und Verwertung des Humankapitals.

Lorenz Matzat

Weitere Informationen zum Thema im Internet:

- Transnational Institut, TNI: UN-Drogenpolitik, www.tni.org

- European Coalition for Just and Effective Drug Policies, ENCOD, www.encod.org

- Cannabislegal.de, deutsche Drogenpolitik, www.cannabislegal.de

- Niederländisches Zentrum für Drogenforschung (CEDRO), www.cedro-uva.org

- Informations- und Forschungszentrum für Alkohol, Tabak, Drogen, Medikamente und Sucht, ARCHIDO, www.archido.de

- The Plant of Joy, umfassendes Material zur Opiumpflanze, www.opiates.net

16. Tabubruch mit bleibenden Folgen. Der Weg von Frankfurt nach Abu Ghraib ist eine Rutschbahn

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:38

Die Anschläge in New York und Washington am 11. September 2001 werden die Welt verändern. Diese Einschätzung war kurz danach allenthalben zu vernehmen. Für den Bereich der so genannten Inneren Sicherheit trifft dies uneingeschränkt zu. Die Anschläge und der in ihrer Folge erklärte weltweite "Krieg gegen den Terror" sind zur Durchsetzung einer sicherheitspolitischen Agenda genutzt worden, in der auch das absolute Folterverbot zur Disposition gestellt wird. In diesen Zusammenhang ist das Urteil gegen den ehemaligen Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei Wolfgang Daschner einzuordnen.

Die Frage, ob ein Polizist in bestimmten Situationen Tatverdächtige misshandeln und foltern darf, wird seit Februar 2003 in der BRD offen diskutiert. Damals wurde bekannt, dass Wolfgang Daschner dem Entführer des Bankierssohns Jakob von Metzler; Magnus Gäfgen, mit Folter drohen ließ. Es folgte ein inszenierter Tabubruch: Nachdem der Polizeiführer den ausführlich dokumentierten Vorgang bekannt gemacht hatte, nutzte er jede Gelegenheit, sein Vorgehen zu verteidigen. Die deutsche Öffentlichkeit quittierte das mit Verständnis, Unterstützung und offenem Beifall. Es verwunderte deshalb nicht, dass die Frankfurter Staatsanwaltschaft den Vize-Polizeichef und seinen Untergebenen erst nach langer "rechtlicher Prüfung" und dann lediglich wegen "Verleitung zur Nötigung" und nicht wegen Aussageerpressung angeklagt hat.

Und auch wer erwartet hatte, das Frankfurter Landgericht würde mit einem unmissverständlichem Urteilsspruch für klare Verhältnisse sorgen, sah sich getäuscht. Zwar stellte die 27. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (formal) klar, dass am absoluten Folterverbot nicht zu rütteln sei. Gleichzeitig entschied es sich aber für die mildeste Sanktion, die das Strafgesetzbuch (StGB) hergibt: die Verwarnung mit Strafvorbehalt. Mit anderen Worten: Sie leistete damit der Interpretation des Urteils nach dem Motto "Keine Strafe, also alles nicht so schlimm" bewusst Vorschub.

Keine Strafe, also nicht so schlimm

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Aussageerpressung (§ 343 StGB), d.h. die Androhung und Anwendung körperlicher Gewalt oder seelischer Qualen durch einen "Amtsträger" mit dem Ziel, eine Person zur Aussage in einem Verfahren zu nötigen, ist ein Verbrechen. Es wird mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet. Die Folter und andere Formen der Vernehmung, die den Willen einer Person brechen, sind durch § 136a der Strafprozessordnung verboten. Das Verbot gilt ebenso für die Vernehmung von auskunftspflichtigen Personen im Polizeirecht (§ 12 Abs. 4 Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz). Es ist in der Anti-Folter-Konvention der UNO sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert und geht klar aus Art. 1 des Grundgesetzes hervor, der die Würde des Menschen für unantastbar erklärt.

Daschner hat bis zum Schluss nie ein Hehl daraus gemacht, dass ihm das alles bei Erteilung seines Befehls bewusst gewesen ist. Um den Rechtsbruch zu rechtfertigen, berief er sich auf einen einen "übergesetzlichen Notstand". Von "Reue und Einsicht" kann also keine Rede sein, die Gericht und Staatsanwaltschaft ausgemacht haben wollten. Ganz im Gegenteil: Bei Daschner handelt es sich um einen Überzeugungstäter. Vor Gericht gab er unumwunden zu, dass er angeordnet hatte, Gäfgen "nach vorheriger Androhung unter ärztlicher Aufsicht durch Zufügung von Schmerzen (keine Verletzungen) erneut zu befragen". Er wandte sich vehement dagegen, dies als Folter zu bezeichnen. Seiner Ansicht nach sei Folter erst "die vorbedachte Auferlegung schwerer körperlicher Qualen, die ernste und grausame Leiden hervorruft und in der besonderen Situation nicht zu rechtfertigen ist". Seine Folter-Definition weist große Ähnlichkeit mit der von Alberto Gonzalez auf, die der damalige Rechtsberater des US-Präsidenten und heutige US-Justizminister in seinem berüchtigten Memo vom 1. August 2002 gegeben hatte, um die Misshandlungen der Gefangenen in Abu Ghraib und Guantánamo juristisch zu untermauern: "Körperlicher Schmerz, der als Folter bezeichnet werden kann, muss in seiner Intensität dem Schmerz gleichkommen, der eine ernste Körperverletzung begleitet, so wie Organversagen, Beeinträchtigung der Körperfunktionen oder sogar Tod."

Bei seinem geplanten zielgerichteten "Zufügen von Schmerzen" habe es sich dagegen um "unmittelbaren Zwang" gehandelt, so Daschner, um eine "Zwangsmaßnahme" als letztes Mittel zur Gefahrenabwehr. Daschners Argumentation gleicht der des Heidelberger Professors für Staatsrecht und Rechtphilosophie

Wilfried Brugger. Bereits 1996 redete Brugger der Relativierung des Folterverbots das Wort und listete akribisch acht Merkmale auf, die erfüllt sein müssten, damit anschließend gefoltert werden darf. 2000 erschien seine Folterrechtfertigung in der angesehenen Juristenzeitung. Die offene Preisgabe von Menschenwürde und Folterverbot findet seitdem mehr und mehr Unterstützer in Wissenschaft und Justiz:

- Prof. Dr. Volker Erb, Lehrstuhl für Straf- und Strafprozessrecht an der Universität Mainz, unterstellt in einem Artikel in der Zeit (16.12.2004) unter der Überschrift "Nicht Folter, sondern Nothilfe" einem am Folterverbot festhaltenden Staat, "dass er sich strukturell in die Rolle eines Mordgehilfen begibt".

- Den Auftakt zur Umwertung des Begriffs der Menschenwürde in Artikel 1 Grundgesetz lieferte im Frühjahr 2003 der Bonner Verfassungsrechtler Matthias Herdegen im Standard-Kommentar zum Grundgesetz "Maunz-Dürig-Herzog". Er erklärte erstmals Artikel 1 ("Die Würde des Menschen ist unantastbar") in Konkurrenz zu anderen Grundrechten (z.B. Lebensschutz), weshalb "die Androhung oder Zufügung körperlichen Übels wegen der auf Lebensrettung gerichteten Finalität eben nicht den Würdeanspruch verletzt".

- In der aktuellen Auflage des renommierten "Schmidt-Bleibtreu, Kommentar zum Grundgesetz" schreibt Hans Hofmann, Ministerialrat im Bundesinnenministerium, "dass man die Drohung mit körperlicher Gewalt zur Rettung des Lebens eines Entführungsopfers nicht als verwerflich einstufen kann".

Was zählt die "Würde des Menschen"?

- Ähnliches ist im Strafrechtskommentar "Lackner/Kühl" von dem Tübinger Professors Kristian Kühl zu lesen, der "polizeilich-präventive Foltermaßnahmen zum Lebensschutz" als Notwehrmaßnahmen "nicht kategorisch ausschließen" will.

- Der Heidelberger Staatsrechtler Olaf Miehe wurde in der Rhein Neckar Zeitung am 22.2.2003 wie folgt zitiert: "Um es mal ganz drastisch zu sagen: Zwei zerquetschte Daumen sind leichter zu verkraften als der Verlust eines Menschenlebens." So profiliert, konnte er im gleichen Jahr in der Neuen Juristischen Wochenschrift seinen Aufsatz "Nochmals: Die Debatte über Ausnahmen vom Folterverbot" veröffentlichen.

- Der Hamburger Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie Reinhard Merkel plädiert für die Einführung einer "Rettungsfolter" in den Notwehrparagrafen.

- "Als eines der Mittel gegen Terroristen halte ich Folter oder die Androhung von Folter für legitim, jawohl", bekannte Michael Wolffsohn, Professor für Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München, in der FAZ am 25.6 2004.

Einen Ausblick auf die Folgen der neuformulierten Idee der Menschenwürde lieferte ein Richter am Berliner Landgericht. In einem Leserbrief an den Tagesspiegel schrieb Richter Andreas Ohlsen unter Bezugnahme auf den Daschner-Prozess: "Schließlich könnte man Magnus Gäfgen sogar unter Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskommission (sic!) subsumieren: Wer so etwas tut, ist ein Unmensch, ein Nicht-Mensch und damit ein ‚Niemand`. Und ‚Niemand` darf bekanntlich gefoltert werden." (19.12.2004)

Die Bereitschaft wächst in der bundesdeutschen Juristenzunft, die Würde des Menschen zur Disposition zu stellen und Überlegungen anzustellen, wie eine rechtsstaatlich geregelte Folter aussehen könnte. Dafür bedarf es exakter Verfahrensvorschriften, und die Folter muss dem Verhältnismäßigkeitsprinzip folgen, denn bekanntlich zeichnet sich ein Rechtsstaat genau dadurch aus, dass er Recht und Gesetz der Willkür entgegenstellt.

Nicht übersehen werden darf dabei, dass auch ohne solche Verfahrensvorschriften Gewalt in Polizeirevieren und Fälle von Misshandlungen und Aussageerpressung in der BRD Realität sind. Menschen werden von Polizeibeamten misshandelt und gefoltert. (vgl. S. 18) Dabei kommt es auch zu Scheinhinrichtungen, wie im Zuge des Hamburger Polizeiskandals 1994 bekannt wurde. Daschner selbst führte zu seiner Verteidigung zwei Fälle aus Nordrhein-Westfalen an. Dort sollten mit Einwilligung der Staatsanwaltschaft einem Verdächtigen Schmerzen zugefügt werden. (FAZ, 6.12.2004)

In vielen Fällen sind die Übergriffe nur schwer zu belegen, aber auch wenn Ermittlungen wegen Misshandlungsvorwürfen eingeleitet werden, werden sie von Polizei und Staatsanwaltschaft nur schleppend geführt, mit Gegenanzeigen beantwortet und in der Regel eingestellt. Immerhin können sich bislang Polizisten, die Gewaltexzesse verüben, nicht sicher sein, dass ihr Verhalten von strafrechtlichen Konsequenzen

ausgenommen bleibt. Es ist gerade dieser Aspekt, der angesichts des Daschner-Urteils Die Welt Schlimmstes befürchten lässt, als wäre diese Schranke durch das Urteil im Daschner-Prozess nicht gefährlich gesunken: "Ein Sieg des Rechtsstaates, werden die einen sagen; Niederlage der Gerechtigkeit, die anderen. Dass es zwischen dem einen und der anderen Spannungen gibt, ist keine neue Erkenntnis. Dass sie zum Nachteil eines Beamten gelöst werden, der sich in einer verzweifelten Lage zu einem verzweifelten Mittel entschloss, aber schon." (21.12.2004)

Wunderwaffe: "Übergesetzlicher Notstand"

Die Befürchtung der Welt scheint übertrieben zu sein. Dafür ist die Rückendeckung der Hardliner von Law-and-Order zu groß. So fordert der fundamentalistische CSU-Abgeordnete Norbert Geis erweiterte Befugnisse für Ermittler, damit "Polizisten den Täter zwingen können, Informationen zu geben, die unmittelbar helfen". Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) ist der Meinung, wenn durch Terroristen eine Gefahr für eine Vielzahl von Menschen drohe, müsse "auch über Folter nachgedacht" werden. In dieselbe Kerbe schlägt Wolfgang Bosbach, innenpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion. Er sei zwar nicht für Folter, aber es könne "Fallkonstellationen geben, wo das Leben Tausender steht gegen die körperliche Unversehrtheit eines Einzelnen. Dann wird es in diesem Moment einen Abwägungsprozess geben, den der Gesetzgeber gar nicht gesetzgeberisch normieren kann." Wie beim Fall Daschner sei dies "der klassische Fall des übergesetzlichen Notstandes".

Auch ist diese Diskussion beileibe nicht neu. Schon 1976 dachte der damalige niedersächsische Ministerpräsident, Ernst Albrecht (CDU), in seinem Buch "Der Staat - Idee und Wirklichkeit" über eine Einführung der Folter nach. Im Deutschen Herbst 1977 setzte sich die Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD) unter Berufung auf einen "übergesetzlichen Notstand" über Gesetz, Verfassung und sogar ausdrückliche Gerichtsentscheidungen hinweg, als sie die "Kontaktsperre" über die RAF-Gefangene verhängte. Gleichzeitig wurde öffentlich über die von Franz Josef Strauß angeregte Erschießung von RAF-Gefangenen diskutiert.

"Der Weg von Frankfurt nach Abu Ghraib ist eine Rutschbahn", schrieb der Tagesspiegel zum Urteil im Fall Daschner. (21.12.2004) Wie die Folterbilder aus Abu Ghraib belegen, hat die in den USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 entflammte Debatte über die Anwendung der Folter als legitimes Mittel im "Kampf gegen den Terror" zu einem Dammbruch geführt. Die aktuelle bundesdeutsche Diskussion um eine rechtsstaatliche Güterabwägung für Folter im Ernstfall kann in Zukunft weit reichende Folgen haben. Denn Folter und Polizeigewalt würde nach ihrer Legalisierung nicht nur gegen Kindesentführer praktiziert werden. Die Befürwortung der Folter als "letztes Mittel" des Rechtsstaates führt nicht zur Rettung von Menschenleben, sondern nach Abu Ghraib.

mb., Berlin

Die Fotos der gefolterten, misshandelten und sexuell missbrauchten und gedemütigten Gefangenen aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib haben die systematische Misshandlung von Gefangenen durch US-amerikanische und britische Soldaten öffentlich gemacht und weltweit skandalisiert. Nicht nur in den USA wird seit längerer Zeit offen über die Vorzüge der Folter diskutiert. Auch in der BRD wird spätestens seit dem Bekanntwerden der Folterdrohung des damaligen Frankfurter Polizeivizepräsidenten Wolfgang Daschner über eine Relativierung des absoluten Folterverbots debattiert. Diese Diskussion wird nach dem Urteil des Frankfurter Landgerichts, das einem faktischen Freispruch gleichkommt, eher noch zunehmen. Schon melden sich angesehene Rechtswissenschaftler zu Wort, die über die Möglichkeit einer rechtsstaatlichen Folter räsonieren. Die durch die Folterbefürworter losgetretene Debatte zielt offen auf die Aufweichung des Folterverbots. Die Vorgänge in Frankfurt, Guantánamo, Abu Ghraib zeigen, dass das Folterverbot immer wieder und auch in solchen Staaten durchgesetzt werden muss, die für sich in Anspruch nehmen, Demokratien und Rechtsstaaten zu sein.

Die Fotos auf den folgenden Seiten stammen aus dem Buch "Irreguläre Grenzen in Europa" von Sascha Hartgens und wurden in Polizeirevieren in Brüssel und Rom aufgenommen.

17. "Wer foltert, produziert nicht Wahrheit, sondern Schmerzen." Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck zur Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Rumsfeld

Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:16

Am 30. November stellte der Berliner Anwalt Wolfgang Kaleck im Namen der US-Bürgerrechtsorganisation Center for Constitutional Rights und vier irakischer Staatsbürger Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Ex-CIA Chef George Tenet und hochrangige US-Militärs wegen Kriegsverbrechen und Folter im irakischen Gefängnis Abu Ghraib. Die Anzeige stützt sich auf das am 30. Juni 2002 in Deutschland in Kraft getretene Völkerstrafgesetzbuch.

ak: Warum haben Sie Donald Rumsfeld angezeigt? Was versprechen Sie sich davon?

Wolfgang Kaleck: Wir versprechen uns von der Strafanzeige, dass zunächst in Deutschland staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen der Kriegsverbrechen und Foltertaten in Abu Ghraib aufgenommen werden. Langfristig ist natürlich das gemeinsame Ziel von uns und dem Center for Constitutional Rights, dass in den USA Ermittlungen gegen die Verantwortlichen in Regierungs- und Militärspitze stattfinden unter anderem wegen der Anordnung von Folter, wegen Vorgesetztenverantwortlichkeit und Straftaten und Kriegsverbrechen. Die Strafanzeige soll ein Mosaikstein im weltweiten politischen und juristischen Kampf gegen die Folter sein. Wir haben zur Zeit eine widersprüchliche Situation: Auf der einen Seite verbieten internationale Konventionen und das Völkergewohnheitsrecht Folter und Kriegsverbrechen und es besteht sogar eine Pflicht, diese Straftaten universell zu verfolgen. Auf der anderen Seite wird weltweit gefoltert. Der Folterpraxis muss Einhalt geboten werden. Zudem müssen die im "Krieg gegen den Terrorismus" unternommenen Versuche, Ausnahmetatbestände vom absoluten Folterverbot zu konstruieren, auf allen Ebenen zurückgewiesen werden.

Wie begründen Sie ihre Anzeige konkret? Auf welche Informationen stützen Sie sich?

Die Strafanzeige wird mit zwei wesentlichen Argumenten begründet. Erstens: § 1 des Völkerstrafgesetzbuches gebietet die Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen durch deutsche Strafverfolgungsbehörden auch dann, wenn die Taten von Nichtdeutschen an Nichtdeutschen im Ausland begangen wurden. Zweitens: Sowohl nach internationalem Völkerstrafrecht als auch nach dem Völkerstrafgesetzbuch sind Vorgesetzte zu bestrafen, wenn sie an den von ihren Untergebenen begangenen Folterstraftaten und Kriegsverbrechen mitwirken oder aber es in strafbarer Weise unterlassen, ihre Untergebenen daran zu hindern.

Wir haben lange überlegt, welche der Straftaten wir in Deutschland zur Anzeige bringen wollen und können, die von US-Militärs in dem mittlerweile zweieinhalbjährigen "Krieg gegen den Terrorismus" begangen wurden. Wir haben die Anzeige auf die Vorkommnisse in Abu Ghraib beschränkt, weil die Vorkommnisse dort außergewöhnlich gut von offizieller Seite recherchiert und dokumentiert worden sind. Schließlich konnten wir bei der Strafanzeige auf drei Kategorien von Dokumenten zurückgreifen. Die einzelnen an irakischen Gefangen begangenen Folterstraftaten sind in den offiziellen Militär- und Regierungsuntersuchungsberichten dokumentiert. Dort waren auch die wesentlichen Informationen zur Verantwortlichkeit von Vorgesetzten enthalten, auch wenn darin letztlich nicht der Schluss gezogen wurde, dass bestimmte Verhaltensweisen von Vorgesetzten nicht nur politisch und moralisch kritikwürdig sind, sondern auch nach US-amerikanischen Recht strafrechtlich zu verfolgen wären. Weiterhin konnten wir auf Berichte der großen amerikanischen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und Human Rights First sowie des Internationalen Roten Kreuzes zurückgreifen. Schließlich gibt es ein gutes Dutzend kritischer Journalisten, die in den verschiedenen großen liberalen Zeitungen der USA Woche für Woche Informationen zu der Verantwortlichkeit in Militär- und Regierungskreisen vorlegen und im übrigen nachweisen konnten, dass die Taten von Abu Ghraib keinesfalls isolierte Einzeltaten waren. Bei der Gelegenheit ist hervorzuheben, dass durch eine vergleichsweise freizügige Veröffentlichungspolitik der USA ständig neue und aktuelle Informationen vorgelegt werden, die das Fehlverhalten von Regierung und Militär belegen.

Hat die Anzeige mehr als einen symbolischen Wert?

Die Anzeige hat insoweit symbolischen Wert, als dass das Strafrecht neben den handfesten Strafzwecken Spezialpräventionen (Einwirkung auf den Täter) und der Generalprävention (Abschreckung) den diskursiven Zweck zu erfüllen beansprucht, das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung zu bestärken. Dies wird "positive Generalprävention" genannt. Außerdem ist die Anzeige der unbedingte und ernsthafte Versuch, die Anwendung der geltenden nationalen und internationalen Gesetze zu erzwingen. Dies mag vor der Verhaftung von Augusto Pinochet im Jahre 1998 und vor In-Kraft-Treten des Statuts für den Internationalen Strafgerichtshof eine Illusion gewesen sein. Spätestens seit diesen Ereignissen muss das Völkerstrafrecht aber ernst genommen werden. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die Durchsetzung des Völkerstrafrechts ein sehr labiler Prozess ist und dass dies gegen mächtige Staaten der Erde (USA, Russland, China, und Indien u.a.) durchgesetzt werden muss.

Warum hat sich die US-Bürgerrechtsorganisation Center for Constitutional Rights (CCR) für eine Anzeige in der BRD entscheiden?

Die Strafanzeige wurde in Deutschland erstattet, weil der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag für die Folterstraftaten in Abu Ghraib nicht zuständig ist. Die Taten werden zwar nach dem Statut verfolgbar, auch die Vorgesetztenverantwortlichkeit ist geltendes Recht vor dem IStGH. Aber die USA haben das Statut nicht unterzeichnet und der Sicherheitsrat kann gegen das Veto der USA die Aufnahme von Ermittlungen nicht erzwingen. In dem Tatortstaat Irak findet derzeit kein geordnetes Rechtswesen statt, auch haben die USA als faktische Besatzungsmacht dafür gesorgt, dass die Angehörigen ihrer Streitkräfte dort immun sind.

Sie haben die Anzeige im Namen des CCR eingereicht, wer unterstützt die Anzeige noch?

Das Center for Constitutional Rights ist eine seit 1966 in den USA arbeitende Bürgerrechtsorganisation. Auf der Website des CCR (www.ccr-ny.org) ist anhand der Prozesse, an denen das CCR beteiligt ist, die US-amerikanische Geschichte seit den Protesten gegen den Vietnamkrieg wunderbar nachzuvollziehen. Das CCR ist eine gemeinnützige Organisation, die keine Regierungsgelder erhält, sondern nur von privaten Spenden lebt. In den ersten drei Wochen nach Einreichung der Anzeige hat das CCR 10.000 Menschen dazu gebracht, den im Internet veröffentlichten Musterbrief an die Bundesanwaltschaft, mit der Aufforderung, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Donald Rumsfeld aufzunehmen, abzuschicken.

Mittlerweile hat sich auch der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), dem ich vorstehe, der Strafanzeige angeschlossen. Weiterhin hat mich die Dachorganisation der in 141 Ländern vertretenen Internationalen Liga für Menschenrechte und die in Vancouver sitzenden weltweit agierenden Lawyers against War beauftragt, in ihrem Namen die Strafanzeige zu unterstützen und in ihrem Namen in Deutschland aufzutreten. Die Anschlüsse der letzt genannten Organisationen zeigen, dass der Kampf gegen Folter und insbesondere auch der Kampf gegen die im "Krieg gegen den Terrorismus" von den USA angewandten Mitteln ein weltweites Problem ist, und dass sich weltweit Initiativen und Netzwerke gebildet haben, um diesen Kampf zu unterstützen und die USA zur Rückkehr zum Recht zu bewegen.

Ausnahmetatbestände vom absoluten Folterverbot zu konstruieren, geschieht nicht nur vor dem Hintergrund des "Kampfes gegen den Terrorismus", wie etwa der Fall Daschner in der Bundesrepublik zeigt. Spielt die momentane Debatte um Folter in der BRD auch eine Rolle bei ihrer Anzeige?

Die Diskussionen um den Fall Daschner zeigen, dass das Folterverbot immer wieder und auch in solchen Staaten durchgesetzt werden muss, die wie Deutschland für sich in Anspruch nehmen, Demokratien und Rechtsstaaten zu sein. Ich würde mir wünschen, dass sich gerade die intellektuellen Unterstützer von Daschner etwas mehr mit der Folterdiskussionen in den USA seit dem 11. September 2001 beschäftigt hätten. Wer über Ausnahmen vom Folterverbot nachdenkt und wer juristische Artikel darüber verfasst, unter welchen Umständen ein bisschen, demokratisch und gerichtlich kontrolliert gefoltert werden darf, wird zum einen den Weg für Straftaten wie denen in Abu Ghraib das Wort reden. Zum anderen wird gerade weltweit der Versuch unternommen, juristische, moralische und ethische Bastionen im Kampf gegen die Folter zu schleifen. Die Exekutiven aller demokratischen und nicht-demokratischen Staaten der Erde fühlen sich durch das Beispiel der USA im "Kampf gegen den Terrorismus" animiert. Wer erlaubt zu foltern, kann sich schlecht hinstellen und einem nigerianischen oder burmesischen Folterer die Tat verbieten. Jeder Folterstaat nimmt für sich in Anspruch, dies aus höherem Interesse für unterschiedliche Werte zu tun. Aus den Geschehen in und um

Guantanamo und Abu Ghraib lassen sich auch wesentlich banalere Ergebnisse für die aktuelle Debatte um die Folter ziehen: Von einem renommierten US-amerikanischen Experten des FBI kommt der Ausspruch, dass, wer foltert, nicht Wahrheiten produziert, sondern nur Schmerzen. Das sollten sich alle Daschnerianer in ihre Arbeitszimmer hängen.

"Rechtsstaatlichen Fundamentalgewissheiten" (Heribert Prantl) sind heutzutage umkämpft wie schon lange nicht mehr. Wie ordnen Sie ihre Anzeige in diese Auseinandersetzung ein?

Wir alle müssen mit der Schizophrenie leben lernen, dass wir auf der einen Seite weit von sozial gerechten, rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnissen entfernt sind, also insoweit eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse anstreben, auf der anderen Seite aber die demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften deutscher Nachkriegsgeschichte verteidigen müssen. Da haben sich die Bedingungen, insbesondere der juristischen Auseinandersetzungen, in den letzten 30 Jahren nach der Studentenbewegung nachhaltig verändert. Wir müssen daher, ohne selbst staatliche Funktionen anzustreben, staatliche Behörden dazu bringen, die bestehenden Gesetze zu halten und diese für alle anzuwenden. Ein gutes Beispiel ist der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus: Die Situation für Nichtdeutsche, Andersaussehende und Andersdenkende ist in vielen Regionen von Deutschland so existenziell geworden, dass der dauerhafte Schutz dieser Menschen durch das Eingreifen von Polizei und Strafverfolgungsbehörden organisiert werden muss.

Auf der anderen Seite müssen alle aktuellen Versuche der Exekutive, vor allem von Innenminister Schily scharf bekämpft werden, die den "Kampf gegen den Terrorismus" dazu benutzen wollen, ihr Recht selber zu setzen, es durchzusetzen und sich am liebsten auch nur selbst kontrollieren würden. Auf allen Gebieten ("Kampf gegen Drogen" und "Kampf gegen Terrorismus") ist der Ausnahmezustand proklamiert worden und es werden Ausnahmekompetenzen geschaffen und am Ende will die Exekutive alleine bestimmen.

Die Anzeige soll nach Presseberichten das deutsch-amerikanische Verhältnis getrübt haben. Donald Rumsfeld hat angekündigt, er werde nicht mehr nach Deutschland kommen, solange gegen ihn ermittelt wird. Hatten Sie mit solchen Reaktionen gerechnet?

Ich weigere mich, dass deutsch-amerikanische Verhältnis lediglich als die Kommunikation zwischen den beiden Regierungen anzusehen. Es sind US-Amerikaner, die sich Hilfe suchend an die deutschen Strafverfolgungsbehörden gewandt haben, es sind US-Amerikaner, die dieses Projekt unterstützen, und es sind US-Amerikaner, die das Material für diese Strafanzeige recherchiert haben und ihrer eigenen Regierung mehr als kritisch gegenüber stehen. So weit die Bundesanwaltschaft Ermittlungen gegen Donald Rumsfeld aufnimmt, ist dies ganz bestimmt nicht gegen die USA gerichtet, sondern gegen mächtige Rechtsbrecher, die im US-amerikanischen Namen Kriegsverbrechen begangen haben und begehen.

Aus Regierungskreisen ist zu hören, dass die Abweisung der Klage nach § 153 f StPO vorgesehen ist, nach dem die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung einer Tat absehen kann, wenn kein Tatverdacht gegen einen Deutschen besteht und die Tat nicht gegen einen Deutschen begangen wurde. Dieser Paragraf wurde extra für das Völkerstrafgesetzbuch in die Strafprozessordnung (StPO) eingeführt. Erweist sich also das Völkerstrafgesetzbuch der BRD als stumpfe Waffe?

Noch gab es keine offiziellen Reaktionen auf die Strafanzeige weder von Seiten der Bundesregierung noch von der Bundesanwaltschaft. Lediglich die Berufspessimisten haben eine sofortige Einstellung des Verfahrens nach der für in § 153 f StPO vorgesehenen Einstellungsmöglichkeit prognostiziert. Wenn die Bundesanwaltschaft allerdings sich im jetzigen Stadium dazu entschließen sollte, noch nicht einmal Vorermittlungen aufzunehmen, ist das für das Völkerstrafrecht ein schwerer Schlag. Wie will man rechtfertigen, dass man gegen mächtige Kriegsverbrecher keine Ermittlungen aufgenommen hat und dass weniger Mächtige ja möglicherweise leichter zu greifende amerikanische oder asiatische Potentaten vor deutsche Gerichte gestellt werden.

Glauben Sie, Bundesanwalt Kay Nehm wird ernsthaft gegen Donald Rumsfeld ermitteln?

Wir gehen davon aus, dass die Bundesanwaltschaft sich in den nächsten Monaten seriös und ernsthaft mit der Strafanzeige und den eingereichten Materialien beschäftigen wird.

Interview: Martin Beck

Die rund 170 Seiten umfassende Strafanzeige kann auf der Webseite des RAV heruntergeladen werden: www.rav.de

18. Jeder Verharmlosung von Folter muss eine Absage erteilt werden! Reaktionen auf das Urteil im Fall Daschner

Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:28

"Denn obgleich Daschner nicht gesetzmäßig gehandelt hat, wie man es von einem Hoheitsträger und schon gar von einem führenden Polizisten verlangen muss, so fällt es doch schwer, sein Verhalten als unmoralisch zu verurteilen", ließ die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 21. Dezember in ihrem Kommentar zum Urteil im Daschner-Prozess verlauten. So milde geht man ansonsten in der FAZ mit Gesetzesbrechern nicht um. Die Reaktionen auf das Urteil waren auch beleibe nicht so eindeutig, wie die Stellungnahmen von Libertad!, Roter Hilfe sowie Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen vermuten lassen - zumal auch hier unterschiedliche Nuancen in der Bewertung zu erkennen sind. Ein Grund mehr sie an dieser Stelle zu dokumentieren.

Libertad!: Folterer brauchen ein gutes Gewissen. Gericht verharmlost Folter im Daschner-Urteil

Mit dem Urteil im "Daschner-Prozess" ist das Gericht nur haarscharf an der juristischen Legitimation von Folter vorbeigeschrammt. Das politische Signal dagegen ist eindeutig: Die Verhängung einer geringen Geldstrafe auf Bewährung für den Vizepolizeipräsidenten Wolfgang Daschner und sein ausführendes Organ, den Kriminalkommissar Ortwin Ennigkeit kommt einer Belohnung gleich. Das Urteil ist nicht nur explizit milde, sondern es wurde darauf angelegt, dass beide Staatsdiener nicht als vorbestraft gelten, weiter alle Ansprüche haben und wieder ihren Dienst antreten können. Der acht Verhandlungstage andauernde Prozess wegen der Folterandrohung gegen den beschuldigten Entführer des Jacob von Metzler bestätigt die Erfahrung und das Vorurteil: "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus" - und es besagt, jedes Verkehrsdelikt wiegt schwerer als die Folter.

Damit hat der Prozess seinen Zweck erfüllt: Die Anwendung von Folter ist diskutabel geworden und sie wird diskutiert. Der "Fall Daschner" hat Folter auf die Ebene der "Putativ-Notwehr", mit dem der polizeiliche Todesschuss verrechtsstaatlicht wurde, und des "übergesetzlichen Notstandes" gebracht. Der Begriff "lebensrettende Folter" wurde eingeführt. Auch die Urteilsbegründung im Daschner-Prozess hebt auf die "lauteren Motive" der Angeklagten ab. Aber schon immer wurde Folter, ob in deutschen Polizeiwachen oder auf Guantanamo, mit Notwehr gerechtfertigt, damit, dass Folter das "kleinere Übel" sei.

Libertad! sagte vor Prozessbeginn: Wer Folter rechtfertigt und verteidigt, macht sie praktikabel. Das Urteil im Daschner-Prozess ist ein weiterer Schritt und reiht sich in eine internationale Entwicklung ein, in der bürgerliche Demokratien sich ihrer proklamierten Enthaltsamkeit der Folter gegenüber entledigen. Fotos von gedemütigten Gefangenen aus dem irakischen Abu Ghraib machten die Systematik der Misshandlung von Gefangenen durch Soldaten öffentlich. Das spanische Gefängnissystem sieht seit 1991 repressive Sonderbehandlungen vor. In Italien wurde ein Gesetz beraten, das die einmalige Folter an Gefangenen legalisiert. In England sind Aussagen, die unter Folter erpresst werden, gerichtsverwertbar. Diese Beispiele zeigen: Der Schritt vom "bedauerlichen Einzelfall" zum System der Folter ist vollzogen.

Mildes Urteil im Fall Daschner ist falsches Signal

Mit dem heute verkündeten Urteil gegen den ehemaligen Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, und den mitangeklagten Kriminalhauptkommissar Ortwin Ennigkeit sind weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft der Bedeutung des ausnahmslos geltenden Folterverbotes und dem Schutz der Menschenwürde gerecht geworden. Zwar hat das Gericht die beiden Polizeibeamten für schuldig befunden und die Gewaltandrohungen als rechtswidrig bezeichnet. Die Angeklagten sind jedoch derart milde verurteilt worden, als habe es sich bei der angedrohten Folter um eine Bagatelle gehandelt. Folgt man der Logik des Gerichts, ist die Androhung von Folter in Deutschland - wenn sie aus einer "ehrenwerten Gesinnung" erfolgt - faktisch legitim.

Der Fall Daschner hat über den konkreten Vorwurf hinaus Bedeutung erlangt, weil mit seiner Hilfe das generelle Folterverbot aufgeweicht werden sollte. Offenkundig hat das Gericht die Chance und die

Notwendigkeit versäumt, in dieser Frage eine eindeutige Antwort zu geben. Die unterzeichnenden Bürgerrechtsorganisationen werden deshalb die schriftliche Urteilsbegründung mit besonderer Sorgfalt lesen.

Für uns steht fest, dass jeder Verharmlosung von Folter, sei es im Namen der Gefahrenabwehr, des übergesetzlichen Notstandes oder des "Anti-Terror-Kampfes", eine Absage erteilt werden muss.

Humanistische Union, Bürgerrechte & Polizei/CILIP, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Internationale Liga für Menschenrechte, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen

Deutsches Institut für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte kritisiert, dass das Frankfurter Landgericht in seinem Urteil gegen den ehemaligen Frankfurter Vize-Polizeipräsidenten weit unter dem Regelstrafrahmen geblieben ist. "Der Ausspruch einer Verwarnung mit Strafvorbehalt wird der Bedeutung des absoluten Folterverbotes als einer Grundlage rechtsstaatlicher Ordnung nicht gerecht", erklärte Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt als Rechtsinstitut mit Ausnahmecharakter setzt voraus, dass die Verteidigung der Rechtsordnung die Verurteilung zu einer Strafe nicht gebietet.

"Die Bedeutung des heute zu Ende gegangenen Gerichtsverfahrens reicht weit über die strafrechtliche Beurteilung eines Einzelfalls hinaus. Denn es geht darum, deutlich zu machen, dass in Deutschland Folter auch in Ausnahmefällen nicht erlaubt ist oder geduldet wird", so Bielefeldt weiter. Das sowohl im Verfassungsrecht als auch im Völkerrecht verankerte Folterverbot untersage auch eine faktische Relativierung. Die absolute Geltung des Folterverbotes dürfe nicht durch das Strafrecht in der Weise ausgehöhlt werden, dass Polizeibeamte davon ausgehen könnten, dass sie sich in bestimmten Fallkonstellationen strafrechtlich nicht verantworten müssten. Polizeibeamte, zumal in leitender Position, sollten sich der Absolutheit des Folterverbots in besonderem Maße bewusst sein.

Der Menschenrechtsexperte betonte, dass die Menschenwürde im Grundgesetz absolut und schrankenlos geschützt sei. "Die Abwägung ‚Menschenwürde gegen Menschenwürde`, auf die sich die Verteidigung gestützt hat, widerspricht dem Prinzip der Unverletzbarkeit der Menschenwürde", erklärte Bielefeldt. "Das absolute Folterverbot ist kein blutleeres Prinzip, sondern eine zivilisatorische Errungenschaft, hinter der viele leidvolle Erfahrungen stehen."

Rote Hilfe: Folter in der BRD wieder salonfähig?!?

Am heutigen Montag ist der ehemalige Vize-Präsident der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, wegen der von ihm angeordneten Folterdrohung im Entführungsfall "Metzler" zu einer auf Bewährung ausgesetzten Geldstrafe in Höhe von 10.800 Euro verurteilt worden; sein damaliger Vernehmungsbeamter Ortwin Ennigkeit muss 3.600 Euro bezahlen, wenn er sich - wie Daschner - innerhalb eines Jahres etwas zu Schulden kommen lässt. Beide gelten dadurch nicht als vorbestraft.

Damit endet ein in der BRD einzigartiger juristischer Prozess mit einem Urteil, dessen offensichtliche Milde wohl ein eindeutiges politisches Zeichen setzen soll: In einer von überzogenen Repressionsmaßnahmen geprägten, nach innen und außen polizeistaatlich hochgerüsteten Zeit, unter der vor allem emanzipatorische Bewegungen zu leiden haben, werden all jene nicht zur Rechenschaft gezogen, die den rechtsstaatlichen Rahmen längst verlassen haben, aber eben auf der "richtigen Seite" agieren.

Die 27. Strafkammer unter dem Vorsitz der Richterin Bärbel Stock hatte in acht Verhandlungstagen neun Polizisten, einen Polizei-Psychologen und den zu lebenslanger Haft verurteilten Mörder Magnus Gäfgen als Zeugen gehört, um zu dem Schluss zu kommen, dass hier keine besonders schwere Straftat, sondern ein nur geringfügig zu ahndendes Nötigungsvergehen vorliege, das mit einer Verwarnung abgegolten sei. Dabei gehört die strafprozessuale und gesellschaftliche Ächtung von Folterpraktiken oder des Androhens schwerer Schmerzen seit langem zu den genuinen Errungenschaften rechtsstaatlich-bürgerlicher Repräsentativdemokratien: "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden", so steht es in der am 7.8.1952 von Deutschland ratifizierten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte. Diese Konvention ist eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen Demokratien und diktatorischen Regimes, in denen sich willkürliche Herrschaftsformen von selbst herausbilden oder gefördert werden; in denen dann eben nicht mehr die

grundrechtlich garantierte Unschuldsvermutung gilt, sondern das Recht des zufällig Stärkeren, in dessen Machtbereich der jeweils zu Recht oder zu Unrecht Beschuldigte geraten ist.

Im Fall Metzler spielte es denn auch keine Rolle, ob er gemordet hatte oder nicht. Hier ging es nur noch darum, ob ein ranghoher Polizeibeamter unter Androhung der Anwendung diverser Folterpraktiken eine wie auch immer geartete Aussage erpressen kann - oder eben nicht. Der Erfolg - die letztendlich erfolgte Aussage Gäfgens - gab dem Polizeibeamten Daschner, der laut Verteidigung ja nur ein "letztes Mittel" zur Gefahrenabwehr in einem übergesetzlichen Notstand angewandt hatte, im Oktober 2002 Recht - und heute hat ihm das Gericht nachträglich Recht gegeben. Das Urteil ermutigt andere PolizeibeamtInnen dazu, in Zukunft bei Verhören zu ähnlichen Mitteln zu greifen (wenn sie es nicht schon sowieso machen) - es kann ihnen ja nicht viel passieren (eine "Verwarnung unter Strafvorbehalt" gehört zu den mildesten Strafen, die im Gesetz vorgesehen sind). Und außerdem wird das öffentliche Geschrei nach einer gewissen Abstumpfungsphase auch bald aufhören. Dann kann die deutsche Polizei mit offiziellem Aktenvermerk Folter androhen und durchführen. Dann werden im Windschatten jener Abscheu erregenden Verbrechen (z. B. Sexualmord, Kindesentführung) jene repressiven Praktiken durchgesetzt sein, für deren Einsatz unter anderen Umständen kaum eine Mehrheit bestanden hätte. Dann werden vor allem linke AktivistInnen oder migrantische Zusammenhänge mit (unterstelltem) islamistischem Hintergrund die Betroffenen sein, weil PolizistInnen bei der "Rechtsgüterabwägung" wohl stets zu dem Ergebnis gelangen dürften, dass der Körperverletzung des/der Verdächtigten im Vergleich zum potenziellen Tod von Menschen eine erheblich geringere Bedeutung beizumessen ist. Schon 1977, nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer durch die RAF, erwog die deutsche Regierung die standrechtliche Erschießung inhaftierter RAF-Gefangener, um so die Freilassung Schleyers zu erzwingen. Gegen Angehörige dieser und anderer militanter Gruppen kam auch schon die einzige in der BRD legale Foltermethode zur Anwendung: die unter dem Namen "Weiße Folter" bekannt gewordene Isolationshaft. Nachdem sich diese bewährt und beispielsweise in Form der "F-Typ"-Gefängnisse zu einem deutschen Exportschlager entwickelt hat, scheinen nun im Gegenzug die weniger ausgefeilten, blutigeren Verhörmaßnahmen aus den Empfängerländern hierher importiert zu werden.

Die Rote Hilfe e. V. protestiert gegen den von höchsten rechtsstaatlichen Stellen ausgehenden Versuch, die Anti-Folter-Konvention auszuhöhlen und den Weg zu ebnen für eine von gewaltförmiger Willkür geprägte Strafverfolgungspraxis.

Forum Menschenrechte: Es bleibt dabei: Der Staat darf nicht foltern oder misshandeln!

Als Bestätigung des absoluten Folterverbots in Deutschland hat das Forum Menschenrechte das Urteil im Strafverfahren gegen den ehemaligen Polizeivizepräsidenten von Frankfurt a.M., Wolfgang Daschner, begrüßt. "Das Gericht hat erfreulicherweise festgestellt, dass Daschners Handeln rechtswidrig und strafbar war. Das haben wir von Anfang an festgestellt", sagte Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von amnesty international, für das Forum Menschenrechte. "Das Urteil signalisiert der Polizei und allen anderen gesellschaftlichen Kräften, dass der Staat in Deutschland unter keinen Umständen foltern oder misshandeln darf", fuhr Lochbihler fort. "Das Gericht hat klargemacht, dass Hinweise auf ‚Gefahrenabwehr`, ‚Notstand` oder ‚Nothilfe` nicht zulässig sind. Folter ist absolut verboten und muss verboten bleiben."

Enttäuscht zeigte sich das Forum Menschenrechte, dass das Gericht die Tat von Daschner und dem mitangeklagten Hauptkommissar Ortwin Ennigkeit nicht als Folter werten wollte. "Alle Versuche, das absolute Folterverbot auch nur aufzuweichen, müssen eindeutig zurückgewiesen werden. Das Gericht hat die Chance verpasst, hierzu ein unmissverständliches Wort beizutragen", sagte Lochbihler. Allerdings sind nach dem Völkerrecht Folter und grausame, erniedrigende oder unmenschliche Behandlung gleichermaßen absolut und "notstandsfest" verboten. Das Gericht verwies ausdrücklich auf den Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und stellte fest, dass Daschner dagegen verstoßen habe.

"Folter ist ein schwerwiegender Angriff auf die Menschenwürde. Sie muss geächtet bleiben. Ein Rechtsstaat, der Folter zuließe, würde jede Legitimation und Glaubwürdigkeit verlieren - auch die, in anderen Ländern Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren. Das Urteil tritt daher auch jenen entgegen, die etwa unter Verweis auf den islamistischen Terrorismus meinen, die Grundlagen des Rechtsstaates müssten angeblich neuen Erfordernissen der ‚Sicherheit` Schritt für Schritt weichen."

"Der Prozess ist auch im Ausland aufmerksam beobachtet worden", sagte Lochbihler. "Er gilt als Präzedenzfall für die Frage, wie Rechtsstaaten heute mit Folter umgehen. Nicht zufällig wird der Prozess von ausländischen Medien sowie von UN-Gremien verfolgt."

19. "Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen sind nichts Neues." amnesty international über polizeiliche Übergriffe in Deutschland

Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:24

Im Januar 2004 legte amnesty international eine Dokumentationen vor, die das große Ausmaß von Gewalt durch Polizeibeamte in Deutschland belegt. Das Ergebnis ist eindeutig: Polizisten haben in den letzten Jahren zahlreiche Menschen misshandelt. Vielfach erleiden die Opfer schwere körperliche und seelische Schäden. In Einzelfällen hat die Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt auch tödliche Folgen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Einleitung.

Josef Hoss ist Kleinunternehmer und betreibt in St. Augustin nahe Bonn ein Fliesenlegergeschäft. Am 8. Dezember 2000 befand sich der damals 49-Jährige auf dem Weg zur Arbeit, als in einer engen Straße unweit seiner Wohnung zwei Polizeifahrzeuge, die nicht als solche zu erkennen waren, seinen Transporter von vorne und hinten umstellten. Aus den Wagen sprangen mehrere maskierte Polizeibeamte, die auf den Transporter von Josef Hoss zustürmten, mit einem Hammer die Scheibe der Beifahrerseite einschlugen und Josef Hoss auf die Straße zerrten. Nachdem sie ihn zu Boden geworfen und ihm Handschellen angelegt hatten, prügelten die Polizisten Berichten zufolge mit Schlagstöcken und Fäusten auf den 49-Jährigen ein und versetzten ihm wiederholt Fußtritte. Es hieß, Josef Hoss habe daraufhin das Bewusstsein verloren. Mit noch immer gefesselten Händen und einer über den Kopf gestülpten Stofftasche sei er wieder zu sich gekommen. Der 49-Jährige zog sich bei dem Vorfall mehrere Verletzungen zu, darunter zwei Rippenbrüche sowie multiple Prellungen und Hautabschürfungen. Der verhängnisvolle Morgen des 8. Dezember 2000 hatte für Josef Hoss langfristige Folgen für seine Gesundheit, seine Arbeitsfähigkeit und damit für die finanzielle Existenz seiner Familie. Anscheinend war die Polizeioperation durch die Aussage eines Nachbarn von Josef Hoss ausgelöst worden, mit dem er sich im Streit befand. Dieser Nachbar, von Beruf Polizist, hatte Herrn Hoss des illegalen Besitzes von Waffen bezichtigt. Tatsächlich wurden jedoch weder verbotene Waffen bei Josef Hoss gefunden noch Anklage gegen ihn erhoben. Von den Polizisten, die der Misshandlung des 49-Jährigen beschuldigt sind, war bei Abfassung des vorliegenden Berichts noch keiner angeklagt worden.

Polizeigewalt mit tödlichen Folgen

Der geschilderte Vorfall ist für sich betrachtet schon beunruhigend genug, doch noch Besorgnis erregender ist die Tatsache, dass amnesty international in jüngerer Zeit von zahlreichen weiteren Vorfällen erfahren hat, bei denen die Polizei in Deutschland Menschen misshandelt oder in unverhältnismäßiger Weise Gewalt gegen sie angewandt haben soll. Einige Vorfälle dieser Art hatten für das Opfer tödliche Folgen. So wurde im Mai 2002 Nordrhein-Westfalen von einem Polizeiskandal erschüttert, ausgelöst durch den tragischen Tod des 31 Jahre alten Stephan Neisius in Köln. Der junge Mann war von einer Gruppe von Polizisten auf einer Kölner Wache wiederholt mit Fußtritten und Schlägen traktiert worden, während er mit Handschellen gefesselt am Boden lag. Die nächsten 13 Tage verbrachte er angeschlossen an ein Beatmungsgerät in einem Kölner Krankenhaus, wo er schließlich verstarb. Die Staatsanwaltschaft stellte im Zusammenhang mit dem Tod von Stephan Neisius sechs Polizeibeamte wegen Körperverletzung mit Todesfolge unter Anklage. Ihr Prozess begann Ende 2002 vor dem Landgericht Köln, das am 25. Juli 2003 alle sechs Polizisten im Sinne der Anklage für schuldig befand, jedoch lediglich zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafen zwischen zwölf und 16 Monaten gegen sie verhängte.

Weniger als zwei Monate nach dem Tod von Stephan Neisius wurde in Nordhausen im Bundesland Thüringen der 30 Jahre alte Rene Bastubbe von einem Polizisten unter umstrittenen Umständen erschossen. Der Beamte wurde im September 2003 der fahrlässigen Tötung angeklagt, im November 2003 aber freigesprochen. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Familie des Toten haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. An diesem Vorfall alarmiert besonders, dass Angehörige derselben Polizeidirektion bereits im Juni 1999 im thüringischen Heldrungen den Rentner Friedhelm Beate rücksichtslos erschossen hatten. Der fatale Polizeieinsatz in Heldrungen bestimmte die Schlagzeilen der deutschen Printmedien und war Gegenstand einer Fernsehreportage. Gleichwohl wurde niemand für den Tod des 62-Jährigen zur Verantwortung gezogen. (...)

Folterhandlungen im Gewahrsam

Todesfälle als Folge von Polizeioperationen stellen in Deutschland fraglos eine Ausnahme dar. Schwere Verletzungen sind hingegen häufiger zu beobachten. Im Dezember 2002 beispielsweise sprach ein Berliner Gericht einen Polizeibeamten schuldig, im Mai 2000 einen Deutschen türkischer Herkunft misshandelt zu haben. Das Gericht erkannte auf Körperverletzung und verurteilte den Angeklagten zu einer siebenmonatigen Bewährungsstrafe. Das Opfer, ein 41 Jahre alter Filmemacher, hatte bei dem fraglichen Vorfall ein Schädel-Hirn-Trauma ersten Grades, eine offene Nasenbeintrümmerfraktur, multiple Prellungen mit massiven Hämatomen an Armen und linkem Schultergürtel sowie der Lendenwirbel davongetragen und musste vier Tage im Krankenhaus stationär behandelt werden. Ähnlich wie bei Josef Hoss hat das traumatische Erlebnis auch bei diesem Mann langfristige Spuren hinterlassen. Berichten zufolge hat er seine Arbeit noch immer nicht wieder aufnehmen können und dadurch große finanzielle Verluste erlitten.

amnesty international beobachtet mit Sorge, dass selbst in Fällen, in denen offenbar Folterhandlungen vorlagen, die mutmaßlich Verantwortlichen erst Jahre später vor Gericht gestellt wurden. Im Februar 1999 befand ein Gericht in Frankfurt am Main zwei Polizisten für schuldig, den aus der Türkei stammenden Binyamin Safak geschlagen zu haben. Der fragliche Vorfall hatte sich im April 1995 ereignet. Dabei war Binyamin Safak im Gewahrsam der Polizei mit schweren Schlägen traktiert worden. Er zog sich mehrere Hämatome und Schwellungen, eine Unterlippenplatzwunde, eine Rippenfraktur sowie eine Jochbogenimpressionsfraktur zu, so dass eine einwöchige Krankenhausbehandlung erforderlich war. Bis zur Verurteilung der beiden Polizisten verstrichen annähernd vier Jahre. Wegen der Schwere der erlittenen Verletzungen und angesichts der Tatsache, dass sie ihm vorsätzlich und wiederholt in der Absicht zugefügt worden sind, große Schmerzen herbeizuführen, ist amnesty international der Auffassung, dass die Misshandlung von Binyamin Safak der Folter gleichkommt.

In einem anderen Fall jüngeren Datums erhob die Staatsanwaltschaft Köln im April 2003 gegen drei Polizeibeamte Anklage wegen Körperverletzung. Den Polizisten wird zur Last gelegt, im September 2001 den in ihrem Gewahrsam befindlichen Walter Herrmann misshandelt zu haben. Einer der Vorwürfe von Walter Herrmann lautet, ein Polizist habe ihm, als er bäuchlings auf dem Boden einer Zelle lag, ein Knie auf den Hinterkopf gesetzt und sein gesamtes Körpergewicht darauf verlagert. Der 62-Jährige musste anschließend wegen eines Schädel-Hirn-Traumas ersten Grades, einer Schädelprellung, einer offenen Nasenbeinfraktur, einer Thoraxprellung und einer nicht dislozierten Fraktur der linken siebten Rippe eine Woche lang in einem Krankenhaus stationär behandelt werden.

Einsatz unverhältnis- mäßiger Gewalt

Ähnlich erging es dem 59-jährigen Togoer Doviodo Adekou, der Anfang Oktober 2001 neun Tage lang in einem Wuppertaler Krankenhaus zubringen musste, nachdem er im nordrhein-westfälischen Mettmann von einem mit seiner Abschiebung beauftragten Beamten aufs rechte Auge geschlagen worden sein soll. Etwa eine Woche vor diesem Zwischenfall war Doviodo Adekou wegen einer Grauen-Star-Erkrankung operiert worden. Durch den mutmaßlichen Schlag zog er sich am rechten Auge eine schwere Verletzung zu und büßte als Folge sein rechtes Augenlicht ein. Die zunächst in dem Fall eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungen wurden später wieder eingestellt, so dass sich die beschuldigten Beamten nicht vor Gericht verantworten mussten.

Angesichts der geschilderten und weiterer amnesty international bekannter Vorwürfe über Polizeiübergriffe sind Zweifel berechtigt, ob die deutschen Behörden ihrer Pflicht nachkommen, die in internationalen Menschenrechtsabkommen verankerten Rechte umfassend zu schützen. Dazu zählt das Recht auf Leben, auf Freiheit vor Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, auf Sicherheit der Person und - im Fall von Häftlingen - auf eine menschliche und die angeborene Würde des Menschen respektierende Behandlung.

Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen sind in Deutschland nichts Neues. Bereits 1995 und 1997 hat amnesty international zwei umfangreiche Berichte veröffentlicht, die detailliert zahlreiche seit 1992 bekannt gewordene Vorwürfe aufführten. Immer ging es darum, dass Polizeibeamte bei der Anwendung von Zwangsmitteln oder bei der Festnahme von Personen in unverhältnismäßiger oder ungerechtfertigter Weise Gewalt eingesetzt oder in ihrem Gewahrsam befindliche Personen grausamer, unmenschlicher oder

erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen haben. Die Übereinstimmung in den Aussagen der mutmaßlichen Opfer und die Regelmäßigkeit, mit der amnesty international Vorwürfe über Übergriffe der Polizei zugingen, haben die Organisation seinerzeit zu dem Schluss geführt, dass Fälle polizeilicher Misshandlungen nicht als isolierte Einzelvorkommnisse angesehen werden konnten. Vielmehr ließen sie ein deutliches Muster der Misshandlung von Ausländern und Angehörigen ethnischer Minderheiten durch die Polizei erkennen. In den Berichten von 1995 und 1997 waren die Schicksale mehrerer Menschen beschrieben worden, die durch das Vorgehen der Polizei schwere Verletzungen davongetragen hatten.

Exzessive Gewalt gegenüber Häftlingen

In den zurück liegenden Jahren hat amnesty international weiterhin - wenn auch in vergleichsweise geringerer Zahl - von Vorwürfen über polizeiliche Misshandlungen und exzessive Gewaltanwendung gegenüber Häftlingen Kenntnis erhalten. Des Weiteren hat die Organisation von einigen Zwischenfällen erfahren, bei denen Polizisten unter umstrittenen Umständen Menschen erschossen haben. Ein signifikanter Anteil der Vorwürfe über Misshandlungen und den Einsatz exzessiver Gewalt ist von ausländischen Staatsbürgern oder von Deutschen ausländischer Herkunft erhoben worden. Die meisten Beschwerdeführer berichteten amnesty international, Polizeibeamte hätten sie mit Fußtritten und Fausthieben traktiert oder sich auf sie gekniet, um ihnen ganz bewusst Schmerzen zuzufügen. Einige gaben an, ihnen seien die Arme schmerzhaft hinter den Rücken gezogen worden oder man habe ihre mit Handschellen gefesselten Handgelenke verdreht. Die allermeisten Misshandlungsfälle, die amnesty international zur Kenntnis gelangt sind, haben sich bei der Festnahme der mutmaßlichen Opfer oder in Polizeihaft zugetragen. Andere Berichte sprachen von Misshandlungen und der Anwendung übermäßiger Gewalt gegenüber ausländischen Staatsbürgern, die aus Deutschland abgeschoben werden sollten. Auch wenn die Zahl der amnesty international bekannt gewordenen Vorwürfe über Misshandlungen und exzessive Gewaltanwendung durch die Polizei eine rückläufige Tendenz andeutet, sind die deutschen Behörden angesichts der Schwere einiger der vorgebrachten Anschuldigungen und der zum Teil erheblichen Verletzungen, die die Beschwerdeführer davongetragen haben, gefordert, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und alle nur denkbaren Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung derartiger Praktiken zu ergreifen. (...)Anlass zu Kritik geben ... weiterhin die übermäßig lange Dauer der strafrechtlichen Ermittlungen, das offenkundige Widerstreben bei manchen Staatsanwaltschaften, mutmaßliche Fälle polizeilicher Misshandlungen an die Gerichte weiterzuleiten, die hohe Zahl von Gegenanzeigen seitens der Polizei und die Tatsache, dass bisweilen eher symbolische Strafen verhängt werden, die der Schwere der Tat nicht gerecht zu werden scheinen. (...)

Der ai-Bericht "Erneut im Fokus. Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen und den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt in Deutschland" ist abrufbar unter: www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/windexde/LB2004001

20. Ukraine: "Kampf um Freiheit - was immer das heißt." Über Träume von Demokratie, Basisbewegung und westlinke Verschwörungsthesen. Ein Gespräch

Rubrik: Ukraine · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:17

Selten wurde eine Rebellion gegen die etablierten Kräfte des Staates so bejubelt wie die "orange Revolution" in der Ukraine. Von Grün bis Schwarz, in den USA ebenso wie in Europa wusste man: Der sympathische Kampf der ukrainischen Opposition beweist die Attraktivität des westlichen Demokratiemodells und eröffnet außerdem noch hoffnungsvolle Perspektiven in Richtung Europäische Union. Angesichts dieser Einigkeit ließ der linke Gegenreflex nicht lange auf sich warten. Die deutlich wirtschaftsliberalen Töne von Teilen der Juschtschenko-Fraktion und die in der Tat erhebliche Unterstützung durch US-amerikanische NGOs veranlassten viele Linke, die Ereignisse in der Ukraine eher skeptisch zu beurteilen. Maksym Butkevych ist ein Basis- und Internet-Aktivist und schreibt u.a. für das englische Zeitungsprojekt schNEWS (s. S. 3) und das ukrainische Internetprojekt Maidan. Miriam Edding debattierte mit ihm per E-Mail.

ak: In den westlichen Medien wird die ehemalige ukrainische Opposition unter dem jetzigen Regierungschef Juschtschenko oft als ein monolithischer Block dargestellt. Was aber verbirgt sich tatsächlich hinter "der Opposition"?

Maksym Butkevych: Das ist tatsächlich ein bunt gemischter Haufen. Juschtschenkos Wahlbündnis "Unsere Ukraine" besteht aus vielen ehemaligen Regierungsmitgliedern, wie er selber eben auch eines ist. Außerdem sind Parlamentsmitglieder und Unternehmer beteiligt - allerdings in der Regel nicht solche Tycoon-Typen wie auf der anderen Seite. Natürlich gibt es auch Leute ohne nennenswerten finanziellen Hintergrund. Eine andere politische Kraft innerhalb des Bündnisses ist die Partei von Julia Tymoschenko. Julia ist eine charismatische Politikerin, die unter Juschtschenko Vize-Premierministerin war. Sie gilt als professionelle Technokratin und gehört zu den Superreichen, die von den chaotischen und halbseidenen Privatisierungen der Neunziger profitiert haben. Weiterhin ist die Sozialistische Partei Teil der Opposition. Sie ist moderat links eingestellt, dabei aber nicht sowjet-nostalgisch, und wird von Oleksander Moroz geführt. Diese Partei steht für soziale Gerechtigkeit, einen Stopp der Privatisierungen und den Wechsel von der präsidialen zur parlamentarischen Demokratie. Entscheidend ist aber, dass das tatsächliche Rückgrat des Protests der letzten Wochen autonome Gruppen und Netzwerke waren, die keine der etablierten Parteien unterstützen. Die Bewegung, die Juschtschenko jetzt zum Wahlsieg verholfen hat, ist keine Parteibewegung.

Wie sind diese Gruppen organisiert?

Es sind viele verschiedene, einige sind parteiennah, andere nicht. Die meisten derjenigen, die sich auf den Straßen zusammen gefunden haben, wurden aber durch die Aktionen vereint. Zum Beispiel kamen Leute zum Zeltlager auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew, fanden heraus, dass Essen gebraucht wurde und dann gingen sie eben nach Hause, kochten Essen und brachten es vorbei. Auch das Zeltlager wurde von ganz verschiedenen Gruppen gemanagt. Die bekannteste ist sicherlich die Oppositionsgruppe Prora! ("Es ist Zeit!"). Andere koordinieren sich über informelle Kanäle wie das Internetprojekt Maidan, das als eine nicht hierarchische Webseite der gewaltlosen Oppositionsbewegung gestartet ist. Nachdem über Maidan unterschiedliche Gruppen zusammengekommen waren, gab das Projekt die Initialzündung für verschiedene "reale", also nicht nur im Netz agierende Projekte. Es gibt auch noch viele weitere Initiativen, die ziemlich viele Leute organisieren - im virtuellen wie im realen Raum.

Was waren die Hauptziele der Menschen, die auf den Straßen waren?

Das Recht auf freie, faire Wahlen zu verteidigen war das deklarierte Hauptziel, also wenigstens die allgemeinsten Standards einer partizipativen Demokratie zu etablieren. Manchen ging es auch schlicht um die ganz persönliche Unterstützung Juschtschenkos. Was alle Demonstranten geeint hat, war die Protestpraxis. Es gab den gemeinsamen Willen, gewaltfrei zu protestieren. Und politisch waren sich alle in dem Wunsch einig, die Herrschaft des alten Regimes, das die Ukraine seit mehr als zehn Jahren regiert hatte, zu beenden und es durch eine Regierung zu ersetzen, die transparenter, demokratischer und humaner ist.

Viele westeuropäische Linke beurteilen das Projekt EU hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzung neoliberaler Standards. Vor diesem Hintergrund sieht es dann so aus, als ob die sozialen Bewegungen in den ex-kommunistischen Staaten sowohl der EU als auch dem Neoliberalismus ziemlich kritiklos gegenüber stehen. Wie siehst du das in Bezug auf die Bewegung in der Ukraine?

Lass es mich so sagen: Die Menschen, besonders in großem Elend, denken normalerweise nicht in solchen Begriffen wie "neoliberale Wirtschaftsordnung". Sie möchten rechtzeitig ihr Gehalt bekommen und ein Minimum an sozialer Sicherheit haben. Und dieses Minimum sieht heute in der Ukraine und in der EU sehr unterschiedlich aus. Aber ich würde nicht sagen, dass die Leute wirklich eine neoliberale Wirtschaftsordnung wollen. In der Ukraine hat man das polnische Beispiel einer wirtschaftlichen Schock-Therapie mit großem Misstrauen zur Kenntnis genommen. Ein Problem ist jedoch in der Tat, dass die PolitikerInnen häufig korrupte Privatisierung versus transparente Privatisierung als die einzig möglichen Alternativen präsentieren.

Die Leute in den Straßen von Kiew ging es mehr darum, der Korruption ein Ende zu bereiten und darum, die Gesellschaft zu demokratisieren - und nicht um ein bestimmtes Wirtschaftsmodell. Auch innerhalb des Wahlbündnisses gibt es da keine eindeutige Linie: Während Juschtschenkos Partei als eher wirtschaftsliberal gilt, lehnen die Sozialisten neoliberale Politik definitiv ab - so wie auch viele der protestierenden Menschen. Juschtschenko selbst wiederum hat sich, als er an der Regierung war, nicht wirklich als neoliberaler Premierminister hervor getan. Er hat zwar eine monetäre Politik betrieben, war aber sehr zögerlich was eine vorbehaltslose Liberalisierung der ukrainischen Ökonomie betrifft. Und er hat es geschafft, nicht einen einzigen Kredit vom IWF aufzunehmen.

Was waren die Hauptdiskussionen innerhalb der oppositionellen Gruppen? Gab es politischen Austausch mit Bewegungen aus anderen Ländern oder war es eine genuin ukrainische Diskussion?

Während dieser Tage, als es um Sieg oder Niederlage ging, standen aktuelle politische Fragen im Vordergrund. Es ging darum, wie die Demokratisierung der Gesellschaft vorangebracht werden kann, ob die Verbrechen der alten Herrschaftscliquen bestraft werden sollen, ob und bis zu welchem Grad der Präsident zu Gunsten des Parlaments entmachtet werden soll und wie sich die Leute die neu erlernte Fähigkeit zur Selbstorganisierung erhalten können. Es ging darum, die Freiheit der Rede und des Ausdrucks zu garantieren und sich der Propaganda von der bevorstehenden nationalen Teilung zu widersetzen. Und nicht zuletzt ging es auch darum, wie es zu schaffen ist, dass die heutige Regierung nicht das Angesicht des gerade besiegten Feindes annimmt. Der Austausch über diese Fragen fand hauptsächlich im Internet statt. Dabei stand natürlich die spezifische Situation in der Ukraine im Mittelpunkt, aber auch Erfahrungen der polnischen Solidarnosc, aus der jüngeren russischen Geschichte und den Bewegungen in Serbien und Georgien wurden diskutiert.

Es hat große finanzielle Unterstützung für Teile der Opposition aus den USA gegeben. Wer sind die Adressaten dieser Spenden?

Einige US-Stiftungen finanzieren bestimmte ukrainische NGOs, viele davon sind speziell für diese Wahlen gegründet worden. Diese NGOs würden Geld von allen nehmen, die sie unterstützen, egal ob aus den USA oder aus Russland. Aber Russland kam irgendwie nicht auf die Idee, die Opposition zu unterstützen. Neben den NGOs haben einige Internet-Projekte Zugang zu amerikanischen oder europäischen Geldern. Diese aber werden in der Regel von nicht-staatlichen Organisationen verteilt. Wichtig ist aber vor allem, dass Russland auf Seiten der ehemaligen ukrainischen Regierung sehr viel mehr Geld in den Wahlkampf gepumpt hat.

Einige Linke im Westen argwöhnen, dass die "orange Revolution" hauptsächlich von der USA und der EU gesponsert und organisiert wurde. Was ist deine Meinung dazu?

Es ist sehr schwierig, gegen Verschwörungsthesen zu argumentieren. Die Dinge so zu vereinfachen, ist zwar verlockend, aber auch falsch. Sicherlich war bei den Ereignissen der letzten Monate Geld aus dem Westen im Spiel. Aber es ist unmöglich, nur mit Geld so viele Menschen dazu zu bringen, wochenlang auf der Straße auszuharren. Es ist westlinke Tradition, prinzipiell gegen alles zu sein, was offensichtlich von den USA unterstützt wird. Aber manchmal führt diese Haltung zu einer faktischen Unterstützung des sehr viel brutaleren aktuellen Regimes in Russland, das in diesem Fall stark auf der Seite der alten Regierung interveniert hat. Das wiederum interessiert - aus welchem Grund auch immer - dieselben Leute, die immer so misstrauisch sind gegen jegliche US-Einmischung, herzlich wenig. Außerdem war es tatsächlich so, dass der revolutionäre Elan der Ereignisse von den politischen Führern der Opposition unter dem Druck der EU begraben wurde. Herr

Solana und andere EU-Emissäre haben durch ihre Vermittlung zwischen der alten Regierung und der (ehemaligen) Opposition nicht unwesentlich dazu beigetragen, das alte Establishment und besonders Präsident Kutschma vor dem Zorn der Menschen zu schützen und ihre Position auch unter einer Regierung Juschtschenko zu stärken. Durch zu einfache Verschwörungstheorien begräbt man jede Option auf eine populäre Rebellion, denn es wird immer Kräfte geben, die versuchen, diese Rebellion zu beeinflussen. Diese Kräfte kann man dann immer als diejenigen porträtieren, die die Ereignisse selbst organisiert haben.

Was genau hat man sich eigentlich unter Korruption, Mafiastrukturen, Unterdrückung der Medien etc. vorzustellen?

Was Korruption betrifft, ist das ganz einfach: Wenn du bei offiziellen Stellen etwas erreichen willst, dann entscheidet der Bürokrat - und er entscheidet immer für die Seite, die ihm mehr Geld in die Tasche steckt. Unter dem "Organisierten Verbrechen" kann man sich etablierte Strukturen von Kriminellen vorstellen, die reale politische Macht ausüben und allgemein bekannt sind. Aus meiner Zeit als Fernsehjournalist erinnere ich noch sehr gut, was "Unterdrückung der Medien" bedeutet: Nachrichten über innenpolitische Themen mussten immer durch die Hände eines Zensors gehen, und es war verboten, den Präsidenten zu kritisieren oder über Politiker der Opposition zu berichten. Manchmal musste ein Journalist eine Story abliefern, bei der ihm geradezu befohlen wurde, sie genau auf diese Weise und mit jener Aussage zu schreiben. Die Rolle des Zensors hat bei Zeitungen normalerweise der Herausgeber übernommen, der sein Verhalten dann als Herausgeberpolitik deklarierte - schließlich war Zensur ja nach geltenden Recht verboten. Bis vor kurzem existierten überhaupt keine unabhängigen TV-Sender, so dass JournalistInnen einfach keine anderen Arbeitgeber fanden. Nur unter den Printmedien gab es einige wenige Unabhängige, hauptsächlich im Internet. Und es war nicht selten, dass unliebsame JournalistInnen zusammengeschlagen oder sogar ermordet wurden.

Verliert die Basisbewegung jetzt nach dem Wahlsieg von Juschtschenko ihr Mobilisierungspotenzial? Oder definiert sie neue Ziele?

Ich persönlich glaube, dass viele derjenigen, die auf der Straße waren, sich hinters Licht geführt fühlen werden, wenn die erste Euphorie verflogen ist. Oder zumindest werden sie merken, dass sie sehr viel mehr erwartet haben. Die Protestorganisationen, NGOs und Basisgruppen werden sicherlich sehr auf der Hut sein. Trotz aller Skepsis: Heute scheint die bloße Vorstellung, dass die Menschen die politische Situation selbst in die Hand nehmen, längst nicht mehr so undenkbar wie noch vor zwei Monaten. Der Zugang eines großen Teils der Bevölkerung zur Politik hat sich dramatisch verändert.

Die Leute, mit denen ich zusammen arbeite, werden höchstwahrscheinlich das bleiben, was sie waren: Anarchisten, Internetaktivisten und Nachbarschaftsgruppen, die auf der Graswurzelebene die Menschenrechte verteidigen. Wenn wir dieses Moment stark machen, haben wir die Möglichkeit, wenigstens zu versuchen, den Aktivitäten der Autoritäten auf die Finger zu gucken. Vielleicht ist diese "Wachhund-Funktion" sozialer Bewegungen ganz alltäglich für Leute im Westen - aber in der Ukraine ist es eben das erste Mal, dass wir die Möglichkeit einer Basisorganisierung haben. Das wichtigste Ergebnis der Ereignisse der letzten Wochen ist nicht der Wahlsieg des "good guy", sondern die Tatsache, dass die Menschen in der Ukraine das erste Mal seit Jahrzehnten erfahren haben, dass sie etwas verändern, sich selbst organisieren und das überwältigende Gefühl von Ohnmacht loswerden können, das vorher allgegenwärtig war.

Übersetzung aus dem Englischen: Miriam Edding

Weitere Informationen: http://eng.maidanua.org, www.schnews.org.uk/archive/pdf/news476.pdf

21. Auch eine Art von Straßenstrich. TagelöhnerInnen in San Francisco

Autor: Henrik Lebuhn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:02

"Am öffentlichen Interesse für ihre Probleme gemessen, könnten die meisten Einwanderer aus Mexiko oder Zentralamerika genauso gut auf dem Mond leben", heißt es lakonisch in Mike Davis' Los-Angeles-Buch "City of Quartz". Viel hat sich daran bis heute nicht geändert, auch nicht ein paar hundert Meilen weiter nördlich an der Golden Gate Bridge.

Ich bekomme 50 Dollar für die ersten drei Stunden. 15 Dollar für jede weitere. Draußen auf der Straße kriegst Du vielleicht sieben oder acht Dollar pro Stunde. Und du weißt nie, ob dein Patron dich auch tatsächlich bezahlt." Miguel arbeitet als Tagelöhner in San Francisco. Doch im Gegensatz zu den meisten anderen bietet er seine Arbeitskraft nicht auf der Straße an. Miguel ist Mitglied des Day Labor Program (DLP), einer Non-Profit-Organisation, die migrantische Tagelöhner betreut. (1) Sie kümmert sich um die Job-Vermittlung, es gibt eine Rechtsberatung und einen festen Stundenlohn. Jeden Freitag treffen sich alle ArbeiterInnen zu einem gemeinsamen Plenum. Sie finden hier ein Mindestmaß an Sicherheit in einer ansonsten total prekären Situation. Der Haken an der Sache: Zur Zeit wartet Miguel etwa zehn Tage, um für einen Tag Arbeit zu bekommen. Danach geht das Warten von vorne los.

Miguel kommt aus Peru. Er ist etwa fünfzig Jahre alt, ein drahtiges Männchen mit einer viel zu großen Sonnenbrille. "Ich bin ganz legal als Tourist eingereist, um meinen Sohn hier zu besuchen," erzählt er. "Die haben mir ein Visum für drei Monate gegeben. Danach bin ich einfach geblieben", illegal, "indocumentado". Seitdem arbeitet Miguel als Tagelöhner, als "Jornalero": im Straßenbau, als Tischler, als Gärtner und als Küchenhilfe, was immer auch gerade kommt. Das wenige Geld, das er zur Seite legen kann, schickt er seiner Familie in Peru, genauso wie zehntausende andere migrantische TagelöhnerInnen in San Francisco und im ganzen Land.

Für eine Hand voll Dollar

Die Anzahl der illegalisierten MigrantInnen in den USA ist schwer zu schätzen. Die US-amerikanischen Einwanderungsbehörden gehen davon aus, dass gegenwärtig etwa acht bis zehn Millionen Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in den USA leben. Längst nicht alle nehmen das Risiko auf sich, ohne Papiere - "mojado" - in die USA einzureisen. Bei dem Versuch, die streng bewachte Grenze zwischen den USA und Mexiko illegal zu überqueren, kamen allein im Jahr 2003 über 300 Menschen ums Leben. Sie erstickten in Containern, verdursteten in abgelegenen Wüstengebieten oder wurden Opfer von Überfällen. Mehr als die Hälfte der illegalisierten MigrantInnen reisen mit einem gültigen Visum in die USA ein und entscheiden sich erst dann zu bleiben. Weit über 100.000 sind es pro Jahr, die die Einwanderungsbehörden so an der Nase herumführen.

Einmal in den USA angekommen, ist der informelle Arbeitsmarkt für viele der erste und vorerst einzige Weg, das teure Leben zu finanzieren und vielleicht auch noch etwas für die Familie zu Hause wegzulegen. Fehlende Papiere und mangelnde Englischkenntnisse sind die zentralen Ausschlusskriterien für reguläre Jobs. Die eigene Arbeitskraft auf der Straße anzubieten, steht dagegen allen offen, zumindest allen Männern. In Südkalifornien sind 99% der Jornaler@s männlich (2), 98% haben einen Migrationshintergrund, 84% befinden sich illegal in den USA. Die überwiegende Mehrheit kommt aus Mexiko. Eine Studie der Universität von Los Angeles recherchierte allein in Südkalifornien über 100 öffentliche Plätze, an denen TagelöhnerInnen ihre Arbeitskraft regelmäßig anbieten. In den Straßen der migrantisch geprägten Stadtviertel, wie etwa dem Mission District in San Francisco, finden sich Jornaler@s für jede Art von Arbeit. Spezialisierte Arbeitsmärkte etablieren sich oft in der Nähe von Baumärkten, Baustellen oder Gartenanlagen. An einigen wenigen Orten gründen sich sogar Non-Profit- oder auch Profit-Organisationen, die die TagelöhnerInnen systematisch vermitteln. In San Francisco, einer der teuersten Städte in den USA, verdienen diese ArbeiterInnen zwischen sechs und zehn Dollar pro Stunde, manchmal auch mehr. Damit liegen die Jornaler@s deutlich über dem kalifornischen Mindestlohn, der gerade erst im Juli 2004 auf 6,75 Dollar angehoben wurde. Neben dem Problem der Illegalität mag das einer der Hauptgründe sein, weswegen viele MigrantInnen über Jahre hinweg

als Jornaler@s arbeiten. Diese Arbeit ist zwar extrem unsicher und saisonabhängig, doch in den USA ist auch der formelle Arbeitsmarkt für niedrig qualifizierte ArbeiterInnen kaum noch existenzsichernd.

Das Geschäft auf der Straße ist hart. Bereits früh am Morgen finden sich die Männer an Kreuzungen und Straßenecken ein. Bis in den späten Nachmittag drücken sie sich in kleinen Gruppen an die Häuserwände oder sitzen wartend auf dem Bürgersteig. In Pick Ups und Trucks rollen potenzielle Arbeitgeber durch die Straßen und checken die Männer durch die Autofenster ab, Stunde um Stunde, Tag für Tag. TagelöhnerIn sein, heißt vor allem eines: warten können. Der Umgang unter den Jornaler@s scheint freundlich, aber kaum kameradschaftlich. Die Konkurrenz ist allgegenwärtig: Das Angebot an Arbeitskraft ist groß, der Patron kann wählerisch sein. Der perfekte Tagelöhner ist jung und kräftig, hat bereits Arbeitserfahrung in den USA gesammelt und spricht ein paar Brocken Englisch. So wie Jaime. Er ist etwa 40 Jahre alt und kommt aus dem mexikanischen Bundesstaat Veracruz. Seit drei Jahren lebt er in San Francisco und arbeitet im Mission District. Meist steht er an der Straßenecke "Cesar Chavez" und "Florida". Ob er nie Ärger mit der Polizei habe, die regelmäßig durch das Viertel patroulliert? "Nein", meint Jaime. Vor einiger Zeit hätten die Nachbarn hier öfter mal die Polizei gerufen, weil sie sich über das Herumlungern vor ihren Häusern aufgeregt hätten. Aber seit dies nicht mehr der Fall sei, würden sich die Ordnungshüter nicht weiter für sie interessieren. "Das ist wie ein informelles Abkommen. Wir bleiben im Latinoviertel und machen keinen Ärger, und die lassen uns zufrieden."

Wer den Job will, muss warten können

In der Regel wird Jaime stundenweise für die Drecksjobs auf Baustellen angeheuert. Das Geld reicht gerade, um sich mit zwei anderen Latinos ein Zimmer zu teilen. 400 bis 600 Dollar im Monat kostet zur Zeit ein Zimmer in San Francisco. Einige seiner Kollegen haben Verwandte in der Stadt, bei denen sie unterkommen können. Andere schlafen unter freiem Himmel. "Das Klima hier ist mild und viele Jornaler@s bleiben lieber draußen als in den Obdachlosenunterkünften," erzählt Jaime. Was von seinem Lohn übrig bleibt, schickt auch er an seine Familie nach Mexiko. Auf die Frage, ob er noch einen anderen Job habe, falls mal niemand kommt, schüttelt Jaime den Kopf. Als Indocumentado würde er eigentlich immer hier an der Straße stehen. Und wenn ihn keiner will, dann geht er eben leer aus. Der Vergleich zum Straßenstrich drängt sich geradezu auf. Hält ein Wagen an, so stürzt sich meist gleich eine ganze Gruppe von Jornaler@s auf den Fahrer. Wer sich nicht schnell genug auf die Rückbank drängelt, hat Pech gehabt. Manchmal vergehen Tage, bevor der nächste Pick Up hält. Allein in Südkalifornien verdienen etwa 15.000 bis 20.000 Menschen so Tag für Tag ihren Lebensunterhalt.

Miguel vom Day Labor Program ist froh, dass er nicht auf der Straße steht. Dort gibt es zwar mehr Arbeit, doch der Stundenlohn ist niedriger und die Konkurrenz härter. Außerdem hofft er, so an einen regelmäßigen Job zu kommen. Morgens um halb acht trägt er sich zusammen mit den anderen in eine Liste ein. Dann heißt es warten, genau wie auf der Straße. Die Stadt hat der Organisation ein Grundstück gleich neben einem kleinen Park im Mission District zugewiesen. Hier stehen die Männer in kleinen Gruppen zusammen, unterhalten sich, lesen Zeitung und tauschen Neuigkeiten aus. In zwei Containern haben die MitarbeiterInnen des Programms zusammen mit den Jornaleros ein Büro und einen Aufenthaltsraum eingerichtet, Kaffee gibt es umsonst. Von sieben Uhr morgens bis in den frühen Nachmittag ist Betrieb. Wenn ein Arbeitgeber anruft, werden die vermittelt, die oben auf der Liste stehen, alle anderen rücken auf. Manchmal bekommt Miguel mehrmals in der Woche einen Job, vor allem wenn das Wetter gut ist. Doch zur Zeit regnet es viel. Insbesondere Garten- und Landschaftsarbeiten sind knapp. Die Regeln sind streng. Wer an zwei aufeinander folgenden Tage nicht erscheint, verliert seinen Listenplatz und muss sich neu eintragen. Wer während der Arbeitszeit trinkt oder mit Drogen erwischt wird, stiehlt oder Ärger mit anderen ArbeiterInnen anfängt, wird "suspendiert". Über die Dauer des Ausschlusses entscheiden die Jornaleros auf ihrem Freitagsplenum.

"Die Leute können von dem wenigen Geld kaum leben. Also versuchen wir ihnen zu helfen, wo es nur geht," sagt Hector Valdez, der für das Day Labor Program arbeitet. "Wir vermitteln sie an Obdachlosenunterkünfte, wir haben einen ärztlichen Notdienst und auch einen Zahnarzt, der regelmäßig kommt." Doch das DLP versteht sich weder als karitative Einrichtung noch als Jobvermittlung. Es ist ein sozialer Ort, der sowohl einen Beitrag zur unmittelbaren Sicherung der Lebensverhältnisse migrantischer TagelöhnerInnen leistet als auch Raum für längerfristige Politisierungs- und Organisationsprozesse bietet. 13 Jahre ist es jetzt her, dass eine Gruppe von MigrantInnen zusammen mit lokalen PolitaktivistInnen das DLP gegründet hat. Seit 2001 gibt es auch eine Kooperative, die ausschließlich mit migrantischen Frauen arbeitet. Vor vier Jahren haben sich die Jornaler@s La Raza angeschlossen, eine Art Dachverband für migrantische Projekte und Initiativen in San

Francisco. (3) Seitdem ist das DLP nicht nur stärker öffentlich wahrnehmbar, sondern vertritt die Jornaler@s auch in juristischen Fragen. Arbeitgeber, die den Lohn vorenthalten, müssen nun mit einer Anzeige durch die Anwälte von La Raza Centro Legal rechnen. Ähnliche Projekte gibt es auch in New York, Oakland, Los Angeles und anderen US-amerikanischen Großstädten. Illegalisierte MigrantInnen und prekär Beschäftigte organisieren sich in Workers Centers, um für Arbeits- und Aufenthaltsrechte zu streiten und die Brücke in die Gewerkschaftslinke zu schlagen.

Das Überleben organisieren

In San Francisco hat das Day Labor Program mittlerweile knapp 200 Mitglieder. Jede Woche finden Seminare zu politischen und sozialen Themen statt, und StudentInnen der San Francisco State University bieten Englisch- und Computerkurse an. Als im Herbst 2004 die Hotelangestellten in San Francisco streikten, versuchten viele Hotels, sich im Mission District mit billigen Streikbrechern zu versorgen. Auf dem Freitagsplenum des DLP wurde beschlossen, keine Jornaler@s an die Hotels zu vermitteln. ArbeiterInnen und Angestellte des DLP zogen tagelang durch das Viertel, um die TagelöhnerInnen auf den Straßen aufzufordern, sich mit dem Streik zu solidarisieren.

Doch die politische Arbeit ist mindestens genauso frustrierend wie der Arbeitsalltag auf der Straße. Öffentliches Desinteresse trifft sich hier mit der schwierigen Situation der Jornaler@s. Viele arbeiten als WanderarbeiterInnen je nach Saison in verschiedenen Städten. Ein kontinuierliches politisches Engagement ist unter diesen Umständen schwierig. Die Gewerkschaften interessieren sich kaum für illegalisierte MigrantInnen. Da diese teilweise täglich unterschiedliche Arbeiten verrichten, sind sie auch kaum einer bestimmten Gewerkschaft zuzuordnen. Und gerade für die obdachlosen Jornaler@s dreht sich der Alltag meist ums bloße Überleben. Für Politik bleibt wenig Zeit und Kraft.

Miguel hat diese Woche einen Job als Maler bekommen. Für zwei Tage, d.h. 14 Stunden für 195 Dollar. Auf der Straße hätte er vielleicht 110 Dollar bekommen. Oder auch gar nichts.

Henrik Lebuhn

Anmerkungen:

1) http://www.lrcl.org/DL_home.html

2) Das "@"-Zeichen ist das spanische Pendant zum großen "I" im Deutschen.

3) http://www.lrcl.org/

22. Der Präsident zwischen den Stühlen. Widersprüchliche Erwartungen an Arafats Nachfolger

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:32

Aus den palästinensischen Präsidentschaftswahlen, die nach dem Tode Arafats anberaumt wurden, ist Mahmoud Abbas (Abu Mazen) wie erwartet mit komfortabler Mehrheit (etwa 60%) als Sieger hervorgegangen. Die Beteiligung war mit etwa 50% geringer als vorhergesagt. Dennoch war allenthalben von einem historischen Meilenstein die Rede. Ob Abbas die von allen Seiten in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann, hängt indes nur begrenzt von ihm selbst ab.

Unregelmäßigkeiten und Wahlbehinderungen wurden vor allem in Ost-Jerusalem sowie in einigen anderen Westbank-Städten registriert, von den internationalen WahlbeobachterInnen jedoch nur halblaut kritisiert. Der Verzicht auf eine Gegenkandidatur wurde dem in israelischer Haft befindlichen populären Fatah-Führer Marwan Barghouti mit dem Versprechen versüßt, Wahlen innerhalb der Fatah durchzuführen; das würde seinen Einfluss innerhalb der Partei stärken. Der ohne eigene Hausmacht chancenlose Bürgerrechtler Mustafa Barghouti errang mit 20% einen Achtungserfolg, den er als Basis für seine weitere politische Laufbahn nutzen könnte.

Ist die alte Garde fähig zu Reformen?

Mit der Wahl des PLO-Gründungsmitglieds Abbas hat die alte Garde der "Tunesier" und ehemaligen Verfechter des Oslo-Prozesses die Oberhand behalten. Es bleibt abzuwarten, ob ausgerechnet dieser korrupteste Teil der palästinensischen Elite in der Lage sein wird, grundlegende Reformen der Autonomiebehörde einzuleiten.

Die für Juli angesetzten Parlamentswahlen unter Beteiligung der Hamas und des Islamischen Jihad werden als weit bedeutendere machtpolitische Weichenstellung eingeschätzt. Die Hamas bleibt als einflussreiche Opposition ein von Abbas nicht kontrollierbarer Machtfaktor, der sich nun anschickt, auch parlamentarisch aufzutreten. Mit ihrem Wahlboykott bei den ersten Wahlen 1996 hatte sich Hamas um Einflussmöglichkeiten auf die palästinensische Autonomiebehörde gebracht. Die nun gewählte Variante des Teilboykotts könnte der erste Schritt einer Transformation der Hamas zu einer politischen Partei werden, ähnlich wie im Fall der libanesischen Hizbollah. Sollte Hamas sich bereit erklären, Selbstmordattentate zu Gunsten von parlamentarischer Arbeit einzustellen, wäre eine Menge gewonnen. Abbas hätte einen bedeutenden politischen Sieg errungen, der seine Verhandlungsposition gegenüber Israel stärken würde. Eine solche Entwicklung würde zur Überwindung der politischen Zersplitterung und Schwäche der palästinensischen Institutionen beitragen und ist daher ausdrücklich zu begrüßen. Während die PalästinenserInnen die Erfolgsmöglichkeiten des neuen Präsidenten in Verhandlungen mit Israel skeptisch beurteilen, gibt es gleichzeitig hohe Erwartungen mit Blick auf die angekündigten politischen und administrativen Reformen der Autonomiebehörde.

Fraglich ist, ob Sharon mitspielt. Hamas gilt als erklärter Todfeind der israelischen Regierung, und die Liste israelischer Attentate auf Hamas-Aktivisten ist ziemlich lang - auch in Zeiten von relativer Waffenruhe oder Verhandlungen zwischen Hamas und Autonomiebehörde über eine Einstellung oder Begrenzung des bewaffneten Kampfes. Obwohl dadurch schon viel politischer Schaden angerichtet wurde, besteht kein Grund zu der Annahme, Sharon werde seine Politik der gezielten Liquidierungen aufgeben. Die parallel zu den palästinensischen Wahlen vereidigte neue Regierung Sharon dürfte sich im Hinblick auf den Umgang mit der palästinensischen Bevölkerung wenig von ihrer Vorgängerin unterscheiden: Von Abbas wird erwartet, er möge Israel das Problem des Terrors vom Hals schaffen, die Milizen entwaffnen und eine ebenso transparente wie domestizierte palästinensische Autonomiebehörde schaffen, die als willfährige Verhandlungspartnerin Israels zu dienen bereit ist.

Währenddessen bleibt die Besatzung mit unverminderter Härte bestehen: Die Razzien schwer bewaffneter Soldaten in dicht besiedelten Wohngebieten, die Zerstörung von Häusern, der Landraub, der Bau des Sperrwalls, die drastische Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb der palästinensischen Gebiete und damit einhergehende wirtschaftliche Probleme prägen weiterhin den Alltag in den besetzten Gebieten.

Die Parzellierung der Gebiete auch innerhalb der Westbank durch zusätzliche Sperranlagen wird vorangetrieben. Bald werden sie einer Vielzahl voneinander isolierter Kaninchenkäfige ähnlicher sein als einem Staat in spe. Aus der besonders betroffenen Gegend nördlich von Jerusalem, deren etwa 200.000 palästinensische BewohnerInnen bezüglich Arbeitsplätzen und Infrastruktur von der Hauptstadt abhängig sind, berichtete Dani Rubinstein: "Die Bewohner dieser Stadtteile sind auch schon davon informiert worden, dass weitere interne Zäune gebaut werden, die die Siedlungen mit Passagen versehen werden. Diese Zäune werden in einer zweiten Phase des Mauerbaus fünf große Inseln schaffen, in denen die palästinensische Bevölkerung in Quasi-Ghettos zusammengepfercht wird." (1)

Auch der Siedlungsbau in der Westbank geht weiter: Gegenwärtig werden vor allem Siedlungen in der Umgebung des Sperrwalls ausgebaut, die in Zukunft ohnehin von Israel annektiert werden sollen. Über weitergehende Fragen wie den Status Jerusalems, die Flüchtlinge von 1948 oder die palästinensischen Gefangenen will die israelische Regierung ohnehin nicht verhandeln. Vor diesem Hintergrund bleibt offen, ob und wie sie einem Präsidenten Abbas überhaupt entgegenkommen würde, um ihm die Erfolge zu bescheren, die allein seinen Verhandlungskurs vor dem palästinensischen Wahlvolk legitimieren können.

Hamas und Jihad wollen ins Parlament

Bislang zumindest scheint es, als würde Sharon seinen unilateralen Kurs weitgehend beibehalten wollen. Der einseitige Rückzug aus dem Gazastreifen ist erklärtes Ziel und letztlich Existenzgrundlage der großen Koalition zwischen Likud und Arbeitspartei. Bei guter Führung wird die neue palästinensische Regierung die Umsetzung der israelischen Rückzugspläne in begrenztem Maß mitgestalten können. Hinsichtlich des Westjordanlandes sind Verhandlungen mit einem Premier Sharon kaum Erfolg versprechend. Mehr als die Räumung einiger isolierter Siedlungen und der Rückzug der Armee aus den palästinensischen Bevölkerungszentren ist von ihm nicht zu erwarten. Kein Arafat, erst recht kein Abbas oder andere palästinensische Politiker könnten dies vor der eigenen Bevölkerung als Verhandlungserfolg verkaufen.

Somit stehen die Chancen auf eine Überführung des israelisch-palästinensischen Konfliktes in konstruktivere Bahnen auch nach der Wahl einer "neuen" palästinensischen Führung denkbar schlecht. Der Plan einer Trennung der beiden Gesellschaften durch Mauern, Gräben und Stacheldraht bei gleichzeitiger Beibehaltung einer weitgehenden israelischen Kontrolle über das gesamte Land, wie ihn israelische Politiker von Barak bis Sharon seit Jahren verfolgen, ist auf Grund der demographischen Verflechtungen sowohl innerhalb Israels als auch in den besetzten Gebieten nur durch Errichtung eines Apartheidsystems zu verwirklichen. Isolierung vom israelischen Markt, unzureichende eigene Ressourcen und die territoriale Zersplitterung durch Siedlungsblöcke und Sperranlagen würden die Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates von vornherein untergraben und eine Stabilisierung der Region verhindern.

Denn die Besatzung selbst ist das Problem. Sie ist weder zu rechtfertigen noch praktisch auf Dauer aufrecht zu halten. Der ehemalige Chef des Militärgeheimdienstes, Amos Elka, hat in einem Interview auf die große Menge verschossener Munition der israelischen Armee während der ersten 30 Tagen der zweiten Intifada hingewiesen: "Meine Zahl war 1,3 Millionen Kugeln in der Westbank und in Gaza. Dies ist eine strategische Zahl, die besagt, dass unsere Soldaten schießen, schießen, schießen ..." (2)

Trotz aller militärischer Überlegenheit Israels: PalästinenserInnen werden in einigen Jahren die demographische Mehrheit in Israel/Palästina darstellen. Die Aussicht auf eine überwiegend junge, jeglicher Perspektiven beraubte, gegängelte und eingesperrte Bevölkerung in direkter Nachbarschaft israelischer Städte ist eine Garantie für politische Unruhen und gewaltsamen Protest. Dessen fortdauernde Eindämmung würde auf Dauer auch für Israel zu kostspielig, ganz abgesehen von dem damit in der Weltöffentlichkeit verursachten politischen Schaden. Dauerhaft unerträgliche Lebensumstände in den besetzten Gebieten dürften gerade die gebildeten und besitzenden palästinensischen Schichten über kurz oder lang ins Exil treiben, die für Israel als potenzielle Träger einer Verhandlungslösung wichtig sind; unter den Christen in Bethlehem ist das bereits zu beobachten.

Während selbst pragmatische Likud-Politiker wie der Jerusalemer Bürgermeister Ehud Olmert in Anbetracht dieser Perspektiven auf einen weitgehenden Rückzug Israels auch aus der Westbank drängen, wird Sharon versuchen, nur die palästinensischen Bevölkerungszentren einer begrenzten Autonomie zu überlassen und möglichst große Teile des Umlandes zu annektieren oder dauerhaft zu kontrollieren, unter Beibehaltung

zumindest aller größeren Siedlungsblöcke. Selbst dies wird ihm von Seiten der national-religiösen Siedlungsbewegung als Verrat ausgelegt. Es ist längst nicht ausgemacht, dass Sharon sich mit seinem "Disengagement-Plan" gegen die Siedlerlobby letztlich wird durchsetzen können. Der widersprüchliche Kurs Sharons, einerseits die Kolonisierung der Westbank voranzutreiben und gleichzeitig von der Notwendigkeit einer physischen Trennung zwischen Israelis und PalästinenserInnen unter Aufgabe einiger Siedlungen zu reden, zeugt von seinem Bemühen, einander ausschließende Entwürfe verschiedener Akteure in Israel unter einen Hut zu bringen.

Auch wenn die israelischen Medien derzeit zu entnehmenden Warnungen, die Räumung der Gaza-Siedlungen werde zu Massenprotesten und einer Erosion der Armeedisziplin führen, ja letztlich das Zerbrechen des Staates vorwegnehmen, übertrieben erscheinen, wird Sharons Plan nicht der erhoffte Schritt auf dem Weg zu einer dauerhaften Lösung des Konfliktes sein. Er ist eher ein letzter Versuch, sich um den Preis für dessen Beilegung herumzudrücken. In den Worten von Ilya Leibowitz: "Eine momentane Laune des Premierministers namens ‚Disengagement-Plan` kam auf hunderttausende von Bürgern herab wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die selben Leute, die diesen planlosen ‚Plan` ohne jedwede längerfristige Strategie und ohne erkennbare Politikstrategie gegenüber dem Rest der Welt ausgeheckt haben, sind auch verantwortlich für die massenhafte Verweigerung (von Soldaten, die keine jüdischen Siedler evakuieren wollen; Anm. A.R.), vor der sich viele Menschen im Land nun fürchten." (3)

Sharons "planloser Plan"

Eine neue palästinensische Regierung unter Mahmoud Abbas und ein durch Neuwahlen gestärktes palästinensisches Parlament können durch geschicktes Taktieren die israelische Regierung politisch durchaus unter Druck setzen. Bei auch nur annähernd umgesetzten Reformen der Autonomiebehörde und einem spürbaren Trend zum Gewaltverzicht seitens der bewaffneten Gruppen wird die israelische Regierung in echte Erklärungsnöte kommen, wenn es um Gründe für ihre mangelnde Verhandlungsbereitschaft geht. Aber auf Grund der realen Machtverhältnisse kann keine palästinensische Regierung die Besatzung aus eigener Kraft abschütteln. Internationaler Druck auf Israel ist nötig, weil der politische Wille für eine Beendigung der Besatzung und den Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten in Israel bis auf weiteres nicht stark genug ist.

Achim Rohde

Anmerkungen:

1) Haaretz, 27. Juni 2004. Zitiert nach Ran Cohen, Nennt es nicht Mauer!, inamo 40 (Winter 2004), S. 47

2) Haaretz, 11 Juni 2004. Zitiert nach Yitzhak Laor, Eine Kugel für jedes palästinensische Kind. "Habt Ihr beiden euch gestritten"?, in: inamo 40 (Winter 2004), S. 42

3) Haaretz, 13. Januar 2005

23. Nach der Flut. Politische Dimensionen einer Naturkatastrophe

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:39

Der Tsunami im Indischen Ozean wird in manchen Medienkommentaren inzwischen als "größte Naturkatastrophe seit Menschengedenken" gehandelt. Nachzuweisen, dass diese Behauptung sachlich kaum haltbar ist, ist leicht. Festzustellen, dass diese Art des Katastrophen-Rankings in der Regel sensationsheischend und deshalb elend ist, ist ebenfalls leicht. Gleichwohl reflektiert eine solche Äußerung auch die Schwierigkeit, das Ereignis Tsunami schreibend zu erfassen. In der Tat: Will man es nicht bei der Be-Schreibung von Leid und Not belassen, stellt sich die Frage nach der politischen Dimension dieses Ereignisses. Diese ist zunächst wenig sichtbar, handelt es sich doch um eine Naturkatastrophe - und eine solche fällt zunächst aus dem Rahmen all jener "gesellschaftlichen Katastrophen", die, z.B. in dieser Zeitung, normalerweise Gegenstand politischen Schreibens sind.

Allerdings hält diese Differenz - von "der Natur" versus von "der Gesellschaft" gemachte Katastrophe - nicht nur in diesem Fall einem zweiten Blick nicht stand. Denn auch wenn die Flutwelle selbst nur ihrer eigenen und somit keiner Logik von Macht, Herrschaft oder Ausbeutung folgte, so trafen doch spätestens im Moment des Aufpralls der Flut an den Küsten beide Logiken zusammen. Dass so viele Menschen sterben mussten, ihre Existenzgrundlage verloren, liegt eben nicht in der Natur der Welle, sondern vor allem in der gegenwärtigen Struktur der Welt begründet - und die ist nun mal alles andere als "natürlich". Wie auch immer man die Herrschaft der reichen kapitalistischen Industriestaaten über den Rest der Welt bezeichnet - als post- oder neokolonial, als imperial oder imperialistisch - sicher ist, dass sie nicht zuletzt da vom Abstraktum zum Konkreten wird, wo auf Grund fehlender Vorwarnsysteme und unzureichender Infrastruktur aus einer Naturkatastrophe eine soziale Katastrophe wird.

Am nahe liegendsten ist sicherlich - zumindest für Linke - eine politische Bezugnahme auf den Tsunami, die sich vor allem darauf konzentriert, hinter den internationalen, (supra-)staatlichen Hilfsmaßnahmen die vielfältigen geostrategischen, ökonomischen und militärischen Interessen freizulegen, denen die Flutkatastrophe nunmehr leicht(er)es Spiel macht, lassen diese sich doch jetzt - moralisch abgesegnet von der imaginierten "Weltgemeinschaft" - umso leichter durchsetzen. So notwendig und richtig diese Kritik, so klar ist andererseits auch: Selbstverständlich stehen die reichen Industrienationen in der Pflicht, massiv Wiederaufbauhilfe zu leisten. Misstrauen ist jedoch angebracht, trotz aller vollmundigen Bekundungen, dass diese Hilfe den Betroffenen zukommen und langfristig wirken soll. Denn: Um dies sicher zu stellen, müssten die Betroffenen über die Verwendung von Geldern und Infrastrukturressourcen mitentscheiden können. Gerade das scheint aber nicht in Sicht.

Über diese konkrete Situation hinaus jedoch stellen sich uns außerdem Fragen, die zwar keineswegs neu, aber leider mitnichten geklärt sind: In welchem Verhältnis steht etwa die Forderung nach partizipativ orientierter, lokal verankerter Hilfe zur Notwendigkeit umfassender, staatlicher bzw. suprastaatlicher Wiederaufbauleistung? Welche Reichweite und welches politische Potenzial hat gerade in dieser Situation die Forderung nach bedingungsloser Entschuldung - die nicht zuletzt auch gegen Teile der Regierungen und Eliten in den betroffenen Ländern durchgesetzt werden müsste? Und, allgemeiner noch: Geht es letztlich um die alte Parole "Zerschlagt den IWF" - oder um eine radikale Demokratisierung und damit Aneignung der supranationalen Organe "von unten" - wie es die in ak kontrovers diskutierten Thesen von Karl Heinz Roth (siehe ak 482 ff.) nahe legen?

Diese Fragen sind ebenso wenig neu, wie es auf sie eine schnelle Antwort gibt. Sicher ist aber: Wenn es stimmt, wie nicht zuletzt in dieser Zeitung immer mal wieder nahe gelegt wird, dass "die soziale Frage" in der Linken seit einiger Zeit wieder mehr Konjunktur hat, dann ist das ebenso begrüßenswert wie andererseits klar ist, dass eine "soziale Frage" nur als solche gestellt werden kann, wenn sie die oben genannten "transnationalistischen" Themen einbezieht.

Das Ereignis Tsunami ruft aber noch mehr "alte Fragen" neu in Erinnerung. Zum Beispiel die nach dem Umgang mit Bildern. Tragisches Einzelschicksal in tausender Auflage lässt sich verkaufen, das ist klar.

Tödliches umso mehr. Verbrannte Leichen, verstörte Überlebende, entstellte Körper auf allen Kanälen - wen und was erreicht man mit solchen Bildern? Die Frage stellt sich umso mehr, wenn die Bilder bei den Überlebenden der Katastrophe zur permanenten Verlängerung des Schockzustands beitragen (siehe nebenstehenden Artikel). Doch eine - zudem völlig unrealistische - Forderung nach einem Bilderverbot erklärt noch nicht, welche Art der Berichterstattung der Tragweite eines solchen Ereignisses gerecht wird, ohne es andererseits in eine vierundzwanzigstündig konsumierbare TV-Horror-Soap zu verwandeln. Nicht zuletzt ließe sich wohl ohne eine - eben auch bildliche - Dokumentation der Katastrophe kaum eine nennenswerte internationale Aufmerksamkeit erreichen - und diese Aufmerksamkeit schlägt sich nicht zuletzt auch in der in diesem Ausmaß überraschenden privaten Spendenbereitschaft nieder.

A propos Spendenbereitschaft. Die ist sicherlich gerade hier zu Lande so enorm hoch, weil eben auch Deutsche von der Flut betroffen sind. Das von links als Betroffenheitsnationalismus abzuwatschen ist leicht. Aber ist damit alles gesagt? Diese Frage führt wieder zurück zum Anfang. Denn wenn auch richtig ist, dass die politische Dimension der Naturkatastrophe Tsunami auf das Nord-Süd-Herrschaftsverhältnis zurückverweist, so ist diese Trennungslinie, was das Maß der Not betrifft, einerseits so klar, wie sie andererseits eben auch durch die Gleichzeitigkeit des Schocks "hier" und "dort" brüchig wird. Und möglicherweise reflektiert die Spendenhöhe gerade auch diese der Globalisierung eigene Merkwürdigkeit: nämlich, dass die Herrschaftslinien im selben Maße schärfer konturiert werden wie die räumliche und damit auch visuelle, alltägliche und emotionale Ausgrenzung der "Anderen" zusehends schwieriger wird. Eben dies reicht möglicherweise nicht nur über chauvinistische Betroffenheitsethiken hinaus, sondern könnte sie hie und da sogar mal unterlaufen.

Sicher ist jedenfalls: Schlagwortartige Antworten auf das Ereignis Tsunami liegen nahe, helfen aber nicht viel weiter. Gerade weil es eben keine "einfache" Naturkatastrophe ist.

ak-Redaktion

24. Plädoyer für eine basisorientierte Katastrophenprävention

Autor: B. Ekbal · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:34

Der folgende Artikel ist die gekürzte und redaktionell bearbeitete Übersetzung eines Textes aus Kerala/Indien, der kurz nach der Flutkatastrophe verfasst wurde. Sein Autor, Dr. B. Ekbal, ist Mediziner, Aktivist in der indischen Sektion des weltweit vernetzten People's Health Movement und ehemaliger Vizepräsident der Universität von Kerala. Er plädiert nachdrücklich dafür, Katastrophenprävention als Teil umfassender Bildungs- und Entwicklungspolitik zu begreifen, die den betroffenen Menschen und Gemeinden nicht von oben verordnet, sondern mit und von diesen entwickelt wird.

Überall auf der Welt leiden die Armen am meisten durch Katastrophen. Nicht aber das Schicksal, sondern sozialpolitische Faktoren entscheiden, welcher Teil der Menschen im Katastrophenfall das schwerste Unheil erleidet. Der Human Development Report der UN stellte 1998 fest: "Die Armen sind gezwungen, Raubbau an Ressourcen zu betreiben, um zu überleben. Die Verschlechterung ihrer Umwelt lässt sie noch weiter verarmen. Wenn diese Abwärtsspirale extrem wird, sind sie gezwungen, in ökologisch fragile Gegenden auszuweichen." Die Hälfte der Ärmsten der Welt - über 500 Millionen Menschen - lebt auf gefährdetem Land, in dürre-leidenden Hochlandgebieten, überschwemmungsbedrohten Flussdeltas und an den Küsten orkanbedrohter Meere.

Indien ist einer der Hauptschauplätze von Natur- wie von Menschen gemachten Katastrophen. Wie in einer klassischen Fallstudie lässt sich hier zeigen, wie Natur, Armut und extrem schlechtes Krisenmanagement ineinander greifen. Katastrophen treten hier oft in gigantischem Ausmaß auf. Sie töten jährlich mehr als 5.000 Menschen, ihre Auswirkungen betreffen aber durchschnittlich insgesamt mehr als 56 Millionen Menschen. Mehr als 11% des Landes sind von Überschwemmungen betroffen, etwa 28% des fruchtbaren Bodens sind dürregefährdet. Tödliche Hochgeschwindigkeits-Wirbelstürme bedrohen die Staaten Orissa und Andhra Pradesh an der Ostküste. 30 Millionen Menschen leben als Binnenvertriebene infolge von Aufständen, Kämpfen, Katastrophen und ironischerweise auch von großen "Entwicklungsprojekten" im Land. Konflikte in den Nachbarländern haben 240.000 Flüchtlinge nach Indien gebracht.

Die unbeholfene und hektische Rettungs- und Hilfsoperation, die der Tsunami-Katastrophe folgte, hat deshalb nur einmal mehr gezeigt, wie dringend ein umfassendes Katastrophen-Bereitschaftsprogramm benötigt wird. Dies war in Kerala schon im Jahre 2000 deutlich geworden, als acht südliche Distrikte Erdstöße mittlerer Intensität erlebten. Inzwischen hat man Kerala zu einem "Multiple Hazard Prone State" - einem "vielfach risiko-anfälligen" Bundesstaat erklärt. Im Anschluss daran formulierte die Regierung eine Krisenmanagement-Strategie und legte einen Entwurf für ein Krisenmanagement-Gesetz vor. Sie unternahm allerdings keine konkreten Schritte zu dessen Implementierung.

Was es dringend braucht, ist die Entwicklung eines dezentralen "people-based"-Katastrophenprogramms und eines langfristigen Aktionsplans mit aktiver Einbeziehung der Menschen verschiedener sozialer Gruppen. Nur diese aktive Partizipation der Menschen, die in den Risikozonen leben, wird zu einer informierten und aufmerksamen Bevölkerung führen und nur dies wird Todesfälle, Unfälle und Zerstörung reduzieren. Die systematische Einbeziehung der Bedürfnisse verwundbarer Gruppen in Katastrophenschutzprogramme, wie z.B. der Fischer in orkangefährdeten Küstenregionen, muss deshalb zwingend festgeschrieben werden. Darüber hinaus kann ein multi-sektoraler Zugang unter Einbindung der Regierung, lokaler Körperschaften, der Organisationen der Zivilgesellschaften, von WissenschaftlerInnen, Medien und betroffenen Gemeinden in die lokale Entwicklungsplanung der erste Schritt für ein wirksames Krisenmanagement sein. Eine solche Planung erfordert Straßen und Bahntrassen, die den Wasserabfluss nicht blockieren, überschwemmungsfeste Brücken, Gemeindehäuser, bebensichere Wohnmöglichkeiten usw. Auch Studien dazu müssen jedoch einen partizipativen Charakter haben. Grundsätzlich müssen Menschen Zugang haben zu Informationen über katastrophen-gefährdete Gebiete, Industrien und Aktivitäten in ihrem Umfeld.

Unglücklicherweise hat das aktuelle Desaster auch erneut die Naivität und Unreife der Medien offensichtlich gemacht, besonders die der visuellen Medien. Die wiederholte Berichterstattung über die Ereignisse war bei vielen Betroffenen der Grund für fortgesetzte Panikattacken, denn die ständigen Wiederholungen erweckten

den Eindruck, dass die Killer-Wellen weiter wüteten. Zu fordern ist von den Medien daher einerseits eine objektive Berichterstattung, die Warnhinweise weitergibt, aber andererseits auch Zuversicht spendet, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, mit der Situation selbst fertig zu werden. Ein effektives Frühwarnsystem, unterstützt durch eine Kommunikationsstrategie mit Radio, Fernsehen und anderen Medien muss entwickelt werden. Auch hier gilt: Eine aufgeklärte Bevölkerung beugt am besten sowohl panischen Reaktionen als auch passiver Gleichgültigkeit vor. Doch zuallererst muss anerkannt werden, dass solch ein Katastrophen-Bereitschaftsplan (der humanitäre Unterstützung nach der Katastrophe einschließt) ein Recht der Gemeinden in den Risikogebieten ist - und nicht ein Akt der Wohltätigkeit.

Übersetzung: Jutta Sundermann, Bearbeitung: ak

Der vollständige Text im Original ist zu finden bei: www.medico-international.de

25. Aceh/Indonesien: Aufstandsbekämpfung nach und mit der Katastrophe

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:21

In Indonesiens Provinz Aceh folgt dem Kriegsrecht und einem so genannten zivilen Notstand die größte Naturkatastrophe seit Gedenken - für das Militär eine Chance, Dissens und Widerstand gleich "mit zu entsorgen".

Die verheerenden Naturkatastrophen in zahlreichen süd- und südostasiatischen Anrainerstaaten des Indischen Ozeans forderten die mit Abstand größten Opfer in Aceh, im äußersten Norden der indonesischen Insel Sumatra gelegen. Internationale Hilfe erreichte Aceh erst am 29. Dezember, knapp vier Tage nach der Katastrophe, als die Behörden in Jakarta bereits den Tod von über 45.000 Menschen meldeten. Zu Beginn der Katastrophe am zweiten Weihnachtstag hatte sich die Regierung des erst Mitte September gewählten Präsidenten und Ex-Generals Susilo Bambang Yudhoyono noch zuversichtlich und stolz genug gezeigt, die Krise allein und mit eigenen Mitteln zu meistern. Erst als die Katastrophe immer gigantischere Ausmaße annahm, sah man sich in Jakarta gezwungen, Aceh wenigstens einen Spaltbreit für ausländische Hilfsteams zu öffnen. Doch die Kontrolle blieb und bleibt strikt beim Militär. Dieses wachte von Anfang an über die Zugänge per Schiff und Flugzeug in die Katastrophenregion und bestimmte, wo Hilfslieferungen deponiert werden sollten. So ist die (über-)lebenswichtige Bereitstellung und Zuteilung von Nahrungsmitteln vom Militär monopolisiert, das damit, umfangreicher als jemals zuvor, die Bevölkerung Acehs kontrolliert. Nach Jahren des Ausnahmezustands, des Kriegsrechts und eines so genannten zivilen Notstand herrscht nun auch noch eine akute Katastrophensituation.

Der Korrespondent der in London erscheinenden Financial Times, Shawn Donnan, berichtete am 29. Dezember aus Banda Aceh, den indonesischen Behörden sei das Engagement von AusländerInnen und ausländischen Hilfsteams in Aceh nicht geheuer. Donnan zitierte in seinem Bericht Hauptmann John Oddie, den für Canberras Hilfslieferungen nach Aceh verantwortlichen australischen Offizier, mit den Worten: "Ich kann Gabelstapler bringen und den Leuten zeigen, wie man sie bedient. Ich kann alles herbei schaffen und einfliegen lassen, was hier und jetzt benötigt wird." Doch, so Donnan, Hauptmann Oddie stieß auf eine uninteressierte, herumstehende Schar von Soldaten, deren Kommandeur, General Bambang Darmono, ein Kriegsveteran in Aceh, ihm kühl beschied, "morgen wieder zu kommen", da er (Oddie) keine gültigen Papiere vorweisen könne.

Dies zeigt das wahre Dilemma in Aceh. Wenn in einer seit Langem - aus Sicht des politischen Zentrums - "unruhigen", doch einer Weltöffentlichkeit weitgehend entrückten Region Katastrophen dieses Ausmaßes geschehen, haben auch die Mächtigen allen Grund, jene "Katastrophen" zu verschweigen und zu vertuschen, die von Menschenhand verursacht sind und zur "Befriedung" großer Bevölkerungsschichten inszeniert wurden. Von Mai 2003 bis Mai 2004 stand Aceh noch unter Kriegsrecht, seitdem herrscht dort ziviler Notstand. Der liefert der Regierung in Jakarta zum wiederholten Maße den Vorwand, einen alten Konflikt, darüber hinaus in einer ressourcenreichen Region, zu "lösen", den sie selbst militärisch (mit-)verursacht hat.

Militär behält die Kontrolle

Aceh zählt etwa 4,5 Millionen Einwohner. Knapp 1.800 Kilometer nordwestlich von Jakarta entfernt und an der seit Jahrhunderten strategisch bedeutsamen Seeroute, der Straße von Malakka, gelegen, war die Region ein florierender Umschlagplatz für Waren aus Ost und West mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung. Während der holländischen Kolonialzeit waren es die Sultane und die Bevölkerung Acehs, die sich in langen, blutigen Widerstandskämpfen gegen die Kolonialherren auflehnten und dafür von dem im August 1945 unabhängigen Indonesien eine Gegenleistung, zumindest in Form eines autonomen Status, erhofften.

Doch die neuen Machthaber in Jakarta kümmerte das keinen Deut. Ihnen ging es um Zweierlei: Der Zentralstaat sollte unbedingt gewahrt und die mit Rohstoffen (Öl- und Gasvorkommen sowie Edelhölzer) gesegnete Region lukrativ genutzt werden. Dagegen formierte sich schließlich auch bewaffneter Widerstand, 1976 entstand die Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM), die nach eigenen Angaben 6.000 Mann unter Waffen hält. Ziel der GAM ist ein unabhängiger Staat Aceh. Wirtschaftlich hätte dieser gute Überlebenschancen; immerhin bezieht die Zentralregierung gut 20 Prozent ihrer jährlichen Einnahmen aus der

Region, während in all den Jahren nur ein Bruchteil dessen in die (infrastrukturelle) Entwicklung, in Bildung und Ausbildung zurück floss.

GAM soll Rückrat gebrochen werden

Während der Suharto-Ära (1966-1998) wurde Aceh gerade auf Grund massiven Widerstandes zunächst in eine Military Operational Zone (DOM) und später in ein Exerzierfeld unterschiedlicher Formen von "Aufstandsbekämpfung" verwandelt. Mit verheerenden Konsequenzen für die Zivilbevölkerung. Mindestens 12.000 Todesopfer waren seit 1976 zu beklagen. Bis heute fällt es der indonesischen Regierung unter dem Suharto-Zögling und Ex-Sicherheitsminister Yudhoyono leicht, im Schlepptau des von den USA geführten "Kampfes gegen den Terror" ohne nennenswerte Kritik aus dem Ausland auch gegen "Separatisten" - sprich: die GAM - vorzugehen. Immerhin war es Yudhoyono, der noch im November 2003 die Fortdauer des Kriegsrechts in Aceh für sechs weitere Monate als notwendig begründete und mit keinem Wort durchblicken ließ, ob und wann jemals wieder Friedensverhandlungen mit der GAM aufgenommen würden. Die waren im Dezember 2002 in Genf eingefädelt worden, doch schon im Mai 2003 in Folge gegenseitiger Schuldzuweisungen und unüberbrückbarer Differenzen gescheitert.

Nun sollte der GAM endgültig das Rückgrat gebrochen werden. Der damalige Chef der Kriegsrechtsverwaltung und Oberkommandierende der indonesischen Streitkräfte in Aceh, Generalmajor Endang Suwaryo, erklärte zackig, man werde stets und unverzüglich von der Schusswaffe Gebrauch machen - als "Schocktherapie" gegen Mitglieder der GAM. Wer solche "Therapien" befürwortet, dem ist auch zuzutrauen, dass er selbst natürliche Katastrophen kaltschnäuzig in sein Kalkül zur "Eliminierung" des Gegners einbezieht.

Rainer Werning

26. "Wettbewerb der Hilfszusagen". Spenden und poltische Interessen sind eng miteinander verknüpft

Spenden und politische Interessen sind eng miteinander verknüpft

Autor: Alex Flor/ Watch Indonesia! · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:30

Die Folgen der südasiatischen Flutkatastrophe sind noch immer unüberschaubar. Die Zahl der Todesopfer bricht täglich neue traurige Rekorde. 106.000 werden nun alleine aus Aceh gemeldet. 400.000 Menschen leben dort in Flüchtlingslagern. Wahrscheinlich eine Million Menschen haben durch das Beben und die Flutwelle ihr Obdach verloren.

Aber auch internationale Hilfszusagen und Spenden erreichen neue Rekorde. Die gegenüber den Organisationen der Vereinten Nationen abgegebenen Hilfszusagen belaufen sich auf rund 5 Mrd. US-Dollar. Die Zahl umfasst Schenkungen und Kredite. Die Bundesregierung übernahm letzte Woche kurzzeitig die Spitzenposition auf der Liste der Geberländer, nachdem sie ihre Hilfszusage von 20 Mio. Euro auf stolze 500 Mio. Euro aufstockte. Rechnet man in Aussicht gestellte Schenkungen und Kredite zusammen, wurde Deutschland kurz darauf von Australien überflügelt. Die EU warnte bereits vor einem "Wettbewerb der Hilfszusagen" und forderte, zunächst den tatsächlichen Bedarf zu erkunden. Hinzu kommen private Spenden an Hilfswerke in Millionenhöhe. In Deutschland kamen bereits 350 Mio. Euro zusammen - das größte Spendenaufkommen in der Geschichte der Bundesrepublik. Ärzte ohne Grenzen musste bereits dazu aufrufen, keine für Südasien zweckgebundenen Spenden mehr zu leisten, da die Organisation sich kaum mehr in der Lage sieht, die eingenommenen Gelder dort sinnvoll zu verwenden. Mindestens 50 internationale Hilfswerke leisten nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) medizinische Hilfe in Aceh. Zahlreiche weitere indonesische und internationale Organisationen verteilen Hilfsgüter, beteiligen sich an Bergungsarbeiten oder der Versorgung mit Trinkwasser und Ähnlichem mehr.

Tatsächlicher Bedarf an Hilfe

Zweifelsohne besteht enormer Bedarf. Doch selbst bei guter finanzieller Ausstattung ist es nicht immer einfach, dort zu helfen, wo es am dringendsten benötigt wird. Hilfsgüter stapeln sich in Depots am Flughafen, weil nicht ausreichend Fahrzeuge und Personal zur Weiterverteilung zur Verfügung stehen. Andernorts sind Dutzende Freiwillige zum Nichtstun verdammt, weil sie nichts zum Verteilen haben. Transport- und Kommunikationsprobleme auf Grund der zerstörten Infrastruktur behindern die Hilfsaktionen massiv. Darüber hinaus scheint ein wesentliches Problem in der mangelnden Koordination der vielen Einzelaktivitäten zu liegen. Und immer deutlicher zeichnet sich ab, dass das mit der Koordinierung der Hilfe beauftragte indonesische Militär eigene Interessen in den Vordergrund stellt und die Organisationen bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert.

Am 6. Januar fand in Indonesiens Hauptstadt Jakarta die erste internationale Geberkonferenz statt. Eine zweite Konferenz folgte am 11. Januar in Genf und weitere wichtige Treffen wie die Tagung des Pariser Clubs und das Jahrestreffen des Geberkonsortiums für Indonesien CGI (Counsil of Governments on Indonesia) stehen unmittelbar bevor. Bemerkenswert war die Prominenz der in Jakarta vertretenen Teilnehmer. Neben UN-Generalsekretär Kofi Annan und US-Außenminister Colin Powell, waren die Premierminister von Australien, Japan, China und Neuseeland angereist, um nur einige zu nennen. Wäre die Tagesordnung nur von der Diskussion über eine effizientere Organisation humanitärer Hilfe bestimmt gewesen, hätte wohl ein Treffen der für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Fachminister ausgereicht. Die Liste der Teilnehmer lässt erkennen, dass dieser Konferenz erheblich größere Bedeutung zugerechnet wurde.

Schon im Vorfeld der Konferenz gab die Präsenz eines US-amerikanischen Flugzeugträgerverbandes vor der Küste Acehs und die Beteiligung des australischen Militärs an den Hilfsmaßnahmen in dem bis vor 14 Tagen hermetisch abgeriegelten Kriegsgebiet Anlass zu Spekulationen. Es sei dahingestellt, ob die Versorgung der Not leidenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser vom Flugzeugträger USS Abraham Lincoln eher als weltpolitische Symbolik, als Zeichen der Annäherung der US-Streitkräfte an Indonesien oder gar als Warnsignal zu deuten ist. Zwei Dinge sind klar: Hilfsmaßnahmen dieser Größenordnung sind nicht frei von

politischen Interessen. Und unabhängig davon, ob sie dem gewünschten Ziel dienlich oder möglicherweise sogar schädlich sind, werden sie politische Auswirkungen haben.

Die Wahrnehmung politischer Interessen ist nicht per se verwerflich. Auch Imagepflege oder Pflege und Ausbau guter Beziehungen können ein politisches Interesse darstellen. Zumindest die USA machen kein Geheimnis daraus, welchen Nutzen sie sich von ihrer Mission versprechen. Humanitäre Hilfe wirke der Unzufriedenheit entgegen, die eine Wurzel von Terrorismus sein könne, sagte Powell am Dienstag. "Ich hoffe, dass als ein Ergebnis unserer Bemühungen unser Wertesystem gestärkt wird."

Prominenz bei Geberkonferenzen

Erwartungen, dass die Geberkonferenz in Jakarta auch zum Austragungsort einer neuen Runde im Kräfteringen zwischen den USA und den Vereinten Nationen werden würde, haben sich nicht bestätigt. Die USA erklärten im Gegenteil, ihre Hilfe der Koordination der UN unterstellen zu wollen, und sammelte somit weitere Sympathiepunkte. Wenige Tage nach der Tsunami-Katastrophe hatte ein UN-Sprecher geäußert, einige Staaten beteiligten sich in weit geringerem Maße an den Hilfsaktionen als sie zu leisten im Stande wären. Obgleich nicht namentlich genannt, fühlten sich die USA auf die Füße getreten. Die Hilfszusagen wurden deutlich erhöht, zunächst jedoch verbunden mit der klaren Absage an den Führungsanspruch der UN. Nach dem Modell der "Koalition der Willigen" bastelten die USA daraufhin an einem Einsatzbündnis mit den Partnern Japan, Indien und Australien.

Ein Blick auf die Liste der übrigen Geberländer und die von ihnen bereitgestellten Hilfen zeigt, wie eng Solidarität und politische Interessen auch bei ihnen miteinander verknüpft sind. So verwundert es beispielsweise nicht, dass Japan als größter Investor und wichtigster Handelspartner Indonesiens mit 500 Mio. US-Dollar ganz oben auf der Liste der Geberländer steht. Dem gegenüber steht das auf gute Beziehungen zum großen Nachbarn angewiesene bitterarme Osttimor, das symbolische 50.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt hat. Geld ist aus Dili nicht zu erwarten; was hier zählt ist die nette Geste. Ähnliches gilt für die Staaten der Afrikanischen Union, die sich zusammen mit 100.000 US-Dollar beteiligen. Der neue asiatische Riese China musste sich zunächst Kritik gefallen lassen, weil die ersten Hilfszusagen unter den Erwartungen lagen. China sah sich genötigt seine Zusagen auf 62 Mio. US-Dollar zu erhöhen.

Bemerkenswert ist auch die von Indien geleistete Hilfe. Selbst schwer von der Flutkatastrophe getroffen, demonstriert der Subkontinent Stärke. Als ob die Verwüstungen in Südindien nur ein kleiner Kratzer seien, sieht sich Indien lieber auf der Seite der Hilfe leistenden Staaten als auf der Seite der bedürftigen Empfängerländer. Indien gewährte 1 Mio. US-Dollar finanzielle Hilfe für Indonesien und entsandte einige Schiffe der Marine nach Sumatra, während es gleichzeitig internationale Einsätze auf den schwer getroffenen zu Indien gehörenden Inselgruppen Andamanen und Nikobaren behindert. Die politische Arithmetik Südasiens gebietet es, dass auf einen Vorstoß Indiens Pakistan umgehend ähnliche Schritte ergreift. Auch Islamabad schickt Geld und Schiffe.

Hoffnungen, die Öffnung Acehs und die Präsenz tausender ausländischer Militärs könnte zu einer Entspannung des seit 1976 andauernden bewaffneten Konfliktes beitragen, scheinen sich nicht zu erfüllen. Es mehren sich die Anzeichen, dass Indonesiens Streitkräfte (Tentara Nasional Indonesia - TNI) versuchen, den Status Quo beizubehalten und den Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung GAM (Gerakan Aceh Merdeka - Bewegung Freies Aceh) fortzusetzen. In den letzten Tagen wurde die Kontrolle über die Hilfsorganisationen massiv verschärft. Sie dürfen sich ab sofort nur noch in den zwei besonders schwer von der Flutkatastrophe getroffenen Städten Banda Aceh und Meulaboh frei bewegen. Sämtliche Einsätze außerhalb der beiden Städte bedürfen der Genehmigung und Begleitung durch das indonesische Militär. Begründet wird dieser Schritt von Seiten der TNI offiziell mit drohenden Angriffen der Unabhängigkeitsbewegung GAM auf Hilfstransporte und ausländische HelferInnen. Als Beleg für die Gefährdung der ausländischen Helfer führt die TNI den Schusswechsel vor einigen Tagen in einem Warenlager der UN in Banda Aceh an. Dies, obgleich Sozialminister Alwi Shihab inzwischen erklärte: "Ich verfüge über einen Bericht des Militärs, dem zufolge ein Soldat unter Stress das Feuer eröffnete. Die GAM war daran nicht beteiligt."

Indonesisches Militär behindert Hilfsmaßnahmen

Deutsche Medien beklagen die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Hilfsorganisationen: Sie berichten einvernehmlich, dass bislang keine konkrete Bedrohung erkennbar sei. Die EinwohnerInnen Acehs

selbst zeigen sich pragmatisch und haben keine Probleme mit der vom Ausland gelieferten Hilfe. Die GAM begrüßt die Anwesenheit tausender HelferInnen aus dem Ausland, einschließlich der Militärs, die nach der Flutkatastrophe anreisten. Eine Presseerklärung der GAM trug den Titel "Thank You World". Es wäre widersinnig, wenn die GAM nun Angriffe auf AusländerInnen starten sollte.

Das Misstrauen der TNI gegenüber den Hilfsorganisationen und die daraus resultierenden Reglementierungen sind nur durch die Sorge über deren schwindenden Einfluss zu erklären. Auf die Anwesenheit australischer Militärs gemünzt warnte auch Minister Alwi Shihab: "Wir müssen wachsam sein. Wir wollen kein zweites Osttimor." Canberra verfolge unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe das Ziel, die Souveränität Indonesiens zu unterminieren. "Sie sollten nicht das islamische Scharia-Recht in Aceh verderben. Wir wissen, dass diese fremden Soldaten gerne Prostituierte mitbringen. Und sie trinken auch gerne Alkohol, was in Aceh streng verboten ist." Schon lange vor der Ankunft der Fremden hatte Banda Aceh eine der höchsten Bordell-Dichten in ganz Indonesien - Dank der TNI.

Alex Flor/Watch Indonesia!

Der Autor ist Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia!, Tel./Fax 030-698 179 38 , Planufer 92 d, 10967 Berlin, e-mail: watchindonesia@snafu.de , http://home.snafu.de/watchin, Konto: 2127 101 Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01, BIC/SWIFT: PBNKDEFF. Watch Indonesia! ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt.

27. medico-Partner bitten um Unterstützung

Autor: medico international · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:25

medico international unterstützt derzeit in Indien das Peoples Health Movement, das unmittelbar nach der Katastrophe mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen in Südindien die Notversorgung der betroffenen Bevölkerung organisierte. Jetzt arbeitet das Peoples Health Movement an einem Monitoring-Mechanismus, um mit seinem Netzwerk lokaler Initiativen im südasiatischen Raum sicher zu stellen, dass die internationalen Hilfsleistungen auch wirklich bei denen ankommen, die sie bedürfen und Missbrauch vorzubeugen.

In Sri Lanka steht medico in Verbindung mit der lokalen Nichtregierungsorganisation SEED. Neben einer Gehörlosenschule, verschiedenen Siedlungsprojekten und dem Aufbau von örtlichen Krankenstationen hat SEED in den vergangenen Jahren auch die Organisation partnerschaftlicher Strukturen zwischen singhalesischen und tamilischen NGOs als einen Schwerpunkt seiner Arbeit begriffen. Für die aktuelle Katastrophe hat SEED in Zusammenarbeit mit dem NGO-Konsortium in Vavuniya die Koordination für Hilfeleistungen vor allem für die nördliche Halbinsel Jaffna übernommen.

Für diese Arbeit bittet medico international um Spenden unter dem Stichwort "Seebeben" auf die Kontonummer: 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ: 50050201.

Weitere Informationen unter: www.medico-international.de

28. Gordische Lösung. Eine kontroverse Debatte über Israel-Kritik und neuen Antisemitismus

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:03

Als Beitrag zu einer "globalen Debatte" verstehen Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznaider ihr Buch "Neuer Antisemitismus?", in dem 16 Autoren und eine Autorin sich dem Thema auf sehr unterschiedliche Weise nähern.

In der Einleitung definieren die Herausgeber den Nahostkonflikt als gemeinsamen Bezugspunkt der Debatte und unterscheiden drei Felder, auf denen sie geführt werde: "1. Die Auseinandersetzung darüber, wo legitime Kritik an israelischer Politik aufhört und eine antisemitisch motivierte Ablehnung der Existenz Israels beginnt"; "2. Die Frage nach dem Antisemitismus der Linken"; "3. Die Frage nach der Verbreitung des Antisemitismus in der islamischen Welt".

Mehr noch als die pauschalisierende Rede von der "islamischen Welt" befremdet die Weigerung der Herausgeber, wenigstens die wesentlichen Fakten über Erscheinungsformen, Träger und Motive des Antisemitismus im 21. Jahrhundert zusammenzufassen. Dabei liegen mit den Studien im Auftrag der EU seit Anfang letzten Jahres aussagekräftige Befunde vor. (vgl. ak 480, 482 und 484) In den 17 Diskussionsbeiträgen werden dann zwar diverse Manifestationen des Antisemitismus erwähnt - vor allem allerdings solche, die geeignet scheinen, die eigenen Thesen zu untermauern. Da erscheint dann das berüchtigte Goldene Kalb von Davos - mit Sharon und Rumsfeld als vermeintlichen Drahtziehern der kapitalistischen Globalisierung - als Beweis für antisemitische Ressentiments der gesamten globalisierungskritischen Bewegung.

Deren "wachsende Modernisierungsfeindlichkeit" lasse "die Bereitschaft wachsen, wieder auf antisemitische Topoi zurückzugreifen", meint Andrei S. Markovits herausgefunden zu haben. Nach Lektüre seines Aufsatzes "Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa" fragt man sich verwundert, ob es zwischen beidem überhaupt noch einen Unterschied gibt. Juden, Amerika, Modernität - das sind für Markovits die "drei Säulen des klassischen Antisemitismus und Antiamerikanismus". Für antiamerikanisch und antisemitisch hält er spätestens seit dem 15. Februar 2003 auch den europäischen Mainstream. Damals demonstrierten in Europa Millionen Menschen gegen den Irakkrieg - woraus einige europäische Intellektuelle wie Dominique Strauss-Kahn, Jürgen Habermas und Jacques Derrida ihre euphorischen Phantasien von der Geburt einer "europäischen Nation" ableiteten. Markovits ist von dieser "Entdeckung" offensichtlich fasziniert - er versieht sie lediglich mit negativem Vorzeichen. Zwar sieht er in Europa noch "starke Gegenstimmen" gegen den Antisemitismus, nicht allerdings in der europäischen Linken - "wenn man für Israels Existenz öffentlich und mit Nachdruck Stellung bezieht, kann man ipso facto kein Linker mehr sein und wird zum Reaktionären gestempelt". Beweisen kann er das ebenso wenig wie die Behauptung, mit der sein Aufsatz endet: Der seltene Zustand, wo Juden die "emotionale Aufmerksamkeit und Solidarität" der Linken genossen, erscheine "im heutigen Europa weiter entfernt denn je."

Geradezu moderat erscheinen Markovits' Thesen im Vergleich mit einigen anderen Elaboraten. Daniel Jonah Goldhagen sieht "Rechte und Linke vereint in ihren verbalen Angriffen und ihrer politischen Agitation gegen Israel und infolgedessen gegen fast das ganze Judentum", und Omer Bartov ist überzeugt, "dass der Islamismus einen sehr europäischen, nazi-ähnlichen, genozidalen Antisemitismus in sich aufgenommen hat." Woraus für ihn folgt: "Wenn man sie nicht vernichtet, werden sie einen vernichten." Das letzte Gefecht hat schon begonnen, leider weitgehend ohne europäische Beteiligung, wie Jeffrey Herf beklagt. Denn seit Willy Brandt vertraue die demokratische Linke, namentlich SPD und Grüne, vorzugsweise "auf gute Worte ... Diese Haltung zeigte sich beim Widerstand gegen die Stationierung der NATO-Raketen im Jahre 1983 ebenso wie bei den Debatten in der UNO über den Irakkrieg." Damit hätten sich "zumindest Teile der europäischen und deutschen Linken von einer ihrer nobelsten Traditionen verabschiedet, nämlich dem bewaffneten Antifaschismus". Der Suhrkamp-Verlag, der im Herbst 2003 wegen der Rechtfertigung palästinensischer Selbstmordattentate durch seinen Autor Ted Honderich zu Recht scharf kritisiert wurde, muss sich fragen lassen, wie sich der unkommentierte Abdruck von Herfs offen kriegshetzerischem Pamphlet mit dem eigenen Ethos verträgt.

Positiver Bezugspunkt der Präventivkrieger Bartov und Herf ist Matthias Küntzel, Autor des Buches "Djihad und Judenhass" (Freiburg 2003), in dem vorliegenden Sammelband vertreten mit dem Beitrag "Von Zeesen bis Beirut. Antisemitismus und Nationalsozialismus in der arabischen Welt". Küntzel trägt Fakten zusammen über den Export des nationalsozialistischen Antisemitismus in die arabischen Länder, deutsche Finanzhilfe für den "Arabischen Aufstand" ab 1936, die Rolle des Muftis von Jerusalem bei der Schaffung einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Dabei suggeriert er allerdings einen unmittelbaren und bis heute andauernden Einfluss der NS-Rasseideologen auf die arabischen Massen, ausgehend von dem Nazi-Sender Radio Zeesen im Süden Berlins. Natürlich weiß er über die Rezeption seiner Programme nur vom Hörensagen. Auch kann er nicht erklären, wie der tödliche Judenhass des Mufti zur angeblich herrschenden Ideologie werden konnte - wenn, wie er selbst zitiert, nur "jeder zehnte Araber" ein Anhänger des Mufti war. Schlimmer als solche Widersprüche sind die aus Küntzels vermeintlich historisch fundierter Abhandlung folgenden Schlüsse, die zu ziehen er allerdings seinem Publikum überlässt: Auch gegen die (arabischen) Nazis von heute hilft kein Appeasement, zumal sie, wie Küntzel in Palästina beobachtet haben will, immer dann brutal zuschlagen, wenn Israel ihnen Zugeständnisse macht.

Wer die "Islamo-Faschisten" (Küntzel) zu Fortsetzern des nazistischen Völkermordes stempelt, landet zwangsläufig bei der Kriegsbefürwortung. Dass sich daraus zum großen Teil die heftigen innerlinken Kontroversen erklären, liegt auf der Hand - nicht allerdings für Thomas Haury, der in seinem Beitrag "Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken" von "teilweise absurd anmutenden Auseinandersetzungen" zu berichten weiß. (siehe dazu auch den nebenstehenden Artikel "Notizen aus Antideutschland")

Die Herausgeber ziehen sich indes darauf zurück, mit ihrer Auswahl "unterschiedliche, ja kontroverse Deutungen und Schlussfolgerungen anzubieten". Leider beziehen sich die einzelnen Beiträge nicht aufeinander, namentlich Alain Finkielkraut und Gerd Koenen schreiben knapp am Thema vorbei, und Ulrich Beck meint zu wissen, wie sich im Nahen Osten das "europäische Wunder" wiederholen und "aus Feinden Nachbarn werden" können: "Europa sollte Israelis und Palästinensern die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eröffnen." Allzu breit angelegt ist Judith Butlers - im Kern nicht unberechtigte - Beschwerde, der Antisemitismusvorwurf diene zunehmend der Abwehr legitimer Kritik an Israel.

Im besten Sinne anregend sind die Beiträge von Tony Judt ("Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus"), Michael Walzer ("Über linke Israel-Kritik") Ian Buruma ("Zur Beziehung zwischen Amerika und Israel") und Moshe Zimmermann ("Im Arsenal des Antisemitismus"). Besonders faktenreich ist Antony Lermans Artikel über Antisemitismus in Europa. Lerman schließt mit einer Warnung vor den "Gefahren der Paranoia": "Die Gefahr der Übertreibung der antisemitischen Bedrohung, selbst aus guter Absicht heraus (was nicht immer der Fall ist), ist nicht zu unterschätzen - man entwertet die Währung. Und wenn wir uns in einer Weise äußern, die suggeriert, dass der Antisemitismus heute so schlimm ist wie in den 1930er Jahren, dann beschmutzen wir die Erinnerung an Millionen von Juden, die von den Nazis und ihren Helfern entmenschlicht, verfolgt und ermordet wurden."

Ob Zufall oder Absicht der Herausgeber - zu Recht stehen am Schluss des Buches Dan Diners Überlegungen "Über Israel, Palästina und die Frage eines ‚neuen Antisemitismus`". Diner diagnostiziert eine "Vermischung zwischen dem realen und in seinen Folgen dramatischen Konflikt zwischen Arabern und Juden, Israelis und Palästinensern und den in seine Poren eindringenden antisemitisierenden bis antisemitischen Bebilderungen". Um diese Vermischung zu überwinden, schlägt er eine "gordische Lösung" vor: "Nämlich zum einen den Antisemitismus zu bekämpfen, als ob es den arabisch-jüdischen, israelisch-palästinensischen Konflikt nicht gäbe; zum anderen alles zu unternehmen, um ebenjenen Konflikt einer beiden Seiten zuträglichen Lösung zuzuführen - so, als gäbe es den Antisemitismus nicht." Das ist ein ziemlich weiser Ratschlag. Zwar wird er bis auf weiteres die nahöstlichen Konfliktparteien kaum erreichen. Als eine Art Sehhilfe zur Beurteilung der antisemitischen Bedrohung wie des Nahostkonflikts dürfte er aber von einigem Nutzen sein - nicht zuletzt für Linke in Deutschland.

Js.

Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznaider: Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004, 332 Seiten, 12,50 EUR

29. Notizen aus Antideutschland

Autor: Js. · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:06

Kaum war ak 490 ausgeliefert - darin enthalten Susann Witt-Stahls Rezension des von Gerhard Hanloser herausgegebenen Buches über die "Antideutschen" -, da erhielten wir eine Mail von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg (ISF), Betreff: "Die Pro-Deutschen sind da!" Angehängt war ein Flugblatt mit derselben Überschrift, von der ISF auch zur Umarbeitung "nach Euern Bedürfnissen" zur Verfügung gestellt und gedacht als Begleittext zu der Lesereise, auf der Hanloser, seine MitautorInnen derzeit ihr Buch vorstellen. Nur aus Platzgründen muss hier auf den Abdruck des ISF-Textes verzichtet werden - zur Lektüre wird aber ausdrücklich aufgerufen. (www.isf-freiburg.org) Denn was die Freiburger Vordenker des Antideutschtums hier präsentieren, ist höchst lehrreich.

In einem Punkt haben sie sogar Recht: Der in dem Buch von Michael Koltan gemachte Vorschlag, Antideutschen einen "guten Psychiater" zu empfehlen, ist alles andere als hilfreich. Denn die antideutschen Kader sollten schon ernst genommen werden. Sie wissen genau, was sie tun - wie die kalkulierten Denunziationen in dem ISF-Text beispielhaft belegen: KritikerInnen des Antideutschtums treibe "kleinbürgerlicher Hass auf das Denken"; sie unterschieden sich kaum noch von NPD-Ideologen: "Und wo die deutsche Rechte von ‚Entwurzelung` quatscht, da engagiert sich der deutsche Linke, wie Hanloser, gegen ‚eine bloße Ideologiekritik` und für ‚Realanalyse`. Das Schema: Gegen das Abstrakte, für das Konkrete, ist stets das gleiche." Nur mühsam gelinge es Hanloser, "einerseits seinen kleinbürgerlichen Hass auf die Kritische Theorie, d.h. auf den Kommunismus der Gegenwart, auszuagieren, andererseits aber dessen antisemitische Pointe nach (soll wohl heißen: noch; Anm. ak) zu unterdrücken." Was lernen wir? Linke sind inkonsequente Nazis und verschämte Antisemiten - Prodeutsche eben.

So weit würde Thomas Haury nicht gehen. Sein Aufsatz "Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken", enthalten in dem oben besprochenen Suhrkamp-Sammelband "Neuer Antisemitismus?", dokumentiert noch einmal die schlimmsten "antizionistischen" (und in Teilen antisemitischen) Ausbrüche von Werner Pirker (junge Welt), der Wiener Antiimperialistischen Koordination oder des Linksruck. Das ist verdienstvoll. Haurys Bild von der deutschen Linken ist dennoch grob verzerrt, weil er den "Antizionisten" die Antideutschen gegenüber stellt und als Kraft dazwischen ausschließlich konkret wahrnimmt. Am antideutschen Zentralorgan Bahamas stört ihn zwar der "überaus polemische Ton", die Verdienste dieser offen kriegshetzerischen Zeitschrift aber stehen für ihn außer Zweifel. Wer wie die Krisis-Gruppe ",linke` Kriegshetzer" beim Namen nennt, disqualifiziert sich dagegen aus seiner Sicht durch "wutschnaubende Generalabrechnungen". Auch Haury suggeriert an Hand von "antiimperialistischer" Rhetorik im NPD-Organ Deutsche Stimme ein Zusammenwachsen von Links und Rechts. So trifft sich der "gemäßigte" Antideutsche denn doch wieder mit den Scharfmachern. Offensichtlich muss, wer A(ntideutschtum) sagt, auch B(ahamas) sagen ...

Js.

30. "Körperliche Befreiung" ist nicht, was sie verspricht. Körperpolitiken zwischen 1890 bis 1930. Ein Gespräch

Körperpolitiken zwischen1890 bis 1930. Ein Gespräch

Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren; Gender; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:22

Dass Wissenschaft keineswegs staubtrocken, sondern erkenntnisreich und unterhaltsam sein kann, beweisen zwei Dissertationen, die unlängst im Verlag Böhlau erschienen sind: Marmorleiber von Maren Möhring und Ewige Jugend von Heiko Stoff. Damit ist jedoch der gemeinsame Nenner beider Arbeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Denn die "Körperbildung in der deutschen Nacktkultur" (Möhring) und die "Verjüngungskonzepte" (Stoff), die von beiden für den Zeitraum 1890 bis 1930 untersucht werden, beschäftigen sich mit Fragen einer Körperpolitik, die bis heute Wirkungen zeigt. Ob der Körper durch Nacktgymnastik oder mit Hilfe von operativen "Verjüngungsoperationen" geformt werden soll: Es sind Eingriffe mit und in den Körper, die von gesellschaftlichen Vorstellungsbildern geprägt sind. Als Materie, auf die einerseits eingewirkt wird, die aber andererseits dem Zugriff zuwiderläuft und über das Ziel hinausschießt, wird der Körper zu einem unabwägbaren Akteur. Was hergestellt werden soll, erweist sich als widerspenstig und sucht die Grenzen des Diskurses heim. Ein Gespräch mit den AutorInnen von Doro Wiese.

ak: Liest man in euren Arbeiten über die Phänomene der Nacktkörperkultur und der Verjüngungskonzepte, hat man den Eindruck, dass diese neuartigen Phänomene auftauchen, weil es ein massives Problem gegeben haben muss. Eine Krise, die zur so genannten "langen Jahrhundertwende" von 1890-1930 sowohl den Geschlechts- als auch den so genannten "Volkskörper" erfasst. Gab es eine derartige Krise und wenn ja, welche Komponenten hatte sie?

Heiko Stoff: Es gibt tatsächlich eine endlose Auflistung von Krisenwahrnehmungen zur Zeit der langen Jahrhundertwende. Zu dieser Zeit verfasste Texte sind oftmals aufgeregt und panisch. Es gibt die Angst vor der Degeneration, vor dem Verfall des Einzelkörpers, aber auch des imaginierten Gesamtkörpers, des Volkskörpers. Dieser Verfall wird als sichtbar wahrgenommen. Die Menschen scheinen nicht mehr schön, sondern hässlich zu sein. Körper sind nicht mehr jugendlich, es gibt als Alterungsphänomene wahrgenommene Erscheinungen. Körper sind geschlechtlich nicht mehr definiert. Für die von mir untersuchten Verjüngungsforscher ist es zentral, dass Männer verweiblichen, Frauen vermännlichen, und zwar im kulturellen wie auch im biologischen Sinn. Dieses Phänomen wird als etwas beschrieben, was man spätestens in den 1910er Jahren in den Straßen der Großstädten sieht. Und plötzlich interessiert sich - von Freud bis hin zu Entwicklungsphysiologen und Biologen - eine ganze Heerschar von Experten für die entscheidende Frage: Wie kommt das? In biologischen Versuchslaboren werden Experimente durchgeführt, die sich mit dieser Frage beschäftigen, die ihre Entwicklung nachvollziehen lassen. Durch Keimdrüsentransplantationen und Transplantationen von Hoden und Ovarien werden aus Männern Frauen gemacht und umgekehrt. Das seit ca. 1870 kursierende "Problem der Homosexualität" erscheint auf einmal wissenschaftlich geklärt werden zu können. All die Erscheinungsformen, über die man klagt - Verweiblichung, Vermännlichung, Alter, Degeneration, körperliche Verformung - werden im Kontext von frühen Hormontheorien (die so genannte "Innere Sekretion") in Laboratorien künstlich hergestellt. Und was man herstellen kann, muss man auch wieder rückgängig machen können. Etwas, das als soziokulturelles Problem wahrgenommen wird, kann an einem isolierten Ort, im Laboratorium, "gelöst" werden und ist damit zu einem naturwissenschaftlichen Problem geworden.

Kann man keine Momente herauskristallisieren, warum der krisenhafte Diskurs eintritt und ein Handlungsbedarf entsteht? Inwieweit spielen die Prozesse der Industrialisierung, der Verstädterung, des Kriegs eine Rolle - Phänomene, die das 19. Jahrhundert ganz besonders kennzeichnen?

Maren Möhring: Nun, zur Debatte steht, inwieweit es sich um einen qualitativen Sprung in der Körperwahrnehmung handelt. Die so genannte Krise der Männlichkeit oder Weiblichkeit wird mehr oder weniger in jeder Epoche konstatiert, die Wahrnehmung einer Krise der Geschlechter scheint aber am Ende des 19. Jahrhunderts besonders massiv zu sein. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen, aber eine

wesentliche ist sicherlich das Erstarken der Frauenbewegung und das Erkämpfen von neuen öffentlichen Räumen von Seiten der Frauen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was Frauen sollen und welche Rolle sie zu übernehmen haben, anders als 100 Jahre zuvor.

H.S.: Es wäre nicht ganz falsch zu behaupten, das 19. Jahrhundert sei damit beschäftigt, klar und sehr abgegrenzt herzustellen, was männlich und was weiblich ist. Bestimmte psycho-physische Eigenschaften werden dem "typisch Männlichen" und dem "typisch Weiblichen" zugeordnet. Doch tatsächlich produziert die Beschäftigung damit eine endlose Menge von Abweichungen. Die wissenschaftliche Analyse findet ein unglaubliches Arsenal an Verschiebungen, Unklarheiten und Vertauschungen, an dem Leute wie Freud oder der Sexualwissenschaftler Krafft-Ebing irre werden. Und da sie ihre Forschungen immer am Weiblichen durchexerzieren, wissen sie nicht mehr, was das Weibliche ist. Im Kontext einer entstehenden Frauenbewegung wird das Auftauchen einer Lösung dann immer dringlicher, bis es schließlich nur noch darauf ankommt, wer Lösungen anbietet.

Wenn nun die Norm des Männlichen und Weiblichen immerzu verfehlt wird: Haben dann die in euren Texten untersuchten Tropen(1) wie "Verjüngung", "Vermännlichung", "Verweiblichung", "Schönheit" und "Gesundheit" die Macht, die entstehende Vielfalt zu bändigen, die Unruhe zu beherrschen, Ordnung zu schaffen?

M.M.: Es gibt verschiedene Faktoren der Biopolitik, die wir im Kontext unserer Arbeiten untersucht haben. So habe ich die Disziplinierungsform untersucht, die Nacktgymnastik darstellt. Sie erklärt es ganz klar zum Ziel, einen gesunden, leistungsfähigen Körper zu schaffen, der "natürlich" geschlechtlich differenziert ist. Aber diese Normalisierung läuft sich selbst zuwider. Trainierende Frauen entwickeln Kräfte, die sie zu vermännlichen drohen. Zwar soll der Frauenkörper normalisiert werden, gebärtüchtig sein, aber er wird im selben Szenario sportlich und kräftig, er droht dem Männerkörper Konkurrenz zu machen. Einerseits gilt es die Grenze zwischen den Geschlechtern zu finden, weil sie unklar ist. Andererseits greifen die Körpertechniken, ob sie nun "künstlich" oder "natürlich" geheißen werden, auf eine Art in den Körper ein, die genau diese Grenze in Frage stellt.

H.S.: Bei den von mir untersuchten Texten gibt es einen entscheidenden Punkt, der epistemologische (2) Effekte hervorruft. Zwar wird im 19. Jahrhundert der menschliche Körper, auch der Geschlechtskörper, neu gefasst und verstanden. Es wird nach und nach anerkannt, dass eine klare Trennung von männlichen und weiblichen Körpern eine Illusion ist. Was nicht heißt, dass es nicht trotzdem möglich sein kann, Männlichkeit und Weiblichkeit in einer bestimmten Deutlichkeit herzustellen. Es verschiebt sich somit die Politik hin zu einer Herstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit. Zwischen 1910 und 1930 bildet sich dann die sehr dominant werdende Theorie heraus, dass Sexualhormone das Geschlecht bestimmen. So kann darüber nachgedacht werden, ob bestimmte Mischungen von Hormonen und ihre unterschiedlichen Wirkungsweisen dafür zuständig sind, dass es nur eine endlose Reihe von Mischformen gibt. Diese Mischungsverhältnisse sind es, die reguliert werden müssen, weil sie gefährdet sind, weil ihre prekären Geschlechtscharaktere umschlagen können. Im Laboratorium gibt es nun die Möglichkeit, durch Transplantationen einzugreifen und das Prekäre zu normalisieren.

Zudem finde ich die Ideen des Kulturwissenschaftlers Lawrence Birken in Consuming Desire attraktiv und spannend, der im Anschluss an Foucault eine Art diskursiven Widerstreit zwischen einem produktivistischen und einem konsumistischen Diskurs ausmacht. Er vergleicht das, was diskursiv in der Sexualwissenschaft und -pathologie ausgearbeitet wird, mit zeitgenössischen ökonomischen Denkformen. Zwischen beiden Diskursen entdeckt er strukturelle Ähnlichkeiten, nämlich eine Abkehr von einem produktivistischen Dogma, von der Betonung der Produktivität hin zur Sphäre des Konsums. Im sexualwissenschaftlichen Diskurs kommt es in den 1920er Jahren zu einer Ablösung des Reproduktionsdogmas zu Gunsten einer Vorstellung von Sexualität als etwas Libidinösem, Objektbezogenen. Sexualität wird relativ abgelöst von den reproduktiven Folgen gesehen, hat plötzlich etwas mit Konsumieren und Konsumiert-Werden zu tun. Und diese Vorstellung hat sich langfristig durchgesetzt. Sie ist zwar immer gefährdet von Themen der (Re-)Produktion, die nicht vergessen sind und relativ schnell mobilisiert werden können. Aber dennoch hat sie sich in der Alltagspraxis durchgesetzt.

M.M.: Kann man wirklich sagen, dass der konsumistische Diskurs den produktivistischen abgelöst hat? Oder bleibt nicht beides nebeneinander bestehen? Denn einerseits gibt es eine Veränderung, z.B. weil der produzierende Arbeiterkörper immer unwichtiger wird, da Maschinen die Arbeit verrichten usw. Wenn man sich aber die Gymnastikbücher zur Zeit der Jahrhundertwende anschaut, besteht beides nebeneinander. Der

leistungsfähige Körper steht auch für eine gewisse Performanz, die vielleicht keine Reproduktion, sondern Lust zum Ziel hat. Obwohl er leistungsfähig sein muss und somit in einem Produktionsparadigma stecken bleibt. Und gleichzeitig gibt es auch die Konsumebene. Für die Nacktkultur-Bewegung kann man es gut am Beispiel der Schönheitswettbewerbe sehen, die sie als eine der ersten Gruppierungen ausrichtet.

Mich würde es interessieren, ob es nicht trotzdem eine geschlechtsspezifische Ausrichtung gibt. Man könnte für Frauen behaupten, dass sie sexuell im weitesten Sinn - also auch als Bild - konsumierbar sein sollen. Aber ist dieser Punkt bei Männern eingelöst? Gibt es den konsumierbaren Mann?

M.M.: Der konsumierbare Mann ist viel problematischer, weil die trennende Gleichung Mann = Produktion und Frau = Konsum diskursiv weiterhin wirksam ist. Aber in beiden Bereichen, die wir analysiert haben, gehen Veränderungen vonstatten. Gerade bei den Schönheitswettbewerben werden häufig Männer begutachtet. Und Männer werden in diesem Sinn zu Schönheitsobjekten oder zu Objekten, die nach gewissen Schönheitsnormen bewertet werden. Das ist insofern neu, als dass es sich um erwachsene Männer handelt, denn bei Jünglingen gibt es durch die Antike einen bereits etablierten Kontext. Die Verjüngung ist zur Jahrhundertwende deshalb so zentral, weil es für die Männer nicht mehr ausreicht, Geld und Einfluss zu haben. Sie müssen auch auf dem sexuellen Markt attraktiv sein.

H.S.: An den Verjüngungsoperationen kann man wunderbar nachvollziehen, wie die Leistungssteigerung zwar zentral ist, aber gleichzeitig durch den konsumistischen Diskurs angefochten wird. Es gibt paradigmatische Erzählungen, so beispielsweise der klassische Mittelständler, der einen kleinen Betrieb hat, aber frühzeitig erschlafft ist. Dieser lässt sich mit der Steinach-Methode operieren, das heißt er lässt sich sterilisieren, um einen Verjüngungseffekt zu erzielen. Er wird dadurch wieder produktiv und braucht nicht einfach sein Vermögen auf, sondern er wird als Kapitalist wieder aktiv. Und da die Fallbeispiele immer klassenspezifisch aufgebaut sind, gibt's auch den klassischen Arbeiter, der nicht mehr kann. Er lässt sich verjüngen, und ist dann deutlich produktiver als seine jüngeren Kollegen. Das heißt, die Geschichte, die erfunden wird, handelt von einer gesamtgesellschaftlichen Produktivierung. Aber es gibt auch einen untergründig laufenden Gegendiskurs, der über die Medien verbreitet wird: Dass sich die Männer in Wirklichkeit nur verjüngen lassen, weil sie so genannte Lustgreise sind, weil sie nicht fleißig arbeiten, sondern wieder jugendlich werden und sexuell aktiv sein wollen. D.h., es besteht auch bei Männern immer schon der Verdacht, dass es gar nicht um Produktivierung geht, auch wenn das, was man als Konsumkörper bezeichnet, zunächst am Frauenkörper durchexerziert wird.

Geht es denn auch in der Nacktkörperkultur um einen "Konsumkörper"?

M.M.: Ja, weil nicht nur Gesundheit, sondern auch Schönheit zu einem ganz zentralen Charakteristikum des Körpers werden. Wenn auch produktivistisch gewendet. In den USA findet sich in zeitgenössischen Texten das Argument, dass du gut aussehen musst, sonst bekommst du keinen Job: Ohne ein attraktives, gepflegtes und auch trainiertes Äußeres wird man als Frau, aber auch als Mann nichts. Es geht im medizinischen-hygienischen Bereich nicht nur um eine funktionale Normalität, also um Gesundheit, sondern auch um ästhetische Normen.

Und diese Normen finden sich auch bei den Verjüngungsoperationen. An ihnen finde ich übrigens die moralische Dimension wichtig, denn auch wenn es heißt, es wird jemand produktiv gemacht, vergreist er anschließend um so schneller. In diesem Szenario gibt es eine geschlossene Ökonomie, bei der man davon eingeholt wird, was man sich leistet. Daher sehen die Anhänger der Nacktkultur die künstliche Verjüngung auch als Humbug an, denn für sie kann die wirkliche, effektive Verjüngung nur erarbeitet werden. So kommt das produktive Element wieder in den Diskurs hinein, man muss sich die eigene Schönheit und Gesundheit hart erarbeiten. Genau das findet sich auch im aktuellen Diskurs in Deutschland: Während die TeilnehmerInnen der Schönheitsoperationsserie "The Swan" sich in den USA "einfach so" operieren lassen können und sich danach jünger und schöner fühlen, müssen die Menschen in Deutschland erst drei Monate ins Fitnessstudio rennen und psychologische Gespräche führen. Hierzulande scheint man auf jeden Fall erst profitieren zu dürfen, wenn man gearbeitet hat.

H.S.: Maren hat eben genau die entscheidende Kritik an der Verjüngung erwähnt: Dass die Menschen operativ ad hoc in den Zustand der Schönheit und Verjüngung überführt werden. Während sich die Verjüngungswissenschaftler durchaus einem ökonomischen Krisendiskurs nahe wähnten. Sie sagen: Was wir

der Gesellschaft geben, sind langlebig aktive Menschen. Und darüber zerbrechen sich heute andere die Köpfe, wie z.B. bezüglich des so genannten "Methusalemkomplexes".

Was ich sehr lehrreich an der Beschäftigung mit der vorletzten Jahrhundertwende fand, ist die Verunsicherung, die sie auch für eigene "lieb gewonnene" Werte mithervorbringt, so für mich z.B. "Jugendlichkeit", aber auch "Nacktheit". Überhaupt der Rekurs auf "körperliche Befreiung", der keineswegs stringent in ein links-anarchistisches Bohemia führt, sondern durchaus andere Wege einschlägt oder einschlagen kann, die von vornherein präsent sind.

M.M.: Ja, das ist unglaublich wichtig. Das "Befreiungsversprechen", das für Linke immer noch interessant ist und weshalb auf bestimmte Alternativbewegungen zurückgegriffen wird. Und gerade am Beispiel der Nacktkultur-Bewegung zeigt sich, dass Nacktheit schwierig zu fassen ist, dass sie sich nicht nur für eine "Befreiung" des Körpers sehr gut verwenden lässt, sondern auch für eine neue Normierung. Denn der nackte Körper muss noch besser durchgearbeitet und schöner sein, um ihn dann präsentieren können. Und sie kann biopolitisch vereinnahmt werden, wenn der nackte Körper zu etwas wird, an dem man z.B. Gesundheit oder "Rasse" vermeintlich ablesen kann. Dass also bestimmte Überwachungsmechanismen gerade am nackten Körper exerziert werden können. Körperpolitiken lösen nie die Befreiung ein, die sie versprechen, sondern verschieben das, was Körper sind, auf unterschiedliche, nicht immer vorhersehbare Weise.

Ich danke für das Gespräch!

Maren Möhring: Marmorleiber. Körperbildung in der deutschen Nacktkultur (1890-1930). Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2004. 463 S., EUR 49,90

Heiko Stoff: Ewige Jugend. Konzepte der Verjüngung vom späten 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2004. 555 S., EUR 54,90

Anmerkungen:

1) Eine Trope bezeichnet in der Stilistik und Rhetorik einen uneigentlichen, bildlichen Ausdruck; in postmodernen Texten dient die Bezeichnung "Trope" einer inhaltlichen Distanzierung gerade von Begriffen, die als naturgegeben verstanden werden, um ihre interne Logik freilegen zu können. Anm. D.W.

erkenntnistheoretisch, Wissenskategorien betreffend

31. Umherschweifende Zweckentfremdung. Einführung in die situationistische Revolutionstheorie

Autor: Ingo Stützle · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:01

Es ist ein Ausdruck für die Integrationsfähigkeit des Kapitalismus, dass alles Subversive schnell zu einem bloßen Bild von Subversion degradiert wird. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem die Situationistischen Internationale (SI), die dieses Problem selbst zum Gegenstand revolutionstheoretischer Überlegungen gemacht hat. In der Reihe "theorie.org" des Schmetterling Verlag liegt jetzt eine Einführung in die theoretischen Ansätze der SI vor.

Die Situationistische Internationale ging aus dem "Lettrismus" hervor, einer literarischen Bewegung in der Tradition des Dadaismus und Surrealismus. Die 1957 gegründete Gruppierung wollte die Trennung von Leben, Kunst und Politik auflösen. Die Bezeichnung "Internationale" war dabei keineswegs Hochstapelei, von Beginn an war die SI international ausgerichtet. In Deutschland sympathisierte die Gruppe SPUR und die Subversive Aktion, der z.B. auch Rudi Dutschke Anfang der 1960er angehört hatte, mit der SI. Dieter Kunzelmann, später Kommunarde der Kommune I, war die zentrale Figur der Gruppe SPUR, die 1962 wegen "theoretischer Unfähigkeit" bzw. "Nationalsituationismus" aus der Internationale ausgeschlossen wurde. In Frankreich spielte die SI im Vorfeld des Mai 1968 eine besondere Rolle. Darauf wird in dem aktuellen Einführungsband ausführlich eingegangen.

Praktische Theorie gegen das Spektakel

Im Anschluss an einen historischen Überblick über die SI geht es in der "Einführung" vor allem um die theoretischen Grundlagen einer Kritik der "Gesellschaft des Spektakels", wie sie maßgeblich von Guy Debord, dem zentralen Protagonisten der SI, entwickelt worden ist. Dabei wird die Debordsche Gesellschaftskritik als aktualisierte Form der marxschen Kritik der Politischen Ökonomie präsentiert. In Verbindung mit einer an Georg Lukács angelehnten Klassentheorie wird so der Rahmen für das gestellt, was die SI "praktische Theorie" genannt hat.

"Praktische Theorie" hieß für die SituationistInnen, dem gesellschaftlichen Spektakel einen Strich durch die Rechnung zu machen. So sollte im "Umherschweifen" (dérive) eine "alternative" Nutzung der Städte entdeckt werden. Schließlich drückt sich der SI zufolge in der Trennung der Lebenssphären (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) der Herrschaftscharakter von Architektur und Städteplanung aus. Gleichzeitig setzte die SI auf eine "subversive Entwendung und Zweckentfremdung" (détournement). Alle möglichen kulturellen und kommerziellen Ausdrucksformen (Werbeplakate, Comics etc.) sollten so ihrer kapitalistischen Zweckbestimmung beraubt werden.

Dreh- und Angelpunkt ist die Konstruktion von Situationen, in welchen die Menschen der "konterrevolutionären Langeweile" entrissen werden sollten. Kapital und Konsumismus hätten das Proletariat zu einem passiven Objekt degradiert. Ziel der SI war es, diesen Zustand aufzulösen und in eine generelle Selbstverwaltung zu überführen, in welcher die Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Bevor dies aber geschehen könne, so die SI, müssten Situationen konstruiert werden, die eine mögliche Alternative zum Bestehenden aufblitzen lassen.

Mit der Einführung in die situationistische Revolutionstheorie setzt der Schmetterling Verlag das erste Mal sein angekündigtes Vorhaben um, zu einer "zweckmäßigen Arbeitsteilung" zwischen Buch und Internet zu kommen. Neben der klassischen Fußnote gibt es Anmerkungen und Exkurse, die unter theorie.org abgerufen werden können. Allerdings ist das auch eine Schwäche des Buches. Der Status der verschiedenen Ebenen bleibt alles in allem unklar. Für unbedarfte LeserInnen erschließt sich nur schwer, was von Relevanz ist, und all zu leicht geht der rote Faden verloren. Für einen interessierten Leser ohne Vorkenntnisse ist das sicherlich nicht nur nicht dienlich, sondern abschreckend.

Unklar bleiben auch einige theoretische Fragen. Wie für den gesamten "westlichen" Marxismus war auch für die SI der Ausgangspunkt die Frage, warum die proletarische Revolution trotz aller Dringlichkeit ausblieb. Während die Frankfurter Schule die Antwort in der Kulturindustrie und dem autoritären Charakter der

bürgerlichen Subjekte suchte, fand die SI die Begründung in einer neuen Fetischform - dem Spektakel. In der kapitalistischen Vergesellschaftung wird das Leben zu einer Simulation, in der die Menschen Objekte sind und ihre Subjektivität und Persönlichkeit Abziehbilder des Spektakels aus Trends, Stars und Imageproduktion werden.

Avantgardismus ohne Partei

Die offensichtlichen Anleihen Debords beim frühen Georg Lukács werden in der "Einführung" nicht wie so oft verdrängt, sondern sind für die Autoren von zentraler Bedeutung. Vor den Konsequenzen scheuen sie aber zurück: Für Lukács ist das Proletariat für die Revolution zwar privilegiert, doch ist das Bewusstsein der ArbeiterInnen immer "notwendig falsches Bewusstsein", in der kapitalistischen Gesellschaft verfangen. Den revolutionären Ausweg sieht Lukács deshalb in der Partei. Dies ist eine Konsequenz einer Theorie, die Gesellschaft als total verdinglicht konzipiert. Das Proletariat kann sich nicht wie Münchhausen selbst am Schopfe aus der Verdinglichung ziehen. Auch aus dem Spektakel gibt es "kein Entrinnen" (Baumeister/Negator, S. 39). Da stellt sich natürlich auch für die SituationistInnen die Frage nach dem "Standpunkt", von dem aus der "totale Verblendungszusammenhang" durchbrochen werden kann. Mit seinem Konzept der Partei bearbeitet Lukács immerhin dieses Problem, die SituationistInnen jedoch bleiben ebenso wie die AutorInnen der "Einführung" eine Erklärung schuldig. Eine einfache Ablehnung einer Avantgardepolitik, die de facto trotzdem betrieben wird, reicht hier nicht aus.

Ingo Stützle

Biene Baumeister/Zwi Negator: "Situationistische Revolutionstheorie. Eine Aneignung", Vol. I: Enchiridion, Stuttgart, Schmetterling Verlag, 240 Seiten, 10 Euro

32. Tourismus als Ideologie. Ein Katalog widmet sich der Standardisierung von Tourismus-Erfahrungen

Autor: Doro Wiese · Rubrik: Kultur; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:27

Im Sommer 2004 wurde der Stadtteil Poble Nou in Barcelona - traditionelles Arbeiterquartier mit Zugang zum Meer - von einem seltsamen Phänomen heimgesucht. Ein so genanntes Forum der Kulturen entstand dort nach Willen der Katalonischen Regierung. 2000 Millionen Euro wendete die Stadt für das Forum auf, wobei 1740 Millionen Euro für die Herstellung einer Infrastruktur (Hotels, Luxuswohnungen, Bürohochhäuser) bereitgestellt wurden. Man vertrieb Teile der eingesessenen Bevölkerung durch den Abriss von Mietwohnungen und räumte zwei Sinti-Camps.

Während der Planungs- und Bauphase erhoben zahlreiche Organisationen Einspruch, u.a. das Europäische Sozialforum, Greenpeace, lokale Stadtteilorganisationen, die Koordinierungsstelle der NGOs von Katalonien, amnesty international und der Katalonische Künstlerverband. Insbesondere die Vereinnahmung von Begriffen und Emblemen der Globalisierungskritik und Friedensbewegung stieß diesen Gruppen auf, aber auch der Einbezug multi-nationaler Konzerne, deren Politik in diametralen Gegensatz zum Untertitel des Forums - "Für Vielfalt, Frieden und Umweltpolitik" - stände. So zählten mit Coca Cola, El Corte Ingles, Telefonica, Agbar und Nestlé Firmen zu den Geldgebern, die für ihre ausbeuterische Unternehmenspolitik oder ihre Rüstungsimporte bekannt sind. Nach Abschluss des Forums siedeln sich diese Global Players nun in Poble Nou an.

Doch ist allein jene offenkundige Vereinnahmung politischer Widerstandsformen kritikwürdig und interessant? Um zu neuen Fragen und anderen Antworten zu kommen, hatten im Frühsommer 2004 kulturpolitische AkteurInnen aus Barcelona und anderenorts die Ausstellungsreihe "Tour-isms. The Defeat of Dissent" konzipiert, deren Ergebnisse nun als Katalog der Antoni Tàpies Foundació auf Spanisch/Katalan sowie auf Englisch vorliegen. Dreh- und Angelpunkt der Untersuchung sind dabei jene Phänomene, die durch den Tour-ismus hervorgebracht werden, dessen hervorgehobenes Suffix "-ismus" ihn als ein Glaubenssystem, eine Ideologie, eine geistige Strömung kennzeichnet (vgl. www.wikipedia.de). Wird der Tourismus als ein strukturierendes Moment der eigenen Identität und Weltsicht, des Gemeinwesens und der Stadtentwicklung angesehen, wird seine Bedeutung offenkundig. Tour-ismus ist eine Form der Mobilität, deren produzierte und produzierende Effekte weit reichende Folgen für Reisende und Vor-Ort-Seiende haben, wie die AutorInnen nicht müde werden zu betonen. Davon ist niemand ausgenommen, auch diejenigen nicht, die vorgeblich nichts mit der "Tourismusbranche" zu tun haben. Denn jene Welt, die dem Tourismus zugänglich gemacht wird, ist nicht ohne Kontext, sondern wirkt sich unmittelbar auf jene aus, die in ihm leben.

Mobilität als Faktor sozialer Unterscheidung

Tour-ismus ist somit eine Form der Landnahme, die soziale Verhältnisse und Räume ebenso ausdrückt wie schafft - auf lokaler wie auf globaler Ebene. Denn während die einen als BesucherInnen umworben werden, sind andere von jeder Form des Tour-ismus ausgeschlossen, sei es weil sie die Visumsauflagen nicht erfüllen können oder das benötigte Kapital nicht haben. "Der Zugang zu umfassender Mobilität ist ein äußerst wichtiger Faktor sozialer Unterscheidung in unserer post-modernen Gesellschaft. Das Begehren in Bewegung zu sein, das Recht auf Konsum mögen global sein, doch nur sehr wenige kommen als KonsumentInnen in ihren Genuss", schreibt die Mitherausgeberin Nuria Enguita Mayo (S. 25, Übers. D.W.). Das heißt jedoch nicht, dass Marginalisierte keine Teilhabe an den Kartografien grenzüberschreitender Bewegungen hätten. Wie Ursula Biemann entlang der Kommentierung ihres Videos "Remote Sensing: The Visual Geography of Gender" ausführt, sind in Sextourismus, Heiratsmigration und Frauenhandel involvierte Frauen (und in geringerem Maße Männer) zwar einerseits zu einem außergewöhnlichen Grad kommerzielle Objekte geworden. Gleichzeitig entwickelten diese Frauen innovative Überlebens-Geografien, die als subversiv interpretiert werden könnten. So ist für viele in der Sexbranche arbeitende Frauen aus ost-asiatischen Ländern der Zugang zum Globalen Norden über ihre Freier möglich gewesen. Für Biemann ist es entscheidend, die subjektiven Selbstdarstellungen und Ambivalenzen im Leben dieser Frauen zur Darstellung zu bringen, Gegenbilder und Gegen-Kartografien zu entwickeln, "die Frauen innerhalb und außerhalb der so genannten Globalen Ökonomie entwickelt haben" (S. 283).

Hier zeigt sich auch, welchen großen Einfluss die Imagevermarktung auf soziale Verhältnisse hat, wie viele der AutorInnen hervorheben. Während die Geschichte des Tour-ismus beeinflusst, welche sozialen AkteurInnen zu touristischen BetrachterInnen werden und wer betrachtet wird, standardisiert sie im Verbund mit der Vermarktung mögliche Erfahrungen. Roland Barthes hat in "Der Eiffelturm" (1970) darauf hingewiesen, dass die Weltausstellung in Paris 1878 mit ihren magischen Laternen und Panoramabildern anderer Länder nicht nur den kolonialisierenden Gestus des touristischen Blicks offenbart. Vielmehr zeugt das Wahrzeichen der Weltausstellung, der Eiffelturm, von der Ablösung des Naturerlebnisses durch die Großstadt, die für die den Überblick bewahrenden TouristInnen zu einem "landschaftlichen" Spektakel wird.

Landschaftliche Spektakel

In Barcelona werden die ausgetretenen Wege der "Stadtbetrachtung" einerseits durch eine beispiellose Hinwendung zum Meer hervorgerufen, die keineswegs unumgänglich ist und vor allem "die komplexe und konfliktreiche Erinnerung an die Industrialisierung und die ArbeiterInnenklasse in den Hintergrund treten lässt. Diese Erinnerung hat Orte, die heutzutage spurlos verschwunden sind, Orte, die genau dort sind, wo sich die gesäuberten Strände der Stadt befinden", wie Mari Paz Balibrea mit Blick auf Poble Nou ausführt (S. 44). Andererseits sind es die prägenden Bilder des Marketing, die das in Besitz nehmen und vorfinden lassen, was sich den TouristInnen erschließen soll. Die Stadt wird so zu einem Themenpark, in dem Kultur zu einer neuen Größe wird, die dem Konsum preisgegeben wird.

Die Beiträge des Katalogs zeigen auf unterschiedliche Weise auf, welche Wege der derzeitige Tour-ismus beschreitet, ohne dabei zu vergessen, neue Routen aus der Misere aufzuzeigen. Ob wir wollen oder nicht: Das Reisen wird Teil des Lebens bleiben.

Doro Wiese

Nuria Enguita Mayo, Jorge Luis Marzo, Montse Romani (Hg.): Tour-isms: The Defeat of Dissent. Barcelona: Foundació Antoni Tàpies, 2004, 346 Seiten

33. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:29

Essayistischer HipHop

Dante Smith alias Mos Def galt schon immer als Multitalent - half er doch Ende der 1990er mit Talib Kweli als "Black Star" dem HipHop, nicht vollständig in die kommerzielle Inhaltslosigkeit zu verschwinden. Von nun an begab er sich zusammen mit den Pionieren von Rawkus Records auf die Mission, Black Consciousness, kluge Reimfertigkeit und Flow wieder mit fetten Bässen zu verbinden. 1999 erschien sein von KritikerInnen und Fans gleichermaßen hoch gelobtes Solodebü "Black on Both Sites". Selten schaffte es ein MC seinen politischen Anspruch mit solch einer dichten Poesie, Melancholie und Schönheit zu verbinden, ohne dabei verbittert oder selbstgerecht dogmatisch zu sein und dabei dennoch so was von cool HipHop zu sein. Doch Mos Def hatte noch viel vor. Hollywood (Monster, Italian Job, Brown Sugar) und den Broadway (TopDog/Underdog) nahm er als Schauspieler preisgekrönt im Sturm, nebenbei gründete er eine schwarze Rockband "Black Jack Johnson" und nun hat er sein zweites Album veröffentlicht. "The New Danger" wirkt zunächst gewöhnungsbedürftig - stark essayistisch angelegt, vervollständigen Rock & Blues-Einflüsse das Bild eines Mannes, der immer auch musikalisch versucht hat, an schwarze Geschichte zu erinnern. Textlich gewohnt versiert, kritisierend und poetisch widmet sich Mr. Def u.a. dem Ausverkauf von HipHop, dem Stand der Welt, Krieg und je mehr man sich auf das Album einlässt - desto fesselnder wirkt es als Ganzes. "The New Danger" ist sperrig und lässt sich nicht so leicht in eine Kategorie einordnen - ebenso wie Mos Def - und deswegen bei näherer Betrachtung ein moderner Klassiker. (HC, femalehiphop.net)

Mos Def - The New Danger (Geffen/Universal)

Viel deutsch

Wir sind Helden, Tocotronic, Max Herre, 2Raumwohnung, Superpunk, Toni Kater, Spillsburry und noch einige mehr. All dies findet sich auf einem vom Stern herausgegeben CD-Sampler. Über die Zusammenstellung kann nicht gemeckert werden, liefert sie doch einen Überblick über angesagte deutschsprachige Bands. Ein Ärgernis ist allerdings der Titel. "Neudeutsch" heißt das Ding und das hat schon einen faden Beigeschmack. Auch wenn man den meisten Bands nicht unbedingt unterstellen sollte, dass sie sich mit einer solchen Veröffentlichung auf die Schleichpfade zum neuen sozialdemokratischen Patriotismus begeben - mit Ausnahme vielleicht von Mia (vgl ak 483). Aber andererseits war nichts darüber zu vernehmen, dass Bands angesichts der Titelwahl aus dem Projekt ausgestiegen wären oder das es über den Titel eine Debatte gegeben hätte. Vielleicht auch, weil der Stern in seiner Ausgabe Ende November die Werbetrommel mächtig rührte und einen neuen Hype ausmachte: "Die Zukunft singt deutsch". Als wäre irgendwas daran neu, dass es seit vielen Jahren zahlreiche Bands mit deutschen Texten gibt, die sich sehen und hören lassen. Um das ganze als "neudeutsch" zu verkaufen, muss man den kompletten HipHop seit den 1980er Jahren einfach übersehen, Bands wie Die Sterne, Kettcar, Tomte und andere vergessen, Schröder irgendwie nicht schlecht finden und natürlich das ganze zur Mode erklären. Dann passt es irgendwie schon. (DSe, rock-links.de)

Diverse Artists, neudeutsch, Emi, Stern-Musik

Great Miss Grae

Nach zahllosen Gast-Auftritten hat es Undergroundlady Tsidi Ibrahim aka Jean Grae endlich geschafft ein ganzes Album an den Start zu bringen. Nun legt sie mit "This Week" gleich ein richtiges Rap-Manifest vor. Eine schier unaufhaltbare Reimlawine rollt sich hier über die hochkarätigen Beats von u.a. 9th Wonder oder der MidiMafia (die u.a. für 50 Cents Überhit "In da Club" verantwortlich waren) und walzt sich gnadenlos durch die Gehörgänge. Dabei ist Miss Grae nicht nur schlagfertig, schlau und wortreich, sondern auch noch ziemlich humorvoll und witzig - und das in den Extrembereichen. Intensität ist hierbei Programm. Mal erreicht sie in ihren Texten eine persönliche Tiefe und Offenheit, vor der man nur Respekt haben kann, dann teilt sie unerbittlich gegen Neider, Spötter und andere Feinde aus und sinniert dennoch auch über Liebe, Leben und Widersprüche - wenn auch auf eine brutal ehrliche Art und Weise. Die in New York lebende Südafrikanerin gilt ganz und gar nicht zu Unrecht als die neue Hoffnung am HipHop Himmel der Guten. (HC, femalehiphop.net)

Jean Grae - This Week (Babygrande)

Antiaufklärerischer Pathos

Unter der Kategorie "Neue deutsche Härte" im Feld zwischen Industrial, Dark-Rock und ein wenig Elektronik tummelt sich eine Szene, die gern mit viel Pathos, zahlreichen religiösen und spirituellen Anleihen, einem Hauch von mittelalterlicher Metaphorik und jederzeit unter dem Verdacht einer eher rechten Gesinnung daher kommt. Meist fällt dann z.B. der Name Rammstein. Durchaus an diese erinnernd hat sich nun Megaherz nach zwei Jahren Unterbrechung und mit einem neuen Sänger zurückgemeldet. Im Rahmen des Genre ist das mit der Nummer "5" betitelte neue Werk musikalisch durchaus abwechslungsreich. Natürlich alles mit einer nach Untergang klingenden Soundkulisse, die nahtlos zu den entsprechenden Texten passt. Die Stimme von Matthias Elsholz sägt tief, schneidend und drängend. Wer einen solchen Sound mag, der nach schwarzen Gewitterwolken, zuckenden Blitzen und marschierenden Stiefeln klingt, mag seine Gründe dafür haben (das Leben ist ja hart genug). Sicherlich lassen Megaherz sich nicht unbedingt gleich unter den Generalverdacht "Rechts" ablegen. Doch es ist schon erstaunlich, wie wenig sich die Plattenbesprechungen über die neue CD von Megaherz überhaupt noch mit der Frage auseinander setzen, was hier an Ideologie transportiert wird. Die Band selbst distanziert sich zwar artig sowohl vom Rechts- als auch vom Linksradikalismus (was auch hinhauen dürfte). Aber klar ist, dass hier in jedem Fall Anti-Aufklärerische Bilder und Stimmungen produziert werden. Das muss man nicht gut finden. (DSe, rock-links.de)

Megaherz, 5, www.megaherz.de

34. Der Fall Scherwitz. Recherchen über einen jüdischen SS-Mann, Hochstapler und Menschenretter

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak491/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:13

Schwer liegt das über 700 Seiten starke Buch von Anita Kugler über den vermutlich jüdischen SS-Offizier Scherwitz in der Hand. Nach über sechsjähriger Arbeit ist diese umfangreiche Recherche über den jüdischen SS-Offizier Fritz Scherwitz/Eleke Sirewitz seit Oktober erhältlich. Ausgangspunkt für Anita Kuglers Interesse an diesem Fall war ein deutlich rassistisches Urteil des Landgerichts München I, das am 1. August 1950 gegen Fritz Scherwitz bzw. gegen "Elke Sirewitz, (sic!), geb. am 8. August 1910 in Wilna" wegen Totschlags an ihm unterstellten KZ-Häftlingen eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Gefängnis verhängte.

Neben mildernden Umständen, nämlich einiges zu Gunsten der ihm unterstellten Häftlinge getan zu haben, fiel für das Gericht andererseits strafverschärfend "ins Gewicht, dass die Tötung eigener Rassegenossen niedrige Gesinnung bedeute und besonders verwerflich war." Denkt man etwas genauer über dieses Urteil nach, impliziert es strafmildernde Umstände für die Ermordung von jüdischen Menschen durch nichtjüdische oder im damaligen Jargon "arische" Hände. Dieses Urteil erging nach drei Prozessen und fünf Verhandlungen, die seit der Verhaftung von Sirewitz oder Scherwitz 1948 vonstatten gegangen waren. Die Zeit war geprägt von den Nürnberger Prozessen, in denen alliierte Richter über deutsche Täter zu Gericht saßen und der Schuld an beispiellos krimineller Kriegsführung und millionenfachem Mord vor allem an den europäischen Juden und Russen überführten. Da kam es der deutschen Justiz nur gelegen, einem angeblich jüdischen SS-Offizier den Prozess zu machen und ihn des Mordes an "seinen eigenen Rassegenossen" überführen zu können.

Doch was stimmte wirklich an der Geschichte von Elke oder Eleke Sirewitz alias Fritz Scherwitz? Mit beeindruckender Akribie recherchierte die Autorin in vielen Archiven, befragte ZeugInnen in Israel, Riga und den USA, verglich ZeugInnenaussagen mit späteren Erinnerungen, las Gerichtsakten und glich sie immer wieder mit vielen wissenschaftlichen Quellen ab. Der Leser wird Zeuge einer unermüdlichen Suche nach der historischen Wahrheit oder besser gesagt einer Annäherung an nicht mehr eindeutig zu klärende Umstände.

Boris Lurie, ein Jude aus Riga, der heute als US-Bürger und NO!art-Künstler in New York lebt, hatte mir bereits vor mehreren Jahren erzählt, dass er und sein Vater ohne Scherwitz nicht überlebt hätten. Lurie beschreibt Scherwitz als sehr eitel. Er habe sich viel aus Uniformen und Rängen gemacht. Dennoch habe er immer wieder seine schützende Hand über jüdische Häftlinge gehalten. Das Gleiche gilt für viele andere lettische und deutsche Juden, die er in den von ihm geleiteten Lenta-Werkstätten als unersetzbare Handwerker beschäftigte. In diesen Werkstätten wurden Luxusgüter für hohe SS-Ränge gefertigt, die deshalb auch schnell davon überzeugt werden konnten, dass eine Liquidierung dieser Institution den eigenen Interessen widersprochen hätte. Trotzdem gab es immer wieder Anfeindungen, Rivalitäten gegen den Sonderstatus, den Scherwitz für "seine" Juden beanspruchte und erfolgreich behauptete.

Die Autorin fand heraus, dass Scherwitz je nach Kontext drei unterschiedliche Geburtsdaten sowie mit Schaulen und Wilna in Litauen und einem "Buscheruni" in Ostpreußen drei verschiedene Geburtsorte angegeben hatte. Dass die Existenz von Buscheruni nie nachgewiesen werden konnte, aber niemanden stutzig gemacht hatte, fügt der abenteuerlichen Geschichte noch eine weitere Ironie hinzu. Die genaue Herkunft von Scherwitz konnte auch Anita Kugler nicht zweifelsfrei klären. Fest steht, dass Scherwitz sich immer wieder eine Biografie erfand und sich nach dem Krieg sogar mit einem Doktortitel ausstattete, obgleich er nie eine Hochschule von innen gesehen geschweige denn ein Gymnasium besucht hatte. Die Aufnahme in die SS konnte nur durch Leumunde erfolgen, da eine zweifelsfreie "arische" Abstammung nie nachgewiesen werden konnte. Seine Heiratserlaubnis als SS-Mann erhielt er von Himmler persönlich, der allerdings im Namen der SS jede Verantwortung für seine Nachkommen kategorisch ablehnte.

Anita Kuglers Buch unterwirft die bekannte deutsche Vernichtungspolitik keiner Revision, fügt aber eine hoch spannende und interessante Geschichte hinzu, die eine Perspektive auf mögliche Verhaltensweisen eröffnet. Es gab einen SS-Uniformträger, der Menschenleben gerettet hat und mit einer kriminellen Energie ausgestattet war, um sich seine jeweilige Biografie zusammenzulügen und auch später vielen Juden das Leben zu retten.

Nach dem Krieg setzte Scherwitz sich nach Westen ab, wo er 1945 in Erfurt von US-amerikanischen Truppen festgenommen wurde. Er konnte die Amerikaner davon überzeugen, ein von den Nazis verfolgter Jude zu sein und fand Verwendung beim Counter Intelligence Corps (CIC) zur Aufspürung von Nazis. Später wurde Scherwitz als Verfolgter des Naziregimes anerkannt und war zuerst für die treuhänderische Verwaltung jüdischen Eigentums zuständig, um schließlich - die Krönung seiner "Karriere" - am 19.12.1947 als Dr. Fritz-Eleke Scherwitz zum stellvertretenden Verfolgtenbeauftragten der bayerisch-schwäbischen Dependance des Staatskommissariats für rassisch, religiös und politisch Verfolgte ernannt zu werden. Im Frühjahr 1948 wird Scherwitz von zwei ehemaligen KZ-Insassen erkannt.

Die Fragen, ob denn nun Scherwitz wirklich Jude war und ob er wirklich die ihm unterstellten Häftlinge ermordet hatte, können beide nicht eindeutig beantwortet werden. Für seine jüdische Abstammung spricht einiges, allerdings gibt es wiederum auch begründeten Zweifel. Auf jeden Fall treten heute ehemalige Häftlinge von Scherwitz für seine Rehabilitierung ein, darunter auch einige, die damals gegen ihn ausgesagt hatten. Sie sind der Meinung, dass es sich um einen Racheprozess gehandelt habe. Nützen kann es Scherwitz nicht mehr. Als er 1954 nach sechsjähriger Haft entlassen worden war, blieben ihm noch acht Jahre in Freiheit. Vergeblich bemühte er sich, seine Unschuld zu beweisen; er starb 1962.

Dr. Herbert Ungar, selbst ehemaliger Häftling in der Lenta und später Ermittler beim Alliierten Gerichtshof in Nürnberg hatte Scherwitz 1948 verhört. Gegenüber Anita Kugler gab er zu bedenken, dass es unbedingt krimineller Energie bedurfte, um in dem damaligen System Juden zu retten.

Matthias Reichelt

Anita Kugler, Scherwitz. Der jüdische SS-Offizier, Köln: Kiepenheuer und Witsch 2004, 758 Seiten, 29,90 Euro

35. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak491/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:04

Gesellschaftsgeschichte made in Bielefeld

Das aktuelle Heft der Zeitschrift Sozial.Geschichte bringt in der Rubrik Diskussion einen kritischen Beitrag über den vierten Band von Hans-Ulrich Wehlers "Deutscher Gesellschaftsgeschichte", der den Zeitraum von 1914 bis 1949 umfasst. Wehler, Altmeister der "Bielefelder Schule" in der deutschen Geschichtswissenschaft, hat für diese Arbeit viel Lob bekommen. Auch der Kritiker der Sozial.Geschichte, Rüdiger Hachtmann, bescheinigt ihm eine große Leistung, er zeigt aber auch seine ideologisch bedingten Fehleinschätzungen: Wehler sitze dem "Trugbild einer ‚historischen Mission des Bürgertums`" auf, seine Darstellung der Rolle des Bürgertums sei nicht selten apologetisch. Unterbelichtet bleibe vor allem der "Aspekt der enthusiastischen Selbstmobilisierung" des Bürgertums seit 1933. Während Wehler hier die Distanz fehle, sei seine Kritik an den "Arbeiterklassen" von bürgerlichen Ressentiments getragen. Bei der Darstellung der NS-Diktatur schließlich führe ihn das überstrapazierte Konzept der "charismatischen Herrschaft" Hitlers zu fatalen Fehlurteilen, ja zur Apologie, teilweise in einem Tenor verfasst, "den man eher in Selbstdarstellungen des NS-Regimes vermuten sollte." Hachtmann moniert insbesondere, dass in Wehlers Darstellung "die Deutschen" weitgehend ein "diffuses, sozial unstrukturiertes Kollektiv" blieben. "Führerschaft und Volksmeinung standen in vorbehaltloser Übereinstimmung", schreibt Wehler und trifft damit offensichtlich den derzeitig vorherrschenden Geschmack deutscher Linker, aus deren verzerrter Sicht das NS-Regime ausschließlich von "volksgemeinschaftlicher" Harmonie geprägt war. - Ein weiterer wohltuend differenzierter Beitrag findet sich in der Rubrik Zeitgeschehen: Sara Roys Bericht über "wirtschaftlichen und sozialen Verfall im Westjordanland und Gazastreifen".

Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts. Heft 3/2004. Zu beziehen über den Peter Lang Verlag, Bern:www.peter-lang.net, 134 Seiten, 13,30 EUR

Trotzkismus 1

Die "Aktualität des Trotzkismus" zu beweisen, ist das Ziel, das sich Daniel Bensaïd in seinem Büchlein "Was ist Trotzkismus?" gesetzt hat. Der Autor, langjähriger Führungskader der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), weiß zweifellos, wovon er spricht. Er tut dies parteilich, zugleich auch (selbst-)kritisch, aber ohne Distanzierung von eigenen "Jugendsünden". Wozu auch - "mittlerweile gehört es in Frankreich sogar fast zum guten Ton, einmal im Leben ‚Trotzkist` gewesen zu sein", schreibt Bensaïd. Anders als der sozialistische Ex-Premier Jospin, der sich an seine trotzkistische Vergangenheit angeblich nicht erinnern konnte, schreibt Bensaïd ohne Gedächtnislücken. Für ihn gibt es nicht einen Trotzkismus, sondern mehrere Trotzkismen. Die "typisch trotzkistische" Spaltungswut sieht er kritisch. Sie führe zur "Pathologie von Kleingruppen", die oft "taktische Differenzen zu Fragen von Leben und Tod" vergrößern. Auch den "Entrismus", eine weitere trotzkistische Spezialität, will er überwinden. Als revolutionäre Minderheit gebe es in einer reformistischen Massenpartei "mehr zu verlieren als zu gewinnen". Wie sehr sich Bensaïd dem Trotzkismus verbunden fühlt, wird an seinen zuweilen hysterischen Auslassungen über den "Stalinismus" deutlich. In der Vergangenheit sei die stalinistische Behauptung vom "Trotzkismus als Anti-Leninismus" dem "Anbringen einer Art ‚gelben Sterns` gleich" gekommen; heute sieht Bensaïd das Erbe des Trotzkismus als notwendiges Mittel, "um das Amalgam von Stalinismus und Kommunismus" aufzubrechen. Welchen "Stalinismus" er aktuell bekämpfen will, bleibt offen. Und auch über die "Aktualität des Trotzkismus" erfahren wir aus seinem Buch wenig.

Daniel Bensaïd: Was ist Trotzkismus? Neuer ISP Verlag, Köln 2004, 132 Seiten, 10 EUR

Trotzkismus 2

Auch das zweite neu erschienene Buch über Trotzkismus stammt von einem Insider. Manuel Kellner - langjähriger Aktivist der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), später der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) - will in seinem Büchlein "Trotzkismus" eine "Einführung in seine Grundlagen" geben und "Fragen nach seiner Zukunft" beantworten. Ersteres ist ihm recht gut gelungen. Zwar kommt er nicht ohne Heldenverehrung aus, er verschweigt aber auch nicht Trotzkis offenkundige Fehler: sein dilettantisches Agieren bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk oder die von ihm ab 1920 propagierte "Militarisierung der Arbeit". Kellner gesteht sogar zu, das "Vorurteil" von Trotzki als "verhindertem Stalin"

enthalte ein "Körnchen Wahrheit". In einem Exkurs schildert der Autor das Wirken des großen trotzkistischen Theoretikers Ernest Mandel (1923-1995), als dessen Schüler er sich begreift. Schwach bleiben allerdings auch in diesem Buch die Überlegungen zur heutigen und zukünftigen Rolle des Trotzkismus. Organisationen, "die ihre Daseinsberechtigung vor allem daraus ableiten, dass Trotzki seit 1923 gegen Stalin Recht hatte", sind, wie der Autor einräumt, für jüngere Menschen heute kaum noch attraktiv. Das trifft auch auf die Gruppierungen zu, die am Schluss des Buches vorgestellt werden: den deutschen Ableger der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), dem Kellner ziemlich erfolglos zum Wachstum zu verhelfen sucht; die Internationale Sozialistische Linke (ISL) mit dem Verein für solidarische Perspektiven (VsP) und der SoZ; den Linksruck, die SAV oder den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB). Dass diese Grüppchen sich allesamt als Teil der internationalen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung verstehen, unterscheidet sie nun wahrlich nicht von anderen Teilen der radikalen Linken, die auf das historische "Erbe" des Trotzkismus lieber verzichten.

Manuel Kellner: Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen - Fragen nach seiner Zukunft. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004, Reihe Theorie.org, 178 Seiten, 10 EUR

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak491/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:20

Feminismus und WSF

Die Anti-Globalisierungsbewegung richtete 2004 das Weltsozialforum in Mumbai (Indien) aus. Damit ging das WSF erstmals aus Lateinamerika auf einen anderen Kontinent und fand zugleich in einer Metropole statt, in der sich der tägliche Überlebenskampf durch Privatisierung und Ressourcenplünderung sichtlich verschärft hat. Es war auch das erste Sozialforum, auf dem eine feministische Kritik an den herrschenden Geschlechterverhältnissen deutlich hörbar wurde. Am 24.1. wirft der Film "Lasst die Herren tun, was sie wollen; wir tun, was wir zu tun haben!" einen feministischen Blick auf das Weltsozialforum. Im Anschluss an den Film kann mit der Videoaktivistin und Autorin des Films Andrea Plöger und den WSF-TeilnehmerInnen Julia Koppke u. Norbert Hackbusch diskutiert werden. Veranstaltet wird der Filmabend vom Rosa-Luxemburg-Bildungswerk

Hamburg, 24.1., 19.30 Uhr, Lichtmess-Kino, Gaußstraße 25, Infos unter: www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Vernichtungslager Sobibor

Anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnert die Zeche Carl an ein vergessenes historisches Beispiel für jüdischen Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror. Am 14. Oktober 1943 gelang den Häftlingen des Vernichtungslagers in Sobibor - im heutigen Osten Polens - ein erfolgreicher Aufstand gegen ihre SS-Bewacher. Sobibor gehörte neben Treblinka und Belzec zu den Vernichtungslagern der "Aktion Reinhardt", in deren Rahmen zwischen 1942 und 1943 etwa 1,7 Millionen Juden getötet wurden. Allein im Lager Sobibor wurden mehr als 250 000 jüdische Kinder, Frauen und Männer ermordet. Knapp 300 Überlebenden des Häftlingsaufstandes in Sobibor gelang die Flucht aus dem Lager. Etwa 50 der ehemaligen Häftlinge erlebten das Kriegsende. Jules Schelvis ist einer von ihnen. Schelvis ist Autor des als Standardwerk geltenden Buchs "Vernichtungslager Sobibor". Für den musikalischen Auftakt des Abends sorgt das Klezmerduo "Badeken di Kallah".

Essen, 26.1.05, 19.30 Uhr, Zeche Carl Mittwoch, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Naziläden abreißen

Im Januar finden in Gera unter dem Motto "break the silence" mehrere Antifa-Veranstaltungen und Aktionen statt. Am 18.1. referiert die Buchautorin Andrea Röpke zum Thema "Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis" (19 Uhr, AZ Klaushaus, Bieblacher Straße 62). Am 21.1. wird eine Gedenktafel für Oleg eingeweiht, der "Russlanddeutsche" wurde vor einem Jahr von vier Nazis ermordet (17 Uhr, AZ Klaushaus). Am 29.1. findet mit Unterstützung der Kampagne "Schöner Leben ohne Naziläden" eine bundesweite Demonstration unter dem Motto "Naziläden abreissen - Deutsche Zustände angreifen" statt.

Gera, 18.1. - 29.1.05, 29.1. Demonstration "Naziläden abreißen - Deutsche Zustände angreifen", 15 Uhr, Treffpunkt: Markt, www.breakthesilence.de.vu

Nazis stoppen

Unter dem Motto "Gegen Multikulti und Hartz IV - das Volk sind wir" ist für den 29. Januar 2005 ein Naziaufmarsch in Kiel angekündigt, der hauptsächlich von den "Freien Kameradschaften" organisiert wird. Aber die NPD, die zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20.2.2005 antritt, unterstützt den Aufmarsch. In Kiel hat sich ein breites Bündnis gebildet, das eine antifaschistische Demonstration sowie zusätzliche stationäre Kundgebungen angemeldet hat. Damit soll antifaschistische Präsenz sowohl in der Innenstadt als auch im Stadtteil Gaarden auf der anderen Seite der Förde sicher gestellt werden. Auf der Antifa-Kundgebung wird u.a. Peter Gingold, Antifaschist in der Résistance und Mitglied der VVN/BdA sprechen. Es gibt zwei Info- und Mobilisierungsveranstaltungen: in Hamburg, am 25.1., um 19 Uhr in der Roten Flora und in Lübeck, am 25.1.2005, 18 Uhr im Arbeitslosenzentrum. Aktuelle Infos sind unter www.nadir.org abzurufen.

Kiel 29.1.05, Antifa-Demo gegen den Naziaufmarsch, 11.30 Uhr, Treffpunkt Wilhelmsplatz

Zuckermann in Hamburg

Der jüdische Gelehrte Moshe Zuckermann wird am 6. Februar zwei Vorträge in Hamburg halten. Im Rahmen einer Matinee in der Gedenkstätte Ernst Thälmann wird der israelische Historiker über den Wandel des Arbeits- und Klassenbegriffs referieren. Am Nachmittag hält Zuckermann einen Vortrag über die aktuelle Lage in Israel/Palästina. Hauptgegenstand seiner Erörterungen sollen die politischen Perspektiven für die innerisraelische politische Landschaft, aber auch für die Konsolidierungsbestrebungen der palästinensischen Innenpolitik nach Arafats Tod und Sharons Ankündigung eines Abzugs aus dem Gazastreifen sein.

Hamburg, 6.2.05, Vorträge von Moshe Zuckermann: "Wandel des Arbeits- und Klassenbegriffs im fortgeschrittenen Kapitalismus", 10 Uhr, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Tarpenbekstraße 66; "Israel/Palästina: Zur aktuellen Lage - Strukturprobleme und Perspektiven", 16 Uhr, ver.di-center, Besenbinderhof 60. Kontakt: stahlpress1@aol.com

Esoterik und Leitkultur

Die Buchautorin Claudia Barth gibt am 16. Februar eine Einführung in die wichtigsten Aspekte esoterischer Ideologien und problematisiert den Einfluss der Esoterik auf die Gesellschaft. Nach einer theoretischen Grundlegung und einer historischen Einführung zu den Wurzeln des Okkultismus werden zentrale Begriffe der Esoterik erläutert. Besonderes Augenmerk legt Barth auf die für Deutschland spezifische Spielart der Esoterik mit ihrem völkischen Einschlag.

Bonn, 16.2.05, 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Bonn

37. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak491/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:26

Der Film zur Bewegung?

Betr.: ak 490, "Die fetten Jahre ..."

Efa hat mit ihrem Untertitel schon den Tenor ihres Beitrages vorgegeben: "Oder: Wie Spaß haben im Kino Linken zum Problem wird". Tatsächlich hat sie Recht damit, wenn sie den Film Die fetten Jahre sind vorbei vor allen Versuchen bierernster Alt-68erInnen oder Neu-89erInnen in Schutz nimmt. Wer, wie die von efa zitierte Julia Zeh im Freitag allen Ernstes moniert, dass der Film nichts zur Lösung der Probleme in Deutschland oder der Welt beiträgt, hat wohl noch mehr Spott verdient. Ebenso (...) Ekkehart Krippendorf, der hier wieder mal eine Gelegenheit nutzt, kund zu tun, wie toll sie doch damals waren und wie doof die Jugendlichen heute sind.

(...) Dass mit den jugendlichen ProtagonistInnen des Films noch kein Staat zu machen ist, macht den Film sympathisch. Da spielt natürlich das Ende eine große Rolle. Der Alt-68er in Villa und Ämtern war eben doch nur in einer schwachen Minute bei einem Joint der nette Kumpel. Kaum daheim, war er wieder ganz Charaktermaske und Staatsbürger und rief umgehend die Polizei. Die Jugendlichen aber waren nicht so naiv, zu Hause auf die zu warten. (...)

Wenn auch Spaß nicht das Lebensgefühl der jugendlichen ProtagonistInnen beschreibt, so ist efa doch zuzustimmen, dass der Film selber einen hohen Spaßfaktor hat. Doch muss das gleich heißen, auch die politische Tiefenwirkung gar nicht mehr auszuloten? Dass aber hieße, den Film politisch nicht mehr ernst zu nehmen. Kann ein Film, der Spaß macht, nicht auch politisch sein?, müsste man die Frage von efa erweitern. (...)

Der Film trifft das Politikverständnis der "Generation Attac" gut. Es geht also darum, ein weit vorherrschendes Politikverständnis kritisch unter die Lupe zu nehmen. Das ist primär ein moralisches. Die gesamten Aktivitäten des jugendlichen Trios waren von einem moralischen Leiden an den Verhältnissen geprägt. (...) Noch in den Bekennersätzen wird diese Moral deutlich: "Sie haben zu viel Geld", war die Botschaft. Wie der Mehrzahl der globalisierungskritischen Bewegung ist für die jungen FilmprotagonistInnen Kapitalismus deshalb eine unmoralische Angelegenheit, weil Wenige viel und Viele wenig oder nichts haben. Dass schon vor mehr als 150 Jahren Versuche unternommen wurden, den Kapitalismus materialistisch zu erklären, scheint an ihnen vorbei gegangen zu sein. Nun komme niemand mit dem Einwand, das wäre vor allem geschehen, um den Spaßfaktor beim Sehen des Films nicht zu reduzieren. Es gibt durchaus auch Filme mit Spaßfaktor, in denen die ProtagonistInnen Ahnung von Karl Marx haben. (...)

Auch das lustige Ende des Films hat einen herben Beigeschmack, wenn man den politischen Sinngehalt analysiert. Die Sendeanlagen, die für die Übertragung der europäischen Fernsehprogramme zuständig sind, waren Ziel des Anschlags. In der Vorstellung der jungen AktivistInnen ist das Fernsehen ein Instrument der Dauerberieselung und Manipulation, das die Massen von der Artikulierung ihrer Interessen abhält. Das ist Frankfurter Schule im Billigformat (...).

Nicht zuletzt sollte auch die Rolle der Frau im Film kritisch betrachtet werden. Sie wird eindeutig als nicht rational, gefühlig, emotional dargestellt. Sie will unbedingt ohne vorherige Erkundungen in die Villa ihres Gläubigers einbrechen, sie wollte unbedingt noch ein Sofa in den Pool werfen und hat dann auch noch ihr Handy vergessen, so dass beide noch mal in die Villa zurück mussten und dort prompt vom zurück kehrenden Hausherrn überrascht wurden. Diese patriarchalen Zuschreibungen werden hingenommen in einem Film, der der Linken Spaß machen soll.

Peter Nowak

38. Spenden müssen sein!

Noch fehlen 7.000 Euro

CD-Datei: daten/aksuche/ak491/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:36

Schon seit einiger Zeit haben wir eine leicht positive Abo-Entwicklung und einen steigenden Verkauf von Fantômas. Aber leider reicht diese Entwicklung immer noch nicht, um die Zeitungen Kosten deckend zu produzieren. Kosten deckend heißt unter den bekannten Bedingungen: niedrige Gehälter für Redaktion und Verwaltung, viel unbezahlte Arbeit von AutorInnen, KorrekturleserInnen, LayouterInnen, TechnikerInnen - eben allen, die am Produktionsprozess unserer Zeitung und unseres Magazins beteiligt sind. Um alle Aktivitäten des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik in diesem Jahr abzusichern, sind wir auf das Erreichen des Spendenziels angewiesen.

Dass wir es Jahr für Jahr schaffen, so viel an Spenden zusammen zu bekommen, ist schon ein Phänomen - gerade in Zeiten, wo viele mit immer weniger Geld auskommen müssen, während die "Besserverdienenden" die Parole "Geiz ist geil" zu ihrem Lebensmotto machen. Im Umfeld von ak und Fantômas weht zum Glück ein anderer Wind - viele Fördermitglieder unterstützen die Arbeit des Vereins zusätzlich zur Spendenkampagne mit monatlichen Beiträgen. Für alle Formen der Unterstützung ein dickes, dickes Dankeschön. Denn alle haben damit einen Beitrag geleistet, dass ak seit mehr als 33 Jahren existiert und es in diesem Jahr ein großes Jubiläum zu feiern gilt: die ak-Ausgabe 500 im November.

Damit war noch vor Jahren nicht unbedingt zu rechnen. Nach diversen Spaltungen und der endgültigen Auflösung des Kommunistischen Bundes (KB) hätten nur wenige darauf gewettet, dass es ak im Jahre 2005 noch geben würde. In diesem Zeitraum hat es viele Veränderungen in der Zeitung gegeben; Veränderungen, die viele einem solchen Projekt nicht zugetraut haben. Die regelmäßig eintreffenden Neu-Abos und die verhältnismäßig große Anzahl von Menschen, die ak schon seit vielen Jahren lesen, zeigen aber, dass wir mit unserer Form des Journalismus und unseren Vorstellungen zur politischer Intervention nicht völlig daneben liegen. Wahrscheinlich ist es gerade die Mischung aus Beharrungsvermögen und Veränderungswillen, die ein Projekt wie ak für eine radikale Linke so attraktiv macht, dass sie es nicht missen mögen.

In dieser Richtung wollen wir weiter machen - und gleichzeitig, was die Auflage angeht, kräftig zulegen. Wenn wir unser Spendenziel von 25.000 Euro erreichen, können wir zumindest auf dem bisherigen Niveau weiter arbeiten. Bisher fehlen noch etwa 7.000 Euro. Also bitte: Jede Spende ist uns willkommen - weil sie uns weiterhilft.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr: 13150204

Postbank Hamburg

> BLZ 200 100 20

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 60 2001 0020 0013 1502 04

In den nächsten Tagen verschicken wir die Spendenbescheinigungen für das Jahr 2004. Von einigen SpenderInnen haben wir keine vollständige Adresse. Wer bis Mitte Februar keine Spendenbescheinigung erhalten hat und diese benötigt, möge uns dann bitte seine/ihre Adresse mitteilen.

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak491/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:491:37

Neues Jahr - neue ak - neue Vorsätze, die eigentlich die alten sind: Wir wollen euch weiterhin mit einer guten Portion monatlicher Analyse und Kritik versorgen und dies möglichst aktuell, informativ und ansprechend. Für unsere Arbeit sind wir auf die Unterstützung der LeserInnen angewiesen - ohne die so ein Zeitungsprojekt in neoliberalen Zeiten gar nicht bestehen könnte. Die Solidarität kann finanzieller Natur sein - unsere Spendenkampagne läuft noch immer (s. Spendenaufruf, Seite 32) und auch ideell, indem ihr ak weiterempfehlt, sie abonniert oder mit Artikeln bestückt. Für Menschen, die ihren guten Vorsatz umsetzen wollen und ak abonnieren, gibt es eine Neuigkeit: wir haben neue Werbeprämien. Für ein Jahresabo bekommt ihr entweder das Buch des Soziologen Immanuel Wallerstein "Absturz oder Sinkflug des Adlers?" oder den Krimi "Hartes Pflaster" von Dominique Manotti. Als dritte Werbeprämie ist weiterhin die CD-ROM im Angebot, auf der die ak-Jahrgänge 1990 bis 2003 sowie die Fantômas 1 bis 4 archiviert sind.

Nicht archiviert, sondern druckfrisch haltet ihr die Januar-ak in der Hand. Seit Wochen ist die Flutkatastrophe in Südasien das bestimmende Thema in den Medien. Auch wir haben einiges dazu im Blatt. Erst nach und nach wird das ganze Ausmaß der verheerenden Katastrophe deutlich. Die Zahl der Toten steigt weiter täglich, über eine Million Menschen sind obdachlos geworden, noch immer sind viele Flutopfer von Hilfe und medizinischer Grundversorgung ausgeschlossen. Wie kann die dringend benötigte Hilfe sinnvoll vor Ort eingesetzt werden? Welche politischen Interessen stehen hinter den Spenden einzelner Länder? Wie verhält sich das indonesische Militär angesichts der massiven Präsenz ausländischer Hilfsorganisationen? Dies sind nur einige der Fragen, die sich uns in diesem Zusammenhang stellen; siehe dazu auch die Redaktionserklärung auf Seite 22.

Unser Schwerpunktthema ist die Folter-Diskussion, die sich im letzten Jahr anhand des Falls Daschner in Deutschland entfacht hat. Neben einem Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck zur Strafanzeige gegen US-Verteidungsminister Rumsfeld werden Fälle von polizeilicher Gewalt und Folter in Deutschland dokumentiert und Kontinuitäten in der Folterdebatte aufgezeigt. Ein weiterer Themenblock behandelt das Gedenkjahr 2005 - anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz. Ergänzt wird das Ganze - wie immer - durch eine Mischung von Artikeln aus den Rubriken Wirtschaft und Soziales, Internationales, Kultur und linke Diskussion. Da können wir nur hoffen, dass einer eurer guten Vorsätze fürs neue Jahr die intensive ak-Lektüre ist.

ak-Redaktion